

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Walter Hollstein

Die Männerfrage

Christiane Schmerl

Alles unter Kontrolle?

Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer

Barbara Bertram

Zur Entwicklung der sozialen Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern

Ernst Kistler/Dieter Jaufmann/Anita B. Pfaff

„Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen . . .“

Frauen als Wendeverliererinnen?

B 6/93

5. Februar 1993

Walter Hollstein, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Soziologie, Philosophie und Publizistik in Basel und Münster/W.; seit 1972 Professor für Politische Soziologie an der Evangelischen Fachhochschule Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Gegengesellschaft, Bonn 1979; (zus. mit Eva Jaeggi) Wenn Ehen älter werden. Liebe, Krise, Neubeginn, München 1985; Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer, Hamburg 1988; Die Männer – Vorwärts oder zurück?, Stuttgart 1990; Machen Sie Platz, mein Herr – Teilen statt Herrschen, Reinbek 1992.

Christiane Schmerl, Dr. rer. nat., geb. 1945; Studium der Psychologie in Bonn und Hamburg; seit 1978 Professorin an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Ruth Großmaß) Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck. Kritik konservativer Anteile in neueren feministischen Theorien, Frankfurt am Main 1989; (zus. mit Frank Nestmann) Frauen – das hilfreiche Geschlecht. Dienst am Nächsten oder soziales Expertentum?, Reinbek 1991; Der Frauenzoo der Werbung. Aufklärung über Fabeltiere, München 1992.

Barbara Bertram, Dr. sc., geb. 1938; Professorin am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig bis Dezember 1990, seit Januar 1991 Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut e. V. München, Außenstelle Leipzig.

Zahlreiche Veröffentlichungen auf den Gebieten der Berufssoziologie, Jugend- und Frauenforschung, besonders zu Berufswahl, -bildung, -arbeit und Geschlechtstypik.

Ernst Kistler, Dr. rer. pol., geb. 1952; Gesellschafter und Projektgruppenleiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) in Stadtbergen bei Augsburg.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Dieter Jaufmann u. a.) Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Frankfurt am Main – New York 1992.

Dieter Jaufmann, Dr. rer. pol., geb. 1953; wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am INIFES.

Veröffentlichungen u. a.: Technik und Wertewandel – Jugendliche und Erwachsene im Widerstreit?, Frankfurt am Main u. a. 1990.

Anita B. Pfaff, Dr. jur., geb. 1942; Professorin an der Universität Augsburg und stellv. Direktorin am INIFES.

Veröffentlichungen u. a.: Feminisierung der Armut durch den Sozialstaat? in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hrsg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft (1992) 32.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Männerfrage

I. Vorbemerkungen

Seit die Frauenfrage gestellt ist, gibt es auch eine Männerfrage. Weil Frauen und Männer komplementär aufeinander bezogen sind, bedingt die eine – was nur logisch ist – die andere. Die französische Philosophin und Geschlechterforscherin Elisabeth Badinter schreibt dazu: „Mann und Frau sind, wohin wir auch blicken, nicht nur verschieden, sondern ergänzen einander so gut, daß sie zusammen beinahe allmächtig sind: Herren des Lebens und Urheber ihres Überlebens, ihrer Freuden und der notwendigen affektiven Wärme, ohne die auch das Humane verkümmert. Voneinander getrennt, scheinen sie sowohl nutzlos als auch in Todesgefahr zu sein, so als wäre nur die Einheit beider sinnvoll und wirksam. Beide müssen sich zusammen tun und zusammen wirken, damit die Menschheit vollständig ist ... Nichts deutet von vornherein darauf hin, daß das eine Geschlecht überlegen oder das andere im geringeren Maße notwendig wäre.“¹

Dieser grundsätzlichen Komplementarität von Frauen und Männern tritt im Laufe der Geschichte eine spezielle zur Seite, die die historisch entstandene Arbeitsteilung der Geschlechter betrifft². Der Mann macht sich zuständig für die Außenwelt, das Gemeinwesen, die Politik und die Erwerbstätigkeit; der Frau werden die Bereiche von Innenwelt, Hausarbeit, Kindererziehung und Reproduktion der männlichen Arbeitskraft zugewiesen. Damit entstehen nicht nur männliche und weibliche Rollen, sondern auch diesen zugeordnete Verhaltenserwartungen und Eigenschaftsprofile: Den Männern stehen Macht, Herrschaft, Kontrolle, Rationalität und Logik zu, den Frauen bleiben Unterwerfung, Hingabe, Fürsorge und Emotionalität.

1 Elisabeth Badinter, *Ich bin Du. Die neue Beziehung zwischen Mann und Frau oder Die androgyne Revolution*, München 1987, S. 20.

2 Vgl. ebd.; Karin Hausen, *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“*, in: Werner Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart 1976; Walter Hollstein, *Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer*, Hamburg 1988, S. 108 ff.

Die neue Frauenbewegung und die ihr zugrundeliegenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt attackieren diese historisch gewachsene Arbeitsteilung der Geschlechter. Der massive Eintritt der Frauen ins Erwerbsleben, die sukzessive Reform diskriminierender Gesetze, die sexuelle Revolution und die Geburtenkontrolle, der Feminismus und die sich verstärkende Debatte in der Öffentlichkeit um die Beziehungen zwischen den Geschlechtern bedingen nicht nur die Erosion der traditionellen Frauenrolle, sondern auch die Notwendigkeit, die Männerrolle zu reflektieren und zu verändern. Der Boom von Männertiteln auf dem Buchmarkt spiegelt die Aktualität des Themas wider. Einer der Autoren hat notiert, daß es niemals in der neueren Geschichte so viele unruhige Männer gegeben habe, die auf der Suche sind: Gesucht wird eine neue männliche Identität, nachdem die alte brüchig geworden ist. Gefunden werden muß überdies ein neues Arrangement mit dem anderen Geschlecht, das zeitgemäße „Verträge“ über eine neue Arbeitsteilung in Beziehung, Haushalt und Kindererziehung schließt³.

Die männliche Zähigkeit, sich verbissen, trickreich und voller Angst vor Innovationen an überkommene Geschlechterverhältnisse zu klammern, statt endlich offensiv eigene Vorschläge für eine Geschlechterdemokratie zu formulieren und diese dann auch umzusetzen, schafft nicht nur neue Konflikte, sondern den Männern zusätzliche Probleme. Auch im Geschlechterkampf bestätigt sich das russische Wort über jene, die vom Leben bestraft werden, wenn sie historisch zu spät kommen: Es gehört wenig Prophetie dazu vorauszusagen, daß bald Quotenregelungen und Antidiskriminierungsgesetze die Männer zwingen werden, angestammte Positionen zu räumen oder zumindest zu teilen.

Diesen Tatbestand haben Bundestagsabgeordnete der SPD 1989 auf die griffige Formel gebracht, daß die Frauenfrage eine Männerfrage ist. „Hartnäckiger männlicher Widerstand“ verhindere eine wirk-

3 Vgl. Sam Keen, *Feuer im Bauch. Über das Mann-Sein*, Hamburg 1992, S. 19; Dorothy Dinnerstein, *Das Arrangement der Geschlechter*, Stuttgart 1979; Anthony Astrachan, *Wie Männer fühlen. Ihre Reaktionen auf emanzipierte Frauen*, München 1992; Walter Hollstein, *Machen Sie Platz, mein Herr. Teilen statt Herrschen*, Reinbek 1992.

liche Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik: „Männer fühlen sich in der Regel nicht zuständig und verweigern ihre Mitarbeit und Unterstützung im privaten Bereich wie in der Öffentlichkeit ... Die Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik stößt dort an ihre Grenzen, wo Männer nicht in der Lage oder bereit sind, sich dem Prozeß der notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zu öffnen.“⁴ Deshalb wurde eine öffentliche Anhörung vorgeschlagen: „Die Anhörung soll Anstöße geben, wie Gleichstellungspolitik aus ihrem frauenpolitischen Ghetto befreit werden kann und wie, gemeinsam mit männlichen Verbündeten, neue wirksame Maßnahmen ergriffen werden können.“⁵ Diese Veranstaltung fand am 28. und 29. Juni 1989 in Bonn statt und kann – retrospektiv betrachtet – als ein wichtiger Meilenstein in der politischen Veränderung der Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik gewertet werden.

Daß eine Mehrheit der Männer schnellere und effizientere Fortschritte in der Geschlechterfrage blockiert, ist richtig und empirisch nachweisbar⁶. Trotzdem „quietscht“ die These von der Frauenfrage als Männerfrage an jener Stelle, wo der Anschein entsteht, als ginge es bei der ganzen Problematik vor allem um einen subjektiven Aushandlungsprozeß der beiden Geschlechter. Wird so gedacht, wäre dies zu kurz gedacht. Männerfrage und Frauenfrage sind eine gesellschaftliche Frage, insofern Männer und Frauen jeweils gesellschaftliche Positionen und Aufgaben verkörpern. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist eine gesellschaftliche Arbeitsteilung, die in der Geschichte objektiv entstanden und von dieser tradiert ist. In diesem Sinne sind wir alle nicht nur die Subjekte dieser Arbeitsteilung, sondern auch – vielleicht sogar vor allem – deren Opfer.

Das heißt, daß gesellschaftliche Veränderungen eine notwendige Voraussetzung für die sukzessive Umgestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bedeuten. Es heißt, daß Staat und Wirt-

4 SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Gleichstellung von Frau und Mann, Die Frauenfrage als Männerfrage. Hintergrundinformationen und Erläuterungen zur öffentlichen Anhörung, Bonn, den 27. 6. 1989, S. 3f.; vgl. auch Renate Schmidt (Hrsg.), Die Frauenfrage als Männerfrage. Gleichstellungspolitik zwischen Lippenbekenntnis und Verweigerung, Bonn o. J.

5 SPD-Bundestagsfraktion, ebd., S. 3f.

6 Vgl. die in der Bundesrepublik angestellten empirischen Untersuchungen zum Bewußtseinsstand der Männer: Helge Pross, Die Männer, Reinbek 1984; Sigrid Metz-Göckel/Ursula Müller, Der Mann, Weinheim-Basel 1986; Walter Hollstein, Die Männer – Vorwärts oder zurück?, Stuttgart 1990.

schaft alle Möglichkeiten bereitstellen müssen, damit Männer und Frauen eine neue Arbeitsteilung auch praktizieren können. Es heißt, daß gesellschaftliche Institutionen wie Schulen, Ausbildungsstätten und Massenmedien ein anderes Männer- und Frauenbild zu vermitteln haben. Diese Tatbestände entbinden allerdings keinen Mann von der Pflicht zur männlichen Bewußtseinsweiterung. Männer stehen vor der Herausforderung der Frauenbewegung, deren historische Richtigkeit ebenso anzuerkennen ist wie ihre sozialen und politischen Forderungen.

Inzwischen haben sich für das männliche Geschlecht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich geändert: Der Mann ist nicht mehr der unbestrittene Herrscher der Außenwelt; auch die meisten Frauen sind heute erwerbstätig (1989: DDR: 82 Prozent; BRD: 60 Prozent). Damit verschiebt sich notwendigerweise die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Je mehr Frauen berufliche Kompetenzen erwerben, desto mehr Männer sind im Haushalt und bei der Kindererziehung gefordert. Diese Veränderungen werden sich in den kommenden Jahrzehnten auch bei der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit niederschlagen müssen.

II. Die gesellschaftliche Ungleichheit

Noch immer besetzen Männer die meisten und die qualitativ wichtigsten Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie werden zudem häufig auch dann besser bezahlt, wenn sie die exakt gleichen Leistungen erbringen wie Frauen. Dementsprechend ist „der größte Teil der deutschen Bevölkerung mit dem derzeitigen Stand der Gleichberechtigung von Frau und Mann nicht zufrieden.“ Auf die Frage, ob für die Gleichberechtigung bisher zuviel, zuwenig oder genug getan wurde, antworten im Rahmen entsprechender Untersuchungen in den alten Bundesländern 63 Prozent der Befragten, daß zuwenig getan worden sei (58 Prozent Männer; 68 Prozent Frauen); in den neuen Bundesländern sind 61 Prozent dieser Ansicht (57 Prozent Männer; 65 Prozent Frauen). „Insgesamt ist also der größte Teil der Bevölkerung mit den bisherigen Anstrengungen zur Gleichberechtigung weitgehend unzufrieden. Extreme Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden ... dann deutlich, wenn es um die Frage geht, wie die Verwirklichung der Gleichberechtigung denn erreicht werden könnte.“ In

den alten Bundesländern werden individuelle Lösungsmuster vorgeschlagen; in den neuen Bundesländern wird die Gleichstellung der Geschlechter als Problem des Staates begriffen⁷.

1. Ungleichheit im öffentlichen Leben

Die Repräsentation von Frauen in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen einerseits und in den politischen Gremien vom Gemeinderat bis zum Bundestag andererseits hat sich seit dem Ende der sechziger Jahre kontinuierlich verbessert. Trotzdem entspricht sie nicht annähernd dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung (1989: 51,8 Prozent)⁸. Wiewohl der politische und gewerkschaftliche Organisationsgrad der Frauen stark gestiegen ist, sind Frauen in den Führungspositionen von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen noch immer unterrepräsentiert.

In der DDR war die politische und gewerkschaftliche Repräsentation der Frauen besser, was allerdings einzig für die unteren und mittleren Positionen der Machtapparate galt: „Je höher die Position, um so stärker die Dominanz der Männer.“⁹ Politische Macht wird nach wie vor von Männern ausgeübt – ist männlich. In beiden deutschen Staaten hatten und im vereinigten Deutschland haben Frauen auf der Ebene von Ministern und Staatssekretären nur Alibifunktionen¹⁰.

In die politischen Eliten der beiden Gesellschaften sind also nur wenige Frauen vorgedrungen. Der von dem Siegener Soziologen Rainer Geißler angestellte Vergleich führt in diesem Fall zu einem abweichenden Ergebnis: „Nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik sind Politikerinnen besser in den Spitzenpositionen vertreten. Die Diskussion um die Frauenquote in den letzten Jahren zeigt allmählich Wirkung. In den Bundesvorständen der Grünen (54 Prozent), der SPD (35 Prozent) und der CDU (27 Prozent) sind Frauen inzwischen relativ häufiger zu finden als an der Parteibasis. In den Landesregierungen erhöhte sich der Anteil der Ministerinnen auf 18 Prozent.“¹¹

7 Vgl. Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, Stuttgart u. a. 1992, S. 107 ff.

8 Vgl. Wolfgang Hartenstein/Jutta Bergmann-Gries/Wolfgang Burkhardt/Rheinhard Rudat, Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas), Geschlechtsrollen im Wandel, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Stuttgart u. a. 1988, S. 16f.

9 Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992, S. 250.

10 Vgl. ebd.

11 Ebd., S. 251f.

Die Ansichten zur politischen Gleichstellung der Geschlechter sind – in Abhängigkeit von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialstrukturellen Gruppierung – sehr verschieden. Angehörige der unteren Schichten (z. B. un- und angelernte Arbeiter) setzen sich auffallend weniger für die weibliche Gleichberechtigung ein als die Männer der Mittelschichten; dieser Befund gilt auch für alle anderen Bereiche der Geschlechterfrage¹².

2. Ungleichheit in der Erwerbstätigkeit

Männer besitzen bessere Arbeitsmöglichkeiten und höhere Karrierechancen; sie werden im Durchschnitt besser bezahlt als Frauen, und ihr Arbeitsplatz ist sicherer. Diese Wirklichkeit wird von der gängigen Rechtsprechung legitimiert, die Männer nach wie vor favorisiert und Frauen tendenziell diskriminiert. „Betrachtet man die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und die Reaktionen des Rechts auf sie, so zeigt sich ein buntscheckiges, insgesamt desolates Bild. Es gibt keinen einzigen Bereich, in dem Gesetzgebung und Rechtsprechung oder die Tarifvertragsparteien die Gleichberechtigung der Frau im Erwerbsleben haben in der Realität durchsetzen können. Zudem gibt es einige Bereiche, in denen ein solches Bemühen dieser Institutionen jedenfalls nicht erkennbar ist.“¹³

In der DDR sind die Frauen in erheblich größerem Maße (der Beschäftigungsgrad lag bei über 80 Prozent) und in selbstverständlicher Weise einer Berufstätigkeit nachgegangen als in der Bundesrepublik, wiewohl sich auch hier die Verhältnisse seit dem Ende der sechziger Jahre verbessert haben. Trotz aller Fortschritte verbleiben substantielle Benachteiligungen im Vergleich zu den Männern: „Frauen werden zwar zunehmend in die bezahlten Arbeitsprozesse einbezogen, dennoch haben sich in der Arbeitswelt der beiden Gesellschaften markante Ungleichheiten zu ihrem Nachteil erhalten. Zum einen existieren geschlechtsspezifisch geteilte Arbeitsmärkte, die für Frauen schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrigere Einkommen sowie höhere Armuts- und Arbeitsplatzrisiken mit sich bringen. Zum anderen stoßen Frauen auf erhebliche Hindernisse beim Aufstieg in die höheren Etagen der Berufshierarchien.“¹⁴

12 Vgl. IPOS (Anm. 7), S. 112.

13 Heide M. Pfarr/Klaus Bertelsmann, Diskriminierung im Erwerbsleben. Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 443.

14 Vgl. R. Geißler (Anm. 9), S. 243.

3. Ungleichheit in der Familie

Die rechtlichen und realen Voraussetzungen für die Lebensbedingungen der Frauen in Beziehung, Ehe und Familie haben sich in den vergangenen zwölf Jahren sukzessive verbessert. Unbestritten – in allen Untersuchungen – ist, daß sich das weibliche Rollenbild ebenso verändert hat wie das männliche; starre Rollenfixierungen sind nur noch in den Unterschichten und dort – in geballter Form – auch nur ganz unten anzutreffen. Trotzdem weisen auch diese Fortschritte noch nicht in Richtung Gleichstellung von Frau und Mann im häuslichen Bereich. Die Arbeitsteilung im Haushalt ist in der Mehrheit der Fälle nach wie vor traditionell: „Der Stabilität des männlichen Rollenbildes entspricht eine bemerkenswerte Starrheit in der Aufteilung der Hausarbeit. Die den Frauen und Männern in Haushalt und Familie zugeschriebenen Aufgaben sind nach wie vor ziemlich eindeutig festgelegt. Jeder/jede hat im Haushalt sein/ihr Revier.“¹⁵ Konkret bedeutet dies, daß von Frauen Tätigkeiten wie Waschen, Bügeln, Nähen, Zubereitung der Mahlzeiten, Aufräumen, Saubermachen, Erledigung des Abwaschs, Beaufsichtigung der Kinder und von Männern Tätigkeiten rund ums Auto, das Reparieren von Haushaltsgegenständen oder geschäftlicher Briefwechsel übernommen werden. Beim privaten Briefwechsel, Einkaufen und Schuhe putzen gleichen sich weibliche und männliche Aktivitäten zunehmend an.¹⁶

Neueste Befragungen dokumentieren übrigens, daß Männer wie Frauen die Arbeit in Haushalt und Familie ebensohoch bewerten wie die Erwerbstätigkeit¹⁷. Dementsprechend möchten auch immer weniger Männer die Hausarbeit ganz den Frauen überlassen. Dieser kognitive Wandel bei den Männern bedeutet indessen in den meisten Fällen noch keine Verhaltensveränderung. Haushalt, Kindererziehung und die Aufrechterhaltung der Familie liegen nach wie vor in der primären Verantwortung der Frau. „Auch durch die Berufstätigkeit der Frau wird das traditionelle Gefüge im Haushalt nicht umgestürzt. Allerdings gibt es interessante Variationen. Die Partner berufstätiger Frauen fühlen sich in höherem Maße für Hausarbeiten (auch Aufräumen und Waschen) verantwortlich, jedoch insbesondere dann, wenn (noch) kein Kind zu betreuen ist. Die berufstätigen Frauen selbst dagegen – ob mit oder ohne Kinder – reduzieren ihren Beitrag zur Haushaltsführung

nicht. Eine durch Beruf und Kind doppelt belastete Frau nimmt auch eine dritte Belastung – den Haushalt – auf sich.“¹⁸

Jüngere Väter beteiligen sich heute in stärkerem Maße an der Kindererziehung. Allerdings nehmen sie sich vorzugsweise der „hedonistischen Tätigkeiten“ des Spielens, Wanderns und Erzählens an und überlassen den Müttern die unangenehmeren Pflichten der Pflege und Ernährung. Mit wenigen Ausnahmen – sie betreffen in erster Linie teilerwerbstätige Männer und Hausmänner – rangieren Erziehungsaufgaben beim männlichen Geschlecht deutlich hinter Erwerbstätigkeit und Karriere. „Die (verbale) Aufwertung, die die Arbeit erfahren hat, die in den Räumen stattfindet, in denen traditionell Frauen arbeiten, führt nicht dazu, daß Männer nun in diese Arbeitsbereiche einbrechen.“¹⁹

In den Beziehungen der Geschlechter zueinander fällt als deutlichster Fortschritt die „Demokratisierung“ des männlichen Frauenbildes auf.²⁰ Männer stellen sich nicht mehr selber auf ein Podest, von dem sie auf die Frauen herabschauen, wie es noch Helge Pross in ihrer Untersuchung moniert hatte, sondern werten Frauen mittlerweile als selbständige, gleichberechtigte und in manchem (Gesundheit, Lebenserwartung, Gefühle, sexuelle Erlebnisfähigkeit) dem eigenen Geschlecht überlegene Wesen. Solcherart Bewußtseinswandel äußert sich z. B. darin, daß die heutigen Männer sich partnerschaftlicher verhalten: „Die größere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Frauen ist am deutlichsten erkennbar in einer stärkeren Beweglichkeit außerhalb der Familie. Hier ist ‚Emanzipation‘ im Wortsinne durchgesetzt. Als Indikator wurde das Ausgehen ohne Partner benutzt.“²¹ Die traditionelle männliche Doppelmoral, sich Freiheiten zu nehmen, ohne sie auch der Frau einzuräumen, läßt sich nur noch in der unteren Unterschicht konstatieren. „Diese eklatante Widersprüchlichkeit... besteht in allen anderen Schichten überhaupt nicht mehr. Es hat sich sogar tendenziell umgedreht. Die Männer der Oberschicht, der beiden Mittelschichten und der oberen Unterschicht gestehen ihren Partnerinnen mehr Freiheiten zu, als sie sich selber nehmen.“²²

18 W. Hartenstein u. a. (Anm. 8), S. 48.

19 Gisela Notz, Auf der Suche nach den neuen Vätern, Frankfurt/Main 1991, S. 11; vgl. auch: H. Pross (Anm. 6); S. Metz-Göckel/U. Müller (Anm. 6); W. Hollstein (Anm. 6).

20 Vgl. die historisch bedingten Unterschiede und Entwicklungen in den drei deutschen Männeruntersuchungen (Anm. 6).

21 Vgl. W. Hartenstein u. a. (Anm. 8), S. 69f.

22 Vgl. W. Hollstein (Anm. 6), S. 173f.

15 Vgl. W. Hartenstein u. a. (Anm. 8), S. 46.

16 Vgl. ebd., S. 47ff.; Vgl. H. Pross/S. Metz-Göckel/U. Müller/W. Hollstein (Anm. 7).

17 Vgl. IPOS (Anm. 7), S. 34.

Auch familiäre Entscheidungsprozesse haben sich in den letzten Jahren demokratisiert. „Die Zunahme der Gemeinsamkeit ... ist dann besonders spürbar, wenn es um finanzielle Verpflichtungen geht. Die klassische Form der ehelichen Aufgabenteilung, wonach die Frauen die Hausarbeit machten und die Männer das Sagen hatten, hat sich überlebt. Die Machtstrukturen in der Familie haben sich aufgelockert, die viel bemühte sogenannte Ressourcentheorie, derzufolge die Verfügung über Geld und Geltung sich auch auf die innerfamiliäre Meinungsbildung auswirkt, scheint nicht mehr zu greifen.“²³

Dementsprechend bewertet eine Mehrheit der deutschen Männer inzwischen die Emanzipationsbewegung der Frauen positiv. Auch Konfliktfähigkeit und „Streitkultur“ deutscher Paare sind gewachsen. „Auswüchse in Richtung Gewalt haben offenbar nur wenige Streitigkeiten zwischen Paaren: 4 Prozent sagen, beim Streit würden auch schon mal Gegenstände fliegen, bei einem Prozent kommt es zur Prügelei oder zu anderen Handgreiflichkeiten.“²⁴ Insbesondere Männer neigen aufgrund ihrer Sozialisation zur „Lösung“ von Konflikten mit den Mitteln der Gewalt. Diese Problematik wird in jüngster Zeit „aber durch zunehmende Diskussionen in der Öffentlichkeit allmählich enttabuisiert“, überdies organisieren sich auch vermehrt „Männer gegen Männergewalt“²⁵.

4. Der Stand der Dinge

Die Fortschritte in der Geschlechterfrage sind unleugbar. Zum erstenmal in der Geschichte männlicher Hegemonie sind die Weichen der Entwicklung in Richtung Geschlechterdemokratie gestellt²⁶. Trotzdem gibt es noch immer strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern,

die auf der materiellen Ebene fast ausnahmslos zu Lasten der Frauen gehen. Diesen Tatbestand den Männern allein anzulasten wäre ebenso falsch, wie unrealistisch. Auch Fraktionen des Feminismus konzidieren inzwischen die aktive Mitwirkung der *Frauen* an den bestehenden Geschlechterverhältnissen und deren Defiziten: „Frauen bezeichnen häufig die Arbeitsteilung als egalitär, die sich bei genauen Nachfragen als ungleich herausstellt. Beteiligen sich Männer an Haus- und Familienarbeit, zeigen Frauen eine Haltung der Nachsicht und Dankbarkeit und bestehen nicht unbedingt auf einer gleichmäßigen Arbeitsteilung.“²⁷

In empirischen Untersuchungen wird inzwischen eine Tendenz zur Stagnation in den Geschlechterverhältnissen konstatiert; jedenfalls ist die rasante Entwicklung der siebziger Jahre gebremst. Seitens der Frauen wird „Widerstand ... nicht sichtbar. Bedeutet das eine Anpassung an das Unvermeidliche und ein höheres Maß an Pragmatismus? Oder stehen dahinter Resignation und ein Rückschlag des Pendels der Ansprüche und Erwartungen? Die häufiger als früher anzutreffende Antwortkategorie ‚Das kommt auf die Umstände an‘, die nüchterne Art der Begründungen deuten jedenfalls darauf hin, daß auf seiten der Frauen die Hoffnung auf große Lösungen und allgemeingültige Rezepte nachgelassen hat. Gefragt ist eine Politik der kleinen Schritte. Den Männern wird es damit zweifellos leichter, Lippenbekenntnisse zur Mithilfe abzugeben, die in der Regel doch nicht sofort eingeklagt werden.“²⁸ In den USA notieren Beobachterinnen und Beobachter der Geschlechterszene bereits ein „backlash“²⁹ in der Geschlechterfrage.

Angesichts der Komplexität der Frauen- und Männerproblematik ist realistischerweise nicht von der Vorstellung linearen Fortschritts auszugehen, vielmehr sollten auch Rückschritte und Gegenbewegungen einkalkuliert werden. Trotzdem ist man sich – von Radikalfeministinnen und machistischen Männern abgesehen – in der Basisliteratur darüber einig, daß der begonnene Weg zur Geschlechterdemokratie irreversibel ist.

23 W. Hartenstein u. a. (Anm. 8), S. 68.

24 FORSA Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, Streit bei deutschen Paaren, Dortmund, 19. Oktober 1991, S. 14.

25 Vgl. Michael Kaufmann, The construction of Masculinity and the triad of men's violence, in: Michael Kaufman (Hrsg.), Beyond Patriarchy, Toronto-New York 1987; Klaus Theweleit, Männerphantasien, Reinbek 1987; Michael C. Baurmann, Die offene und die heimliche Gewalt von Männern gegen Frauen, in: Siegfried R. Dunde (Hrsg.), Wenn ich nicht lieben darf, dürfen's andere auch nicht. Vom Umgang der Männer mit sich und anderen, Reinbek 1987; IPOS (Anm. 7), S. 117 ff.; vgl. außerdem Hans Peter Lütjen, „Männer gegen Männer-Gewalt“, in: Jörg Ehrenforth/Herwarth Ernst (Hrsg.), Gegenstimmen, Reinbek 1987; Alexander Bentheim/Michael Firlé, Männerberatung zum Thema Gewalt, in: Karl Weibach/Waldemar Kiessling (Hrsg.), Mannsein – ein Wagnis?, Oldenburg 1992.

26 Vgl. Badinter (Anm. 1)

27 Wera Hemmerich, (K)eine Chance für ein neues Geschlechterverhältnis? Widersprüche und Ambivalenzen im partnerschaftlichen Alltag, Bielefeld 1991, S. 26.

28 W. Hartenstein u. a. (Anm. 8), S. 85; siehe auch: IPOS (Anm. 7).

29 Vgl. Susan Faludi, Backlash. The Undeclared War Against American Women, New York 1991; A. Astrachan (Anm. 3), S. 10f.

5. Ost und West im Vergleich

Wie oben schon erwähnt worden ist, waren die Frauen der DDR in erheblich höherem Maße erwerbstätig als die der Bundesrepublik. Frauen und Männer sollten in der DDR in allen Lebensbereichen gleiche Rechte haben, und diese wurden, soweit dies die Teilnahme am Erwerbsleben betraf, auch weitgehend eingelöst. Die ostdeutschen Frauen waren *gleichberechtigt*, den Männern *gleichgestellt* waren sie dennoch nicht. Nach wie vor bestanden (ungerechtfertigte) Einkommensunterschiede, Karrierechancen wurden eher den Männern vorbehalten, die männliche Rolle blieb in ihrer traditionellen Ausformung erhalten³⁰.

„Die Verhältnisse in der DDR haben nicht nur eine Gesellschaft und die Menschen deformiert, sondern in einer spezifischen Weise auch gesellschaftsrelevante Problemstellungen verhindert. Hierzu sind die Fragen nach der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter zu zählen, die wohl theoretisch propagiert, aber in der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit wenig garantiert wurden. Das Geschlechterrollenstereotyp in der damaligen DDR prävalierte das männliche Geschlecht. Obwohl für Frauen die gesellschaftliche Grundvoraussetzung der Chancengleichheit verfassungsmäßig gegeben war, waren die lebenspraktischen Möglichkeiten ihrer Realisierung weit weniger vorhanden.“³¹

Dementsprechend bezeichnen Kritiker den Sozialismus in der DDR als „männlich“ und die Gesellschaftsordnung als „Patriarchat“. Die Geschlechterrollen waren rigider als in der Bundesrepublik: „Der Durchschnitts-Mann ging seiner Arbeit nach, saß beim gemeinsamen Einkauf am Steuer, ließ sich die Hemden bügeln, beherrschte die Kunst des Eierkochens, kehrte den Hof und putzte das Auto. Er liebte es, wenn es ‚wie bei Muttern‘ war.“³² Der Konservatismus der Männer wird denn auch als „Hauptursache der Verwirklichungsprobleme von Frauen“³³ dargestellt. Konsequentermaßen übten sich die Männer in der DDR in einem über-

30 Vgl. Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas), Frauen in den deutschen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung, Bonn 1991, S. 39 ff.

31 Ina Anderson, Geschlechtsspezifische Attribute und psychische Gesundheit, in: Elmar Brähler/Hildegard Felder (Hrsg.), Weiblichkeit, Männlichkeit und Gesundheit, Opladen 1992, S. 88.

32 Der „männliche“ Sozialismus. Zur Rolle des Patriarchats in der ehemaligen DDR. Ein Interview mit Frieder Burghardt von Erich Kriehbaum, in: Männer-Forum, 6 (1992), S. 16.

33 Katharina Belwe, Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer: Skizze daraus resultierender Probleme, in: Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen In-

kommenen Frauenbild. In einer empirischen Untersuchung fand Ina Anderson am Beispiel der Großstadt Leipzig, daß Mädchen in sehr hohem Maße diskriminierende und damit einschränkende Attribute zugeschrieben wurden. Ein Vergleich mit der Kleinstadt Fribourg, in der diese Erhebung ebenfalls durchgeführt wurde, ergab ein für Leipzig viel ungünstigeres Bild³⁴; dabei gilt Fribourg selbst in der Schweiz als erzkatholisch und konservativ. Solche traditionalistischen Mädchen- und Frauenbilder bestärkten Männer in ihrem einseitigen Karriereweg und banden Frauen an Haushalt und Erziehung³⁵.

In vielen Bereichen bestehen jedoch nur geringe Unterschiede zwischen der DDR und West- bzw. Ost- und Westdeutschland: Partnerschaft gilt – vor der Verwirklichung im Beruf oder durch Kinder – als wichtigster Lebensbereich. „Auf tretende Unterschiede in der Einstufung dieser Bereiche bei Männern und Frauen reflektieren traditionelle Rollenzuweisungen, die im Osten noch deutlicher sind als im Westen.“³⁶ Männer im Westen zeigen sich eher bereit, ihre Ganztagsarbeit zu reduzieren, als Männer im Osten; hingegen ist die Erwerbstätigkeit für Frauen im Osten viel eher ein integraler Bestandteil ihres Lebens als für Frauen im Westen. „Die Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Hausarbeit ist hier wie da die Regel.“³⁷

Trotzdem scheint die weibliche Frustration erstaunlich gering zu sein; auch die (zusätzliche) Belastung durch den Haushalt wird nicht durchgehend als gravierend empfunden. Der Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung wird sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland allgemein akzeptiert. „80 Prozent der Westdeutschen und 90 Prozent der Ostdeutschen halten die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau für wichtig oder sehr wichtig; und deutlich über 90 Prozent meinen, daß die Frau in einer Ehe, in der nur der Mann berufstätig ist, über das Gehalt bzw. den Lohn des Mannes genauso verfügen können sollte wie der Mann selbst.“³⁸ Auch was die Berufsbildung und Berufswahl betrifft, spricht sich in beiden Teilen Deutschlands eine Mehrheit für Gleichberechtigung aus. Daß Frauen auch Männerberufe ergreifen sollen, meinen rund 80 Prozent der Westdeutschen, aber nur 60 Prozent der Ostdeutschen. „Knapp 60 Prozent der Westdeutschen und knapp

stitutes Bonn. Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, (1988) 10, S. 27 ff.

34 Vgl. I. Anderson (Anm. 31), S. 84.

35 Vgl. K. Belwe (Anm. 33), S. 22 ff.

36 Vgl. IPOS (Anm. 7), S. 137 ff.

37 Ebd.

38 Ebd.

50 Prozent der Ostdeutschen möchten auch mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft sehen.³⁹

III. Die Ambivalenz der Männer-Rolle

Im öffentlichen Leben, in der Erwerbstätigkeit, aber auch privat erscheinen Männer nach wie vor als das privilegierte Geschlecht. Seit sich – unter dem Druck der Frauenbewegung und der Frauenforschung – nun auch Männer mit ihrem eigenen Geschlecht wissenschaftlich beschäftigen, wird die Ambivalenz traditioneller Männlichkeit immer deutlicher. Inzwischen treten auch die Schattenseiten der Attribute der männlichen Rolle wie Macht, Herrschaft, Kontrolle, Leistung und Rationalität, die sich u. a. in innerer Ohnmacht, Verdrängung, Krankheit und verkürzter Lebenserwartung äußern, deutlicher zutage.

1. Die männlichen Defizite

Der Amerikaner James M. O'Neil⁴⁰ hat auf der Basis aller vorliegenden, Männer betreffenden medizinischen, psychologischen und sozialmedizinischen Untersuchungsergebnisse aus den USA eine Analyse der spezifisch männlichen Problematik versucht. Der traditionellen Männerrolle sind laut O'Neil sechs Konfliktfelder inhärent:

- a) *Die Einschränkung des Gefühlslebens:* Männer lernen schon als Jungen ihre Gefühle zu unterdrücken, weil diese von der Gesellschaft als weiblich etikettiert werden. Sie befürchten, daß die Äußerung von Emotionen den Eindruck einer zu gering entwickelten Männlichkeit erwecken könnte. Folge unterdrückter Emotionalität sind Wut und Aggressivität. Als extreme Konsequenzen nennt O'Neil die männliche Gewalttätigkeit gegenüber Frauen und Kindern.
- b) *Die Homophobie:* Männer entwickeln frühzeitig Angst vor anderen Männern. Auch hier dominiert die Furcht, für weiblich, weich und damit möglicherweise für homosexuell gehalten zu werden. Die Verdrängung dieser Elemente fördert ein rigides und autoritäres Verhalten.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Vgl. James M. O'Neil, Gender-role conflict and strain in men's lives, in: Kenneth Solomon/Norman B. Levy (Hrsg.), Men in transition, New York-London 1982, S. 5ff.; Vgl. auch W. Hollstein (Anm. 6), S. 39ff.

c) *Die Kontroll-, Macht- und Wettbewerbszwänge:* Männer bestimmen aufgrund ihrer Erziehung ihren Selbstwert nach ihren Erfolgen im Bereich der Konkurrenz, des Machterwerbs und der Dominanz. Niederlagen begreifen sie als Entmännlichung. Auch ihre persönlichen Beziehungen orientieren sie an den genannten Attributen; sie schließen damit Liebe, Fürsorge und Ethos aus ihrem Leben aus.

d) *Das gehemmte sexuelle und affektive Verhalten:* Die männliche Angst, die eigenen weiblichen Seiten zuzulassen, verhindert Hingabe, Sinnlichkeit und wahre Intimität. Erotisch wird der Mann dabei zum Opfer seiner eigenen Rolle, da er auch Sexualität nur unter dem Aspekt von Leistung und Dominanz erleben kann.

e) *Die Sucht nach Leistung und Erfolg:* Männer beziehen ihr Selbstwertgefühl primär über die Arbeit und deren Gratifikationen. Je mehr ein Mann für sich und seine Familie leistet, desto sicherer fühlt er sich in seiner Männlichkeit. Diese Erfolgsorientierung bewirkt, daß der Mann sich zunehmend von seiner Familie entfernt. Hohe Leistung am Arbeitsplatz und privates Unglück sind häufig miteinander verknüpft.

f) *Die wenig sorgsame Gesundheitspflege:* Männer kümmern sich zu wenig um ihre Gesundheit, achten kaum auf körperliche Warnsignale, betrachten den Arztbesuch als unmännlich u. a. m. Dementsprechend sind sie im Durchschnitt kränker – nicht öfter krank – als Frauen und sterben erheblich früher.

Die Ergebnisse von Untersuchungen des Gesundheitszustandes von Männern sind in der Tat besorgniserregend. Das gilt insbesondere für Kreislauferkrankungen, Herzkrankheiten, Gehirngefäßerkrankungen, Lungenkrebs, Atemerkrankungen, Emphyse, Asthma, Magen-, Dickdarm- und Mastdarmkrebs, Erkrankungen der Verdauungsorgane, chronische Leberschäden, Suchtgefahren oder Aids. Männer sind mehr als Frauen in Psychiatrien und begehen wesentlich häufiger Selbstmord⁴¹. Dessenungeachtet bagatelisieren Männer ihre Probleme, weil die männliche Rolle es ihnen verbietet, in Krisensituationen zu geraten: „Das Tragische an der Unfähigkeit des Mannes, um Hilfe zu bitten, ist, daß er sie am meisten braucht. Seine Angst und seine Unsicherheit

⁴¹ Vgl. u. a. Peter Sichrowsky, Krankheit auf Rezept, Köln 1984; Herb Goldberg, Der verunsicherte Mann, Reinbek 1986; Janice M. Swanson/Katherine A. Forrest (Hrsg.), Die Sexualität des Mannes, Köln 1987; J. M. O'Neil (Anm. 40); E. Brähler/H. Felder (Anm. 31)..

gegenüber seiner eigenen Schwäche macht ihn zu einem Kartenhaus, das entweder steht oder zusammenfällt.“⁴² *Männliche Macht und Ohnmacht bedingen sich also gegenseitig.*

2. Die Erziehung zum Mann

Männliche Verhaltensweisen zu übernehmen fällt dem Jungen um so schwerer, als seine primäre Bezugsperson in den ersten Lebensjahren eine Frau ist. Aufgrund der räumlichen, geistigen und emotionalen Distanz zum Vater, der in aller Regel fest in seiner Arbeitswelt verankert ist, verdoppelt sich die Bedeutung der Mutter für den Sohn. Die Mutter wird zur wichtigsten Identifikationsperson. In Kindergarten, Vorschule und in den ersten Schuljahren ist der Junge in der Regel ebenfalls primär mit weiblichen Erziehungspersonen konfrontiert.

Der gesellschaftliche Zwang, sich männliches Verhalten anzueignen, verlangt nun in dieser vorwiegend von Frauen geprägten Umgebung von dem Jungen, Weibliches in sich zu unterdrücken und die Identifikation mit der Mutter aufzugeben. Männlichkeit entsteht demnach in der negativen Abgrenzung von Weiblichkeit und nicht in positiver Identifikation mit männlichen Vorbildern. Von daher bleibt sie oft brüchig und führt in dieser Ausformung zu pseudo-kompensatorischen Akten von Machismus, Rechtsextremismus und Männergewalt. In jedem Fall entwickelt sich eine starke, wenn auch zumeist latente Angst vor dem Rückfall in die Symbiose und damit vor einer zweiten traumatischen Verstoßung aus dem Paradies. Weiblichkeit und Frauen generell werden mit dieser erzwungenen Ablösung von der Mutter ambivalent besetzt und mit der Mutter verbundene Gefühlsbereiche wie Abhängigkeit, Nähe und Hingabe abgespalten und verdrängt, z. T. auch gewaltsam bekämpft⁴³.

Die Erziehung zur Männlichkeit beginnt mit der Geburt: Zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, daß die Eltern nach der Geburt eines Sohnes die als „männlich“ etikettierten Eigenschaften des Jungen fördern und die als „weiblich“ angesehenen diskreditieren. Geschlechtsspezifische Eigenschaften und Aktivitäten von Jungen werden wesentlich stärker gefördert als solche von Mädchen; umgekehrt werden Jungen aber auch härter dafür bestraft, wenn sie nicht den Kategorien des männlichen Verhaltenskodex folgen. Insbesondere die Väter konfrontieren ihre Söhne mit

der harten Lebenswirklichkeit von Leistung, Kampf und Wettbewerb. Gleichzeitig wird von den Jungen verlangt, ihre Emotionen zu kontrollieren und vor allem Gefühle von Schwäche, Nachgiebigkeit und Trauer zu unterdrücken. „Mütter stellen Zärtlichkeiten bei ihren Söhnen gewöhnlich viel früher ein als bei ihren Töchtern... Sie haben Angst, ihre Söhne könnten durch zuviel ‚Bemuttern‘ verweichlichen.“⁴⁴ O’Neil kommt aufgrund seiner Befunde zu dem Schluß: „Männer werden sozialisiert, um wettbewerbsbetont, leistungsorientiert und kompetent zu sein... Männer glauben, daß persönliches Glück und Sicherheit von harter Arbeit, Erfolg und Leistung abhängig sind.“⁴⁵ Diese männliche Botschaft haben bereits achtjährige Jungen verinnerlicht. Die Erziehung der Jungen zu Männern konzentriert sich also auf äußerliche Ziele wie Erfolg, Status und Macht und vernachlässigt bzw. unterdrückt alles, was dabei stören könnte: Gefühle, mitmenschliche Verbindlichkeiten und Ethiken⁴⁶.

3. Der Preis der Macht

Der Zusammenhang von äußerer Macht und innerer Ohnmacht wird durch eine Untersuchung über erfolgreiche Männer verdeutlicht, in der Jan Halper⁴⁷ 4126 amerikanische Industrielle, Manager und Direktoren befragte. Bei ihren Gesprächen stieß die Psychologin unter der Oberfläche von Macht, Erfolg und Reichtum rasch auf Unsicherheit, Leere und sogar Depression. Aufgrund ihres reichhaltigen Materials gelangte sie zu dem Ergebnis, daß Männer schon als Jungen von der inneren Erfahrung ihres Ich-Seins abgeschnitten werden. Statt ihre Gefühle und ihr affektives Innenleben kennenzulernen, werden sie manipuliert, nach vorgegebenen Mustern zu leben. Sie beginnen frühzeitig damit, auf eigene Werte und Bedürfnisse zu verzichten und sich fremdbestimmen zu lassen.

Wie dieser Preis der Macht reduziert werden kann, erfuhr Jan Halper von jenen 23 Prozent der Befragten, die angegeben hatten, mit sich und ihrer Situation zufrieden zu sein. Bei der Durchsicht dieser Biographien konstatierte die Autorin, daß die betreffenden Männer allesamt durch einen Zeitabschnitt großen Leidens (Scheidung; Tod eines Kin-

44 Bernie Zilbergeld, *Männliche Sexualität*, Tübingen 1983, S. 91.

45 J. M. O’Neil (Anm. 40), S. 32.

46 Vgl. D. Dinnerstein (Anm. 3); Ch. Olivier (Anm. 43); Eleanor Maccoby/Carol Jacklin, *The psychology of sex difference*, Stanford 1974; für den deutschsprachigen Raum: Carol Hagemann-White, *Sozialisation: weiblich-männlich?* Opladen 1984.

47 Vgl. Jan Halper, *Quiet Desperation. The truth about successful men*, New York 1988.

42 Vgl. P. Sichrowsky (Anm. 41), S. 190.

43 Vgl. Eugene Monick, *Die Wurzeln der Männlichkeit*, München 1990; Christiane Olivier, *Jokastes Kinder*, München 1989.

des u. a.) gegangen waren und dabei ihre bisherigen Lebensziele und Normen hatten überprüfen müssen. Ihre jetzige Zufriedenheit resultierte aus der Überwindung der Abhängigkeit von äußerem Erfolg.

Elisabeth Beck-Gernsheim⁴⁸ räumt ein, daß auch Männer unter dem leiden, was ihnen die bestehenden Verhältnisse unter dem Etikett von Männlichkeit abverlangen. Die Konzentration auf die Erwerbstätigkeit und die damit verbundenen Erfolgsansprüche beraubt sie ihrer emotionalen, kommunikativen und menschlichen Erfüllung.

IV. Männer in Bewegung

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre begannen die ersten Männer damit, der Frustration über ihr „halbiertes Leben“ und dem damit verknüpften Verzicht etwas entgegenzusetzen, nachdem schon zuvor soziale Bewegungen wie die „Beat generation“ oder die Hippies die traditionelle Männlichkeit konterkariert hatten⁴⁹. So entstand 1970 im kalifornischen Berkeley das „Berkeley Men's Center“, in dessen Gründungsmanifest es programmatisch hieß: „Wir als Männer wollen unsere volle Männlichkeit wiederhaben. Wir wollen nicht mehr länger in Anstrengung und Wettbewerb stehen, um ein unmögliches, unterdrückendes, männliches Image zu erreichen – stark, schweigsam, cool, nett, gefühllos, erfolgreich, Beherrscher der Frauen, Führer der Männer, reich, brillant, athletisch und heavy... Wir möchten uns selbst gern haben. Wir möchten uns gutfühlen und unsere Sinnlichkeit, unsere Gefühle, unseren Intellekt und unseren Alltag zufrieden erleben.“⁵⁰ Dies war der Beginn einer Männerbewegung, die in Form von individueller Auseinandersetzung, informellen Gruppen und ersten Organisationen ihren Ausdruck fand.

1. Die Männerbewegung

Die Organisationsversuche von Männern in Männerzentren und später in der Männerbewegung geschahen und geschehen u. a. unter dem Druck, daß

- der Arbeitsmarkt schrumpft und damit vielen Männern die Möglichkeit genommen wird, ihre

Identität allein aus ihrer beruflichen Position heraus zu gewinnen;

- die Frauenbewegung eine Veränderung der Männerrolle verlangt;
- die ökologische Problematik die männliche Naturausbeutung, den männlichen Technikbegriff und damit wichtige Grundlagen von Männlichkeit überhaupt in Frage stellt⁵¹.

Es haben sich inzwischen fünf Bereiche konstituiert, die – zusammengefaßt – die derzeitige Männerbewegung ausmachen:

- a) Eine *Männerliteratur*, in der Männer ihre Männlichkeit und ihre Rolle in der Gesellschaft reflektieren (z. B. in den USA: Herb Goldberg, Warren Farrell u. a., in der Bundesrepublik: Volker Elis Pilgrim sowie die Männerreihen von Rowohlt und Kösel);
- b) *Männerzentren*, die in den großen Städten Informations- und Beratungsdienste anbieten (z. B. in den USA: Berkeley, San Francisco, New York, Denver u. a., in der Bundesrepublik: Göttingen, München, Frankfurt am Main);
- c) *Männergruppen*, in denen sich bewegte Männer treffen, um ihre Schwierigkeiten mit der traditionellen Männerrolle zu besprechen;
- d) *Männertherapien*, mit denen spezifische Männerprobleme behandelt werden;
- e) *Männerforschung*, mit der versucht wird, unsere patriarchale Geschichte und deren Folgen aufzuarbeiten.

Das Epochale an dieser Männerbewegung, die weder quantitativ noch qualitativ mit der Frauenbewegung verglichen werden kann, besteht unzweifelhaft darin, daß Männer zum ersten Mal in der Geschichte über sich als Männer nachdenken dürfen und müssen. Das heißt zum einen, daß Männer nun ihr Rollenkorsett von Macht, Härte und Erfolgswang zu lockern in der Lage sind, und zum anderen, daß sie die Möglichkeit haben zu sehen und zu erleben, wie sie wirklich sind, statt sich von außen definieren zu lassen⁵².

48 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, *Das halbierte Leben*, Frankfurt/Main 1990.

49 Vgl. W. Hollstein (Anm. 2), S. 191 ff.

50 Joseph H. Pleck/Jack Sawyer (Hrsg.), *Man and Masculinity*, Englewood Cliffs 1974, S. 174.

51 Vgl. ausführlich: James A. Doyle, *The male experience*, Dubuque (Iowa) 1989; Warren Farrell, *The liberated man*, New York 1975.

52 Vgl. J. H. Pleck/J. Sawyer (Anm. 50); J. A. Doyle (Anm. 51); W. Hollstein (Anm. 2).

2. Die Männerforschung

Die historische Verfestigung männlicher Sichtweisen und Herrschaftsansprüche wird von der Frauenforschung als „androzentrisch“ bezeichnet, d. h. als vom Mann ausgehend auf alles andere schließend. Diese feministische Kritik ist unzweifelhaft richtig; allerdings wird ein wichtiger Tatbestand übersehen, der Ende der siebziger Jahre zu einem konstituierenden Merkmal von Männerforschung wurde: Männer haben der Gesellschaft ihren Stempel und den Wissenschaften ihren Blickwinkel aufgedrückt, *aber* dies impliziert nicht, daß sich die Männer damit auch als solche wahrgenommen hätten. „Die Übergeneralisierung der männlichen Erfahrung als allgemein menschliche“ verzerrt nach Ansicht des amerikanischen Männerforschers Harry Brod nicht nur „unser Verständnis von dem, was – falls überhaupt – allgemein menschlich ist, sondern verhindert auch die Analyse von Männlichkeit als eines spezifisch männlichen Erlebens.“⁵³ Männer verallgemeinern sich also in einer unbewußten Art, die nicht nur den Frauen schadet, sondern auch ihnen selbst, weil sie so ihren Taten und deren Folgen bewußt gegenüberzutreten nicht in der Lage sind. Das historische Subjekt Mann objektiviert sich damit quasi und erscheint als Neutrum, das es selbstverständlich nicht ist.

Damit ergibt sich für die Männerforschung die Aufgabenstellung, männliches Handeln als eigentlich männlich zu erkennen, dessen Folgen kritisch aufzuarbeiten und Modelle für qualitativ andere Geschlechterverhältnisse zu entwerfen. Im anglo-amerikanischen Raum sind die „Men's Studies“ mittlerweile fester Bestandteil von Forschung und Lehre der Universitäten. Im deutschsprachigen Raum ist das – im Gegensatz zur Frauenforschung – nicht der Fall.

Männerforschung hat Männlichkeit unter verschiedensten Aspekten neu bewertet. So wird zum einen versucht, die Geschichte männlicher Hegemonie (Patriarchat) aufzuarbeiten, zum anderen werden verschiedene Lebensbereiche (Sexualität, Gesundheit, Gewalttätigkeit) im Hinblick auf spezifisch männliches Verhalten der wissenschaftlichen Analyse unterzogen. Männerforschung versucht, traditionelle Männerbilder aufzulösen, an die sich viele Männer zumindest ideologisch noch gebunden fühlen. Mit den Worten von Harry Brod

53 Harry Brod, *The case for men's studies*, in: ders. (Hrsg.), *The making of masculinities*, London u. a. 1987, S. 40.

ist eine solche „Dekonstruktion“ die notwendige Voraussetzung dafür, um zu einer „Rekonstruktion“ von Männlichkeit zu gelangen. An Vorstellungen, wie diese „Rekonstruktion“ aussehen könnte, fehlt es nicht. So wird z. B. ein „emotional expressiver Mann“ postuliert, der sich aus der „weiblichen Machtsphäre der Emotionen“ befreien kann, weil er selbst Emotionen besitzt und zeigen kann, sie also nicht mehr an seine Partnerin delegieren muß⁵⁴.

3. Männerveränderung

Bilder neuer Männlichkeit spielen inzwischen nicht mehr nur im akademischen Bereich, nicht mehr nur für eine gesellschaftliche Avantgarde eine Rolle, sondern sie treten zunehmend auch an die Öffentlichkeit. Die sozialen Bedingungen haben sich so sehr gewandelt, daß die traditionelle männliche Rolle von Herrschaft und Härte nicht mehr haltbar ist. In vielen Bereichen – z. B. im Dienstleistungssektor – wirkt sie ökonomisch kontraproduktiv, im privaten Leben wird sie mehr und mehr aufgeweicht. Das führt zunächst zu männlicher Verunsicherung, zumal neue, brauchbare Rollenbilder noch nicht zur Verfügung stehen. Diese Verunsicherung bezieht sich auf alle männlichen Lebenswelten von Arbeit, Familie, Sexualität, Freundschaft und Freizeit⁵⁵.

Die einseitige Außen- und Erfolgsorientierung des Mannes verliert zunehmend ihre Selbstverständlichkeit, wird – zum ersten Mal in der Industriegesellschaft – problematisiert und in den Zusammenhang mit verminderter Lebensqualität, Krankheit u. a. gestellt⁵⁶. Die öffentliche Diskussion über die männliche Rolle enthüllt deren Dialektik von Macht und Ohnmacht, veräußerlichter Stärke und innerer Schwäche und erlaubt es Männern endlich, auch einen Leidensdruck infolge der eigenen, verordneten Männlichkeit einzugestehen. In der Folge kommt es auch zu einer Enttabuisierung bisher verdeckter Rollenfelder wie Mißbrauch und Mißhandlungen von Jungen, Inzest mit Jungen u. a., wo die männliche Rolle von Stärke und Härte es bislang verhindert hatte, daß mißbrauchte

54 Vgl. ebd.; außerdem: Clyde W. Franklin II, *The changing definition of masculinity*, New York 1984, S. 212.

55 Vgl. Joe L. Dubbert, *A Man's Place. Masculinity in transition*, Englewood Cliffs 1979; K. Solomon/N. B. Levy (Anm. 40); Michael S. Kimmel (Hrsg.), *Changing men*, Newbury Park, Cal. 1987.

56 Vgl. für die USA: H. Goldberg (Anm. 41); für die Bundesrepublik: Volker Elis Pilgrim, *Der Untergang des Mannes*, Reinbek 1986.

Jungen sich überhaupt als Opfer wahrzunehmen wagten⁵⁷.

Daß die männliche Rolle sich partiell verändert hat, läßt sich auch durch Ergebnisse repräsentativer Befragungen belegen⁵⁸. Auf die Frage, welche Veränderungen Männer in den letzten Jahren vollzogen haben, antworteten 1989 – bei Mehrfachnennungen – 38 Prozent, daß sie mehr auf ihre Frauen eingingen, 36 Prozent, daß sie gefühlvoller geworden seien, 28 Prozent, daß sie weniger autoritär seien, je 24 Prozent, daß sie besser zuhören und auch mal passiv sein könnten, je 22 Prozent, daß sie sich neue Eigenschaften erworben hätten und kooperativer geworden seien. Auf die Frage, was ein Mann heute unbedingt können sollte, antworteten 68 Prozent aller Befragten, daß ein Mann fähig sein müsse, über seine Probleme zu reden und 67 Prozent, daß er auch seine Schwächen zeigen sollte. Mit großem Abstand meinen 40 Prozent, daß ein Mann alle Lebenslagen meistern müsse. Schichtspezifisch fächern sich diese Befunde auf, indem sich die Männer aus der Mittelschicht der Männerveränderung gegenüber am aufgeschlossensten zeigen; es folgen die Männer aus der Oberschicht und Teilen der Unterschicht; an den Rändern der Unterschicht hat sich hingegen ein starkes machistisches Potential bewahrt. Trotz dieser Einschränkungen wird deutlich, „daß die Auffassung von Männlichkeit sich inhaltlich stark verändert hat. Die Eindimensionalität harten, gefühllosen Mann-Seins als Ideal und Erwartungshaltung hat sich aufgelöst. Eine übergroße Mehrheit von Männern will sich mit diesem traditionellen Rollenbild nicht mehr selber vergewaltigen und unmenschlich überfordern.“⁵⁹ Dementsprechend erziehen Väter heute auch ihre Söhne anders.

V. Perspektiven

Wie die geschilderte Entwicklung gewertet wird, ist wesentlich von der (geschlechtsspezifischen) Sichtweise abhängig. Aus feministischer Sicht dürften die bislang eingetretenen Veränderungen unbefriedigend sein; der männerfreundliche Sozio-

57 Vgl. John Rowan, *Der verwundete Mann*, München 1984; Holger Brandes, *Ein schwacher Mann kriegt keine Frau – Männer unter sich. Therapeutische Männergruppen und Psychologie des Mannes*, Münster 1992; Mike Lew, *Als Junge mißbraucht – Wie Männer sexuelle Ausbeutung in der Kindheit verarbeiten können*, München 1993.

58 Vgl. W. Hollstein (Anm. 6), S. 186ff.

59 Ebd., S. 196f. und S. 136ff.

loge sieht zuerst die Fortschritte: Mit Empathie konstatiert Jan Halper, daß die Männer die Frauen nicht aufgefordert hätten, sich zu verändern, aber jetzt mit deren Veränderung umgehen müßten: „Alle, die denken, daß es für Männer leicht gewesen ist, die gewandelten Rollen der Frauen zu akzeptieren, begehen einen groben Fehler... Die Schwierigkeiten, die Männer zu ertragen hatten, als die Frauen die Veränderung ihrer Rollen durchlebten, zu Hause wie in ihrer Erwerbstätigkeit, sind nicht gewürdigt, ja nicht einmal wahrgenommen worden.“⁶⁰

1. Die Männer-Fraktionen

Mit alledem gehen Männer verschieden um. Nach empirischen Untersuchungen⁶¹ lassen sich die männlichen Fraktionen wie folgt quanti- und qualifizieren: Ca. 50 Prozent der Männer verdrängen die bezeichnete Geschlechterproblematik; 10 Prozent sind Eskapisten, die vor den Frauen in männliche Wagenburgen oder – zu einem wachsenden Teil – auch in die Keuschheit flüchten; 20 Prozent sind Überkompensierer, die der Herausforderung durch die Frauenbewegung mit Männlichkeitswahn, Chauvinismus, verstärkter Männergewalt, Rechtsextremismus und Rachegedanken begegnen; 20 Prozent verändern sich. Perspektivisch – und das ist bereits sichtbar – werden sich die genannten Prozentsätze verändern. So schmilzt bereits die Fraktion der Verdränger unter dem Druck weiblicher und binnenmännlicher Herausforderung zugunsten der Veränderer und der Überkompensierer. Die Fronten werden sich also zunehmend klarer und schärfer abzeichnen.

Insbesondere an den Rändern der Unterschicht wuchert ein Potential von Frustration, Aggression und Unterprivilegierung, das sich in zunehmend frauenfeindlichen Formen äußert. Auf einer anderen Ebene dokumentieren insbesondere die Männer der Oberschicht klar, daß sie zu einem substantiellen Machtverzicht nicht bereit sind und von daher z.B. Quotenregelungen nicht akzeptieren werden. Im Gegensatz zum ersten Jahrzehnt nach Beginn der Frauenbewegung hat sich mittlerweile auch ein schreibendes Lager formiert, das dem Feminismus z.T. ausgesprochen militant Einhalt gebieten will⁶². Die Auflagen dieser Bücher, die auch auf den Bestsellerlisten stehen – dokumentieren die Nachfrage.

60 I. Halper (Anm. 47), S. 142.

61 Vgl. A. Astrachan (Anm. 3); W. Hollstein (Anm. 6).

62 Vgl. u.a.: Felix Stern, *Und wer befreit die Männer*, Frankfurt/Main – Berlin 1991; Joachim Bürger, *Mann, wie bist du gut*, München 1990.

Schließlich ist die Geschlechterproblematik des Rechtsextremismus bisher kaum beachtet worden. Die Wählerschaft rechtsextremer Parteien setzt sich zu zwei Dritteln aus Männern zusammen; bei den Mitgliederzahlen wird der männliche Anteil auf 90 Prozent veranschlagt; das rechtsextreme Gewaltlager besteht fast ausnahmslos aus jungen Männern. Das Frauenbild des Rechtsextremismus ist reaktionär; die Frau wird als willige Handlungsgelhilfin männlicher Interessen konzipiert und in traditionelle Aufgabengebiete von Haushalt und Kindererziehung zurückverwiesen. Die männliche Identität der Rechtsextremen ist auffällig brüchig; verbale und direkte Gewalt erweisen sich häufig als Überkompensation von männlicher Schwäche, Frauen- und Zukunftsangst⁶³.

2. Die männerbewegten Männer

Die Männerbewegung hat sich in den letzten Jahren in ihrer Orientierung stark verändert. War sie zunächst politisch und ideologisch fast ausschließlich an Frauenbewegung und Feminismus ausgerichtet, so traten in den vergangenen fünf Jahren verstärkt männerspezifische Themen in den Vordergrund. Seither geht es vermehrt um Fragen des männlichen Selbstbewußtseins, neuer Männlichkeit, der Wurzeln von Männlichkeit, männlicher Selbsterfahrung und Männerbegegnung⁶⁴. So wichtig dieser Weg ist, um Männern den gesellschaftlich versperrten Zugang zu sich selbst zu eröffnen, so problematisch kann er werden, wenn er sich in männlichem Narzißmus erschöpft. Diese Tendenz kann gegenwärtig nicht bestritten werden; Binnen-themen von Männlichkeit und Männerveränderung verdrängen die Auseinandersetzung mit der historisch gewachsenen Männerherrschaft, deren

63 Vgl. Theresa Wobbe, Rechtsradikalismus – nur eine Männersache? Anmerkungen zur Geschlechterverteilung im sozialen Raum, in: Mechthilde M. Jansen/Maron Kiesel/Heike Deul (Hrsg.), Rechtsradikalismus. Politische und sozialpsychologische Zugänge, Arnholdsheimer Texte, Bd. 73, Frankfurt/Main 1992, S. 61–81; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 41 vom 9. Oktober 1992; Ute Knight/Wolfgang Kowalsky, Deutschland nur den Deutschen?, Erlangen–Bonn–Wien 1992², hier: Die Partei „Republikaner“, S. 145–148; „Republikaner“ – keine Partei für Frauen. Interview mit Dr. Diether Roth von der „Forschungsgruppe Wahlen“, in: die tageszeitung vom 17. Juli 1989; Harry Müller/Wilfried Schubarth, Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 16–28.

64 Vgl. Robert Bly, Eisenhans, München 1991; Sam Keen (Anm. 3).

Folgen und ihrer möglichen Abschaffung. Diese Diskussion ist noch vor wenigen Jahren wesentlich lebhafter und motivierter geführt worden als das heute der Fall ist⁶⁵.

Männerbewegung sollte aber zweierlei nicht aus den Augen verlieren, was inhaltlich auch aus den eigenen Reihen angemahnt wird⁶⁶:

- a) Männer sind auf Frauen angewiesen. Sie können längerfristig ihre eigenen Lebensbedingungen nur verbessern, wenn sie mithelfen, jene der Frauen zu verändern. Wenn das Ziel für Männer nicht Geschlechterdemokratie heißt, wird sich der Geschlechterkampf verstärken. Es ist also wichtig, daß engagierte Männer Utopien für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Beruf entwerfen und versuchen, diese auch umzusetzen. Überdies müssen sie sich mit den Folgen männlicher Hegemonie auseinandersetzen und ihre eigene Verantwortung erkennen.
- b) Männer müssen die Männerfrage zu einer politischen Frage werden lassen, was sie z. B. in Schweden schon ist. Dort gibt es eine Elternversicherung, die es Vätern und Müttern erlaubt, nach der Geburt eines Kindes mit 90 Prozent des letzten Einkommens ein Jahr Elternurlaub zu nehmen. Zudem gibt es den „gelegentlichen Elternurlaub“, der es Vätern und Müttern ermöglicht, bei Krankheit des Kindes zu Hause zu bleiben. Unverheiratete Väter erhalten problemlos ein Sorgerecht für ihre Kinder. Es gibt „Männerhäuser“, die Männern bei ihren speziellen Problemen helfen; die Hilfe ist kostenlos. 1983 hat das „Ministerium für die Gleichstellung der Geschlechter“ eine Ideengruppe für Fragen der Männerrolle gegründet. Damit ist die Männerfrage politisch anerkannt.

In der Bundesrepublik ist die Männerfrage von den politisch relevanten Entscheidungsinstitutionen auf Bundes- und Länderebene bislang nicht zur Kenntnis genommen worden. Diese Politik ist kurzsichtig, da ohne Männerveränderung die Frauenfrage niemals zufriedenstellend gelöst werden kann.

65 Vgl. K. Theweleit (Anm. 25); Brian Easlea, Väter der Vernichtung. Männlichkeit, Naturwissenschaftler und der unklare Rüstungswettlauf, Reinbek 1986.

66 Vgl. A. Astrachan (Anm. 3); W. Hollstein (Anm. 4); M. S. Kimmel (Anm. 55).

Alles unter Kontrolle?

Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer

I. Vorbemerkung

Die Mitte November 1992 gefallene Entscheidung der anglikanischen Kirche, ihre rein männliche Priesterkaste prinzipiell für Frauen zu öffnen, kam erst nach einem fast zwanzigjährigen Diskussionsmarathon zustande, ungefähr denselben zwanzig Jahren, die auch die zweite Frauenemanzipationsbewegung dieses Jahrhunderts die öffentliche Diskussion beeinflusst hat. Während die progressiven Christinnen und Christen sich freuen, die progressiven Atheistinnen und Atheisten den Kopf schütteln, gibt es noch eine dritte mögliche Perspektive auf dieses Ereignis. Nämlich: Was verrät eine solche historische Zäsur über den Emanzipationsstand beider Geschlechter bzw. des Geschlechterverhältnisses einer Gesellschaft? Sind alle anderen ökonomischen und menschenrechtlichen Fragen soweit geklärt, daß nur noch solche alten Zöpfe fallen müssen? Was verraten die scharfen Reaktionen der katholischen Amtskirche – immerhin der langlebigsten Institution des Patriarchats – über Befindlichkeit und Bewußtseinsstand der heutigen Emanzipationsgegner allgemein? Im folgenden will ich versuchen, zu diesen Fragenkomplexen einige klärende Punkte zusammenzutragen.

II. Ein Neuanfang mit Vorgeschichte

Der Emanzipationsgrad *beider* Geschlechter wurde bisher in erster Linie von *einem* Geschlecht, dem weiblichen, vorangetrieben. Das Geschlechterverhältnis wurde dementsprechend – wenn überhaupt – von Frauen der Frauenbewegung in Frage gestellt. In den Ländern der westlichen Welt begann die *zweite Frauenbewegung* Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre und stand – wie schon so oft in der Geschichte, wenn Frauen Menschenrechte einforderten – in unmittelbarem Zusammenhang mit einer umfassenden Kritik an verkrusteten gesellschaftlichen Zuständen und dem

Versuch ihrer revolutionären Überwindung: Treibende Kraft war die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsene, im demokratischen Geist erzoogene (aber nicht geübte) Jugend, die in breiterem Maße als zuvor Zugang zu Bildungsprivilegien hatte. Große Teile einer jungen Frauengeneration teilten die Kritik ihrer männlichen Kommilitonen an der Restauration der Nachkriegsjahre. Als Frauen sahen sie sich jedoch seitens ihrer männlichen Mitstreiter einer Haltung ausgesetzt, die offensichtlich Revolutionäre erster und zweiter Klasse unterschied: für Männer die Theorie, die Strategie, die Initiative, die Leitungs- und Entscheidungsfunktionen sowie die Repräsentation, für Frauen die Schreib-, Abzugs- und Kaffeemaschine, Abwasch, Windeln und der – nun „befreite“ – Sex.

Die Frauen, die damals die ersten Tomaten warfen – nachdem ihre inhaltlichen Argumente anhaltend unerwünscht und unverstanden geblieben waren – wußten nicht, daß es 120 Jahre zuvor eine *erste Frauenbewegung* in Europa, in den USA und in Deutschland gegeben hatte, die immerhin sechzig bis siebzig Jahre lang gekämpft hatte. Sie konnten weder an deren geistiger Tradition noch an ihren Argumenten und Erfahrungen anknüpfen, noch aus ihren Fehlern gelernt haben. Eine einseitig männliche Geschichtsschreibung und ihr Widerhall in den Schulbüchern hatte die historischen Kämpfe der Frauen um Menschenrechte, um Bildung, um Rechte am eigenen Leib, um Zugang zur Erwerbsarbeit, um Teilhabe an Kultur und Politik unterschlagen. Die Frauen fingen also Anfang der siebziger Jahre wieder bei Null an. Vor gut 20 Jahren wußten sie nichts von Christine de Pizan oder Flora Tristan in Frankreich, von Mary Astell, Mary Wollstonecraft und Emmeline Pankhurst in England, von Louise Otto, Hedwig Dohm oder Anita Augspurg in Deutschland und auch nichts von Elizabeth Cady-Stanton in den USA oder von Alexandra Kollontai in der UdSSR¹. Sie wußten

1 Vgl. Christine de Pizan, Das Buch von der Stadt der Frauen, Berlin 1986 (Original: Paris 1405); Flora Tristan, L'Emancipation de la Femme ou le Testament de la Paria (postum publiziert durch A. Constant), Paris 1845; Mary

nichts von den Forderungen, den Programmen, den Richtungskämpfen und dem Zusammenbruch der ersten Frauenbewegung auf deutschem Boden. Sie konnten somit auch nicht wissen, auf wessen Schultern sie standen, d. h., daß der ihnen selbstverständlich erscheinende Zugang zu Bildung, Stimmrecht, Rechtsfähigkeit und Berufstätigkeit hart und lange von Frauengenerationen vor ihnen erkämpft werden mußte. Es war ein Anfang bei Null, d. h., die Frauen waren naiv, ungeduldig, ohne Überlieferung, ohne Vorbilder, ohne Erfahrung, Förderung, Strategie, Lobby, ohne erprobte Werkzeuge und Kampfformen und ohne Analyse und entwickelte Begriffe. Vor dem Hintergrund eines solchen Starts wird deutlich, was eine Person, eine Gruppe, eine Bewegung in der Lage ist zu leisten und wie berechtigt ihr Anliegen sein muß, wenn sie auf allen diesen Gebieten innerhalb kürzester Zeit grundlegende Arbeiten und Erkenntnisse vorlegt.

III. Die doppelte Gretchenfrage der Frauenbewegung

In der Tat waren die Frauen, die sich in der neu entstehenden Frauenbewegung engagierten und sie vorantrieben, in der Lage, in atemberaubend kurzer Zeit zu genau jenen zwei Kernpunkten vorzudringen, die seit jeher in patriarchalen Gesellschaften die Stellung der Frau definieren und ihre Diskriminierung garantieren: der Frage nach den Rechten am eigenen (Frauen-) Körper und der Frage nach den Rechten des eigenen Lebensunterhalts (und wie beide miteinander zusammenhängen). Nicht zufällig wurde von den überwiegend gut ausgebildeten Frauen der zweiten Frauenbewegung Punkt eins zuerst aufgegriffen und zum Brennpunkt ihres Engagements gemacht. Und ebenso wurde er zum effektiven Punkt der Ausbreitung und Multiplikation ihrer Sichtweisen in andere als nur Bildungsgeschichten hinein. Am

Astell, *Reflections upon Marriage*, London 1700. Neuauflage: Bridget Will (Ed.), *The First English Feminist. Reflections upon Marriage and Other Writings by Mary Astell*, Aldershot 1986; Mary Wollstonecraft, *Verteidigung der Rechte der Frauen I*, Zürich 1975 (Original 1791); Sylvia Pankhurst, *The Life of Emmeline Pankhurst*, London 1935; Louise Otto (Hrsg.), *Frauenzeitung 1849–1852*; Hedwig Dohm, *Die wissenschaftliche Emancipation der Frau*, Berlin 1874; Anita Augspurg (Hrsg.), *Zeitschrift für Frauenstimmrecht*, Berlin 1907–1912; Elizabeth Cady-Stanton, *The Woman's Bible*, New York 1895; Alexandra Kollontai, *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin*, Wien 1975 (Original 1926).

Paragrafen 218 Strafgesetzbuch zeigte sich, daß von dem mangelnden Verfügungsrecht über den eigenen Körper und seine reproduktive Potenz *alle* Frauen betroffen waren. So wurde der politische Kampf gegen den damaligen § 218 zum ersten antreibenden, vereinigenden und stärkenden Anliegen der neuen Frauenbewegung – aber ebenso auch zum Brennglas für Erkenntnisse und Analysen über die Funktionsprinzipien patriarchaler Gesellschaften überhaupt.

1. Die Rechte am eigenen Leib

Die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit und die Verfügung über die Leibesfrüchte der Frau und die somit nötige Überwachung der weiblichen Sexualität wurde zunehmend als eine der grundlegenden patriarchalen Triebfedern erkennbar – quasi als eine Art „patriarchaler Urknall“, der bis heute sein klar vernehmliches Hintergrundrauschen abstrahlt. Noch immer sind die von den heutigen Gegnern des Selbstbestimmungsrechts der Frau vorgebrachten Argumente in dieser Hinsicht verräterisch, insbesondere die von den Vertretern der Männerbünde (z. B. Klerus) geäußerten Gründe.

Frauen, die ungewollt schwanger werden und ihre Leibesfrucht nicht austragen wollen, bzw. Frauen, die diese Wahlfreiheit als Selbstbestimmungsrecht einfordern, wird unterstellt, daß sie leichtfertig, gewissenlos und verantwortungsscheu sind, daß sie ihre natürlichen Pflichten ablehnen, egoistisch nur an Genuß, Karriere, Wohlstand und Selbstverwirklichung interessiert seien. Dies ist ein denkwürdiger Katalog an Vorwürfen, der sich eher wie eine Liste männlicher Projektionen liest, wenn man bedenkt, daß hinter jeder ungewollt geschwängerten Frau ein „fahrlässig penetrierender“ Mann steht, dessen Person und Motive aber in der ganzen Diskussion diskret ausgeblendet bleiben. Liest man dagegen die Berichte der Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte, ergibt sich eher ein Bild von den betroffenen Frauen als verzweifelt, schuldbewußt, verantwortungsvoll, langfristig abwägend und nachdenklich. Die Statistiken zeigen zudem, daß der Großteil der abbrechenden Frauen jene sind, die bereits mehrere Kinder haben (d. h., die ihre Kinderzahl zugunsten der schon vorhandenen Kinder beschränken wollen), und nicht die kinderlosen Karrierefrauen oder die sexuell zu freizügigen jungen Mädchen.

Obwohl diese Tatbestände jedem zeitunglesenden Menschen einigermaßen geläufig sind, werden die Vertreter des mächtigsten Männerbundes aller Zeiten – der katholischen Kirche – nicht müde, die

im allgemeinen vorgebrachten diffamierenden Argumente noch zu übertrumpfen: Abtreibende Frauen werden von katholischen Bischöfen mit Mörderinnen und Nazi-Schergen gleichgesetzt; die Freigabe der Abtreibung wird mit der organisierten Massentötung der Juden im Holocaust verglichen. Während die neuen realen KZ's des Kriegs auf dem Balkan, angefüllt mit vergewaltigten Frauen und Mädchen – viele von ihnen geschwängert, physisch wie psychisch lebensgefährlich verletzt –, dem Vatikan keine Stellungnahme wert sind, werden seine Funktionäre nicht müde, abtreibende Frauen mit Henkern in Vernichtungslagern gleichzusetzen.

Solche wüsten Anschuldigen sagen mehr über die Motive der sie Äußernden und über den grundlegenden Charakter des Konflikts aus als über die Beschuldigten selbst. Denn genau dies hat der Kampf um das reproduktive Selbstbestimmungsrecht der Frau seit seinen Anfängen bis heute geleistet: die zunehmend klare Erkenntnis, daß der Gedanke der Entscheidungshoheit der Frau über ihren eigenen Körper und über ihre reproduktive Kraft für patriarchal strukturierte Gesellschaften das Böse schlechthin sein muß, weil es an ihre Grundlagen rührt: die männliche Verfügungsgewalt über den von Frauen produzierten Nachwuchs. Den natürlichen Vorteil der Frauen – daß sie Kinder haben können und Männer nicht – durch männliche Kontrolle zu eliminieren ist – wie wir heute wissen – das Fundament vaterrechtlicher Gesellschaftsordnungen, und war diesen in ihren Anfängen auch klar bewußt, wie wir z. B. bei Cato (ca. 200 v. u. Z.) oder Aristoteles (350 v. u. Z.) nachlesen können².

Lange im Vorfeld des Abtreibungsverbots haben alle sexualpolitischen wie familienrechtlichen Regelungen in vaterrechtlichen Gesellschaften die gemeinsame Funktion, den Männern die Entscheidung über und den Zugriff auf die Kinder zu übertragen und dies als natürliches Recht auszugeben: die „Konstruktion“ der menschlichen Abstammung nach einer ‚nicht sichtbaren‘ väterlichen Linie gegenüber einer eindeutig weiblichen Herkunft. Die dies sicherstellenden Ge- und Verbote – weibliche Jungfräulichkeit, weibliche Monogamie, weibliches Scheidungsverbot, Verbot außerehelicher Beziehungen für Frauen, weiblicher Gebärzwang, Verbot von Verhütungsmitteln, weibliche Verbannung aus der Öffentlichkeit, Sanktionen

bei unehelicher Mutterschaft *und* schließlich das Abtreibungsverbot – dienen allesamt der Ausübung männlicher Kontrolle über das, was sie – bisher – nicht selbst beherrschen: die Kinderherstellung.

Die Erkenntnis, daß es Männern und Abtreibungsgegnern um das Prinzip männlicher Macht und Entscheidungsgewalt über Frauen und ihre Körper geht und nicht um geborene Kinder, lebende Mütter und ihre Familien, führte zusammen mit der Einsicht, daß Frauen nicht leichtfertig abtreiben, dazu, daß der Anspruch auf die rechtliche Anerkennung der Frau als verantwortlich entscheidende Person über die Belange ihres eigenen Körpers – ohne Entmündigung durch selbsternannte männliche Ethikkommissionen – eine der zentralen Kräfte für die Konsolidierung der zweiten Frauenbewegung war und es weiterhin bleibt (vgl. Memmingen, Mahngeläut, die abermalige Anrufung des Bundesverfassungsgerichts gegen die parlamentarisch beschlossene Liberalisierung des § 218).

Der langanhaltende Kampf um die weibliche Autonomie über den eigenen Körper hat auch den Anstoß zur Erforschung eines ganzen Syndroms weiblicher Zweitrangigkeit und Unterdrückung auf den unterschiedlichsten Ebenen (von Sexualität, Partnerschaft, Familie, Recht, Ausbildung, Beruf und Kultur) gegeben. Die zweite Frauenbewegung hat ein ganzes Panoptikum miteinander zusammenhängender Faktoren und Facetten aufgedeckt, die alle auf die Entmündigung der Frau als Mensch hinauslaufen. In direktem und engem Zusammenhang mit der Problematik der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs standen zunächst Kämpfe um Aufklärung über Verhütungsmethoden in Schulen und Öffentlichkeit sowie der legale Zugang zu schonenden und sicheren Verhütungsmitteln. Im weiteren Zusammenhang standen der Abbau von Unwissen, Vorurteilen und Ängsten hinsichtlich weiblicher Sexualität und Sexualmoral generell. Und schließlich wurde sehr bald der unübersehbare Zusammenhang dieser Themen mit der Frage männlicher Gewalt entdeckt und praktisch wie theoretisch bearbeitet. Zunächst wurde das enorme, bisher verborgene Potential von physischer, später auch psychischer Gewalt in scheinbar ganz normalen Ehen aufgedeckt. Den ersten Anstoß dazu gaben schutzsuchende Frauen Mitte der siebziger Jahre. Danach bekam das Problem der geschlagenen Frauen eine derartige Eigendynamik, daß es zunehmend auch eine nichtfeministische Öffentlichkeit beschäftigte.

² Vgl. Christiane Schmerl, Die Kinder der Männer – patriarchale Familien als Denk- und Lebensform, in: Ruth Großmaß/Christiane Schmerl (Hrsg.), Feministischer Kompaß, patriarchales Gepäck, Frankfurt 1989, S. 15–55.

Erst über den „Umweg“ der körperlichen Gewalt in der Ehe – erkennbar, benennbar, abgrenzbar und in Gestalt von Frauenhäusern mehr und mehr unübersehbar – wurde zunehmend klar, wie sehr die Gewalt gegen Frauen offenbar ein immanenter gesellschaftlicher Bestandteil ist und wie erstaunlich eng sie mit dem Thema Sexualität verknüpft ist: Sie reicht von sexueller Gewalt in der Ehe, über sexuelle Gewalt in Kindheit und Familie, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung bis zu deren kultureller und ideologischer Überhöhung in Pornographie und Kunst. Auch hier gelang es der Frauenbewegung durch Öffentlichkeitsarbeit wie durch Forschungsarbeiten den Nachweis zu liefern, daß die alten Mythen (z. B. Frauen genießen und provozieren Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch ist kindliche Wunschphantasie) nicht nur falsch sind, sondern der Stützung und Kaschierung der gewalttätigen Verhältnisse dienen – und vor allem dem Schutz der Täter. Der weiterhin anhaltende Streit um den „Körper Frau“, die erneute Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen der Abtreibungsgesetzgebung, neueste Versuche der Aneignung des weiblichen Uterus durch experimentierfreudige Mediziner im Verein mit männlichen Ethikkommissionen zeigen, daß der Kampf um das Menschenrecht am eigenen Körper und an eigener Fruchtbarkeit als Thema nicht erledigt ist.

2. Das Recht auf ökonomische Unabhängigkeit

Den zweiten zentralen Punkt – das Recht, den eigenen Lebensunterhalt durch Zugang zu Berufen und Erwerbstätigkeit zu sichern – fanden die Frauen der zweiten Frauenbewegung schon vor – prinzipiell jedenfalls. Es war eine Art spätes Geschenk der ersten Frauenbewegung, die es in Gestalt des Artikel 3 Grundgesetz durch eine ihrer lebenden Nachfahrrinnen, Elisabeth Selbert, der neuen Republik 1949 ins Grundgesetz schreiben ließ. Erst auf den zweiten Blick merkten viele Frauen, daß die verbotene Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sich weiterhin in vielerlei wirksamer Gestalt abspielte, in rechtlicher, ökonomischer und sozialer Hinsicht: Frauen bekamen weniger Lohn als Männer, hatten geringere Ausbildungs- und Aufstiegschancen als Männer, wurden eher gekündigt und arbeitslos und waren sehr viel seltener in leitenden und verantwortungsvollen Positionen anzutreffen. Die Frauen der zweiten Frauenbewegung – insbesondere die besser ausgebildeten und beruflich höher qualifizierten – haben diese Erfahrung längst auch am eigenen Leib machen können. Das Thema der qualifizierten Ausbildung und des gleichberechtigten Zugangs zur Erwerbsarbeit – um das Familienein-

kommen aufzubessern, die eigenen Kinder durchzubringen oder um im Ernstfall vom Partner nicht abhängig oder erpreßbar zu sein, aber auch „nur“, um gleichberechtigt zu sein – hat in den letzten zwanzig Jahren einen enormen Zuwachs an Selbstverständlichkeiten gewonnen.

Daß dies so ist, ist nicht eine *automatische* Folge des Gleichberechtigungsparagraphen von 1949, sondern das Ergebnis seiner *systematischen Einklagung* und Anmahnung über zwanzig Jahre hinweg, inklusive vieler Gesetzesinitiativen und -änderungen im Dunstkreis der zweiten Frauenbewegung. Von der Abschaffung der Leichtlohngruppen und Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, der Änderung des § 1356 Bürgerliches Gesetzbuch („Die Frau . . . ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“) über die wiederholten Versuche zur Verabschiedung eines Gleichberechtigungsgesetzes, die Anstöße zur Frauenförderpolitik bis hin zu den gegenwärtigen Initiativen zur Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz sind die letzten zwanzig Jahre Frauenbewegung ein anschauliches Beispiel anhaltender Kämpfe um ökonomische und rechtliche Gleichberechtigung mit dem Mann, wobei die Erfolgsbilanz höchst unsicher ist. Einerseits haben die Frauen in dieser Zeit bildungs-, ausbildungs- und beschäftigungspolitisch enorm aufgeholt, so daß die bequemste aller Diskriminierungslegitimationen – die der mangelnden weiblichen Qualifikation und Motivation – heute weniger denn je zu halten ist (so erhöhte sich z. B. der Anteil der weiblichen Studierenden von 22,6 Prozent im Wintersemester 1960/61 auf 41,6 Prozent im Wintersemester 1990/91, die Erwerbsquote der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren stieg von 47 auf 58,5 Prozent zwischen 1972 und 1990). Andererseits sind sie trotzdem weiterhin weitgehend ausgeschlossen von den verantwortungsvollen und entscheidungsträchtigen Positionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kulturbetrieb (1992 gab es nur neun Prozent weibliche Führungskräfte in der deutschen Wirtschaft, fünf Prozent Professorinnen an deutschen Universitäten, durchschnittlich zwei bis sechs Prozent Redaktionsleiterinnen in den deutschen Rundfunkanstalten und nur 20,5 Prozent weibliche Abgeordnete im Deutschen Bundestag).

In deutschen Ehen und in deutschen Kinderstuben ist Haushalts- und Erziehungsarbeit weiterhin so gut wie ausschließlich Frauensache: Selbst berufstätige Frauen sind fast ausschließlich allein für den Haushalt zuständig, 87 Prozent der Alleinerziehenden sind weiblich, und für nur drei Prozent aller Kinder unter drei Jahren stehen in den alten Bundesländern Tagesbetreuungsplätze zur Verfü-

gung. Die ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen Gesundheit, Behinderten-, Alten- und Familienhilfe wird zu 80 bis 90 Prozent von Frauen geleistet. Und gerade die materielle Kluft zwischen Männern und Frauen bleibt beachtlich: Frauen verdienen durchschnittlich konstant weniger als Männer, sie sind mit 19prozentiger Arbeitslosenquote fast doppelt so stark betroffen wie Männer (zehn Prozent), und sind sie älter als 65 Jahre, verfügen sie nur über 48 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Altersgenossen³.

IV. Die Frage nach dem Erfolg

Was läßt sich nach einer solchen holzschnittartigen Betrachtung der Aktivitäten und Einsichten der zweiten Frauenbewegung als mögliche Erfolgs- oder Mißerfolgsbilanzierung festhalten? Zunächst nur eines: Die Antwort ist hochgradig abhängig vom jeweiligen Hintergrund, vor dem die Frage formuliert wird. Ist die zweite, ja noch aktive Frauenbewegung an ihren *Ansprüchen* und *Zielen* zu messen? Ist sie an den auf diesem Weg erreichten *Etappensiegen* zu messen? Oder sollte man ihre Erfolge und Mißerfolge vor dem *historischen* Hintergrund der ersten Frauenbewegung beurteilen? Versuchen wir der annähernden Gerechtigkeit halber Antworten auf allen drei Ebenen.

1. Die „harten“ Ziele: gleiche Menschenrechte

Gemessen an ihren Ansprüchen – volle Menschenrechte für Frauen in den Kernbereichen körperlicher Integrität und Selbstbestimmung und der gleichberechtigten Absicherung des Lebensunterhalts – hat die zweite Frauenbewegung ihre Ziele bisher nicht erreicht. Für beide Kernbereiche der Emanzipation von Frauen aus quasi feudaler körperlicher und ökonomischer Abhängigkeit von Männerrecht ist es den Feministinnen bisher nicht gelungen, die strukturelle rechtliche Diskriminierung abzuschaffen. Anders formuliert heißt das: Die männlichen Funktionsträger haben die eingeforderten Menschenrechte nicht zugestanden – ein Formulierungsunterschied, auf den ich zurückkommen werde. Es gibt keine ersatzlose Streichung des § 218, es gibt – bisher – keine Änderung des Sexualstrafrechts, keine Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Hausfrauenehe⁴,

kein berufliches Frauenförderungsgesetz auf Bundesebene, und es gibt noch immer kein Gleichberechtigungsgesetz und keine Einigung über entsprechende Zusätze zum Grundgesetz. Die ökonomische und die arbeitsmarktpolitische Situation der Frauen hat sich weiter verschärft, und die gegen Frauen gerichteten Gewaltakte (Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch, Körperverletzung in der Ehe) zeigen keine sinkende Tendenz. Es gibt keine politische Freisetzung von Mitteln für mehr Kinderbetreuungsplätze oder für Ganztagschulen – zwei zentrale Voraussetzungen für weibliche Chancengleichheit im Beruf.

2. Etappensiege und „weiche“ Ziele

Wenn die Frauenbewegung ihre selbstgesetzten Ziele nicht in vollem Umfang erreicht hat, welche *Teilziele* hat sie dann erreicht, und wie sind diese emanzipationspolitisch zu bewerten? In den letzten zwanzig Jahren sind einige Gesetzesreformen erfolgt, die durch das von der Frauenbewegung miterzeugte liberalere öffentliche Klima ermöglicht wurden, wie z. B. die oben genannte Abschaffung der ehedem alleinigen Zuständigkeit für Haushaltsführung und der davon abhängigen „Erlaubnis“ der Erwerbstätigkeit, die Reform der Scheidungsgesetze (vom Schuld- zum Zerrüttungsprinzip), Abschaffung des Kuppeleiparagraphen und des Zwangs zum männlichen Familiennamen, die rechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen, der Ausbau von beruflichem Mutterschaftsschutz und Erziehungsurlaub u. v. a. m. Etappenerfolge – manche auch zweischneidig, noch keine feministische Revolution des Rechts.

Doch die Frauenbewegung hat nicht nur reagiert, sie hat aus der Kritik und Analyse der vorgefundenen Verhältnisse selbst Neues entwickelt. Da die Frauenbewegung in weiten Teilen gleichzeitig eine *Frauenbildungsbewegung* war und ist, haben Frauen zum ersten Mal in der Geschichte in einem zuvor nie gekannten Ausmaß Zugang zu Wissen, Bildung und Ausbildung erlangt, und sie haben dieses Wissen kritisch wie konstruktiv genutzt. Sie haben in allen Disziplinen der Humanwissenschaften (und ansatzweise auch in den Naturwissenschaften) die einseitig männliche Wissensproduktion einer Neubetrachtung unterzogen, Ideologie- und Methodenkritik geleistet und eigene Fragestellungen, eigene wissenschaftliche Forschungsarbeiten und Theorien entwickelt. In den vergangenen zwanzig Jahren ist in Europa und in Nordamerika ein unglaublicher Schub an wissenschaftlicher kreativer feministischer Arbeit in den Bereichen Geschichtswissenschaft, Soziologie, Philosophie, Psychologie,

³ Zu den Zahlenangaben vgl. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1992.

⁴ Gemeint ist die Begünstigung von Ehemännern mit nicht-erwerbstätigen Vollzeithausfrauen

Ethnologie, Sprach- und Literaturwissenschaften, Kunstgeschichte, Pädagogik, Rechtswissenschaften, Medienwissenschaften, Theologie, Archäologie, Medizin- und Gesundheitswissenschaften erfolgt. Diese enorme Wissensproduktion ist eine klare Leistung der zweiten Frauenbewegung, die landläufig viel eher mit alternativen Praxisprojekten, feministischer Sozialarbeit, feministischer (Sub-) Kultur, neuen Familienformen und Lesbianismus assoziiert wird, einfach weil diese praktischen Seiten des feministischen Lebens für die Öffentlichkeit sichtbarer (und oft auch anstößiger) sind als die Fortschritte auf theoretischem Gebiet. Auf beiden Aktionsfeldern – die oft von identischen Akteurinnen beackert werden – wirkt die Frauenbewegung in dieselbe Richtung: In den achtziger und neunziger Jahren haben sich die allgemeinen Vorstellungen über Frauen und Männer und beider Zusammenleben in einem ungeheuren Ausmaß von den Vorstellungen und Vorurteilen der fünfziger und sechziger Jahre entfernt (und befreit): Die Ansichten über „richtiges“ Verhalten, Handeln und Leben von Frauen (und Männern) haben sich grundlegend gewandelt.

3. Gleichheit oder Differenz?

Der Zuwachs an Wissen und Aufklärung hat bei den Frauen zusammen mit der Möglichkeit zu weniger rigiden Lebensformen für breitere Frauenschichten als je zuvor gleichzeitig zu einer schärferen und umfassenderen Wahrnehmung dessen geführt, was in unserer Gesellschaft am Geschlechterverhältnis nicht im Lot ist. Angesichts der Unbeweglichkeit der Männer und vieler rechtlicher und ökonomischer Hindernisse mußte ein Mehr an Urteilsfähigkeit und begründetem Unrechtsempfinden bei vielen Frauen auch zu einem Mehr an Enttäuschung und Resignation führen. Vor dem Hintergrund des Erreichten wie des (noch immer) nicht Erreichten stellt sich die Frage nach der Einschätzung des „Erfolgs“. Ist das Glas halb voll oder halb leer?

Die männlich geprägten Gesellschaftsstrukturen – aber auch die harte, unnachgiebige Haltung der vielen *männlichen Individuen*, die diese aufrechterhalten – und die immer weniger übersehbaren Krisen und Folgekosten einer auf rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung setzenden patriarchalen Ökonomie haben bei vielen Feministinnen zu der Auffassung geführt, daß nicht länger der Kampf um Rechtsgleichheit für Frauen im Vordergrund stehen sollte: Statt dessen treten sie dafür ein, auf einer weiblichen Differenz zum Mann, auf den von Frauen entwickelten Eigenschaften der Fürsorglichkeit, Mitmenschlichkeit und der zwischenmenschli-

chen Verantwortlichkeit zu beharren. Gleiche Rechte im Beruf und am eigenen Körper gelten ihnen als „Gleichmacherei“ mit männlichen Erfolgs- und Konkurrenzmenschen, die den Frauen und der Gesellschaft langfristig nur schaden könne. Viele Frauen wollen nun nicht mehr „gleiche“, sondern andere Rechte. Wenn sich die männliche Zivilisation mit ihrer Katastrophenpolitik nicht durch Gleichberechtigung, Teilhabe und Mitspracherecht der Frauen ändern läßt – und das erscheint vielen Frauen nach zehn oder zwanzig Jahren vergeblicher Bemühungen erwiesen –, dann scheinen Veränderungen eher mit einer Strategie der weiblichen Gegenkultur zu erzielen, die auf die Stärken des weiblichen Andersseins setzt.

Beide Strategievorstellungen innerhalb der zweiten Frauenbewegung stehen momentan unverbunden, teils sich voneinander abgrenzend, nebeneinander. Die *Strategie der Gleichberechtigung* im persönlichen wie im öffentlichen Leben setzt auf die Menschenrechte und ihre noch ausstehende volle Anwendung auf die Frauen in den Bereichen des Rechts am eigenen Leib (Selbstbestimmung in Sachen Verhütung, Schwangerschaft, Sexualität und Freiheit von physischer und psychischer Gewalt) und des Rechts auf Mitwirkung in allen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Beruf, Kultur, Politik). Die *Strategie der Differenz* setzt auf Mütterlichkeit/Weiblichkeit, weibliche Gegenkultur und zwischenmenschliche Moral, Verweigerung der Angleichung an männliche Prinzipien in Beruf und Ökonomie.

Während die abschließende Bewertung für beide Strategien noch aussteht, so scheint doch z. Zt. deutlich zu sein, daß beide Positionen für gegensätzliche Erfolgseinschätzungen stehen: Die Differenzposition will den weiblichen Kulturanteil deshalb stärken, weil die Gleichberechtigungsstrategie in ihren Augen nichts oder zu wenig gebracht hat; die Gleichberechtigungsposition glaubt die erreichten Fortschritte durch anhaltende Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick (z. B. im Fall von § 218) vor Rückschlägen bewahren und sich durch Forderungen, Kampagnen und Rechtsargumente (Frauenförderung, Frauenquoten) ihren politischen Zielen schrittweise annähern zu können. Beiden Positionen fehlt aber erstaunlicherweise die Fähigkeit, sich dialektisch mit den eigenen Schwachpunkten zu konfrontieren, nämlich die in der jeweiligen Gegenposition enthaltenen Wahrheitsanteile aufzugreifen (z. B. Differenzforderungen sind berechtigt und erfolversprechend, aber nur, wenn man von bereits erreichten Zugangsrechten ausgehen kann). Dieser nicht stattfindende konstruktive Streit der politischen Aus-

einandersetzung innerhalb der zweiten Frauenbewegung hat bei einigen Beobachterinnen „Déjà-vu-Erlebnisse“ erzeugt⁵, nämlich hinsichtlich der in mancher Hinsicht ähnlichen Argumentationen in der ersten deutschen Frauenbewegung und auch hinsichtlich der Nachteile, die dieser Umgang für beide Frauenbewegungen (gehabt) haben könnte.

4. Rückblick und Vergleich

Ein Vergleich zwischen erster und zweiter deutscher Frauenbewegung ist aus mehreren Gründen unfair, aber trotzdem interessant. Interessant ist er deshalb, weil die erste Frauenbewegung durch zweimalige Abspaltung ihrer Organisationen sich erst von den Arbeiterinnen und dann von den radikalen Bürgerlichen trennte (und diese von ihr). Die verbliebenen sogenannten „gemäßigten“ Bürgerlichen konzentrierten sich auf die Bildungs- und Stimmrechtsfrage und erreichten mit ihrer Propagierung der „geistigen Mütterlichkeit“ und eines besonderen „weiblichen Wesens“ als kultureller Ergänzung und Veredelung der Männerwelt die Zulassung zu „weiblichen“ Berufen und zur Hochschulbildung. Die von den Proletarierinnen und von den Radikalen zusätzlich vertretenen Forderungen nach Gesetzesänderung bezüglich der Probleme Prostitution, Sexualität, Verhütung, Abtreibung, Scheidung etc. erschienen ihnen als nicht opportun und schädlich für Ansehen (und Erfolg) der bürgerlichen Frauenbewegung⁶.

Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen erreichte die erste Frauenbewegung – im Gegensatz zu ihren Kolleginnen in den europäischen Nachbarländern – trotz jahrelanger Kämpfe nicht, sondern bekam es erst nach dem Ersten Weltkrieg mit der Weimarer Verfassung „geschenkt“. Der Auflösung bzw. Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten kam der Bund deutscher Frauenvereine nur durch Selbstauflösung zuvor. Der Nationalso-

5 Vgl. Cornelia Klinger, *Déjà-vu oder die Frage nach den Emanzipationsstrategien im Vergleich zwischen der ersten und zweiten Frauenbewegung*, in: *Kommune*, 12 (1986), S. 57–72; dies., *Abschied von der Emanzipationslogik? Die Gründe ihn zu fordern, zu feiern oder zu fürchten*, in: *Kommune*, 1 (1988), S. 39–53; Christiane Schmerl/Ruth Großmaß, „Nur im Streit wird die Wahrheit geboren...“ Gedanken zu einer prozeßbezogenen feministischen Methodologie, in: R. Großmaß/Chr. Schmerl (Hrsg.), (Anm. 2), S. 247–285.

6 Vgl. Ausführlicher Lida Gustava Heymann/Anita Augspurg, *Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden*, Meisenheim 1977 (Original 1941); Herrad Schenk, *Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*, München 1980; Ute Gerhard, *Gleichheit ohne Angleichung*, München 1990; dies., *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbek 1990.

zialismus hatte nichts Eiligeres zu tun, als die erkämpften Frauenrechte auf Bildung und Beruf wieder einzuschränken – mit einer Limitierung der Studentinnenzahl auf zehn Prozent und der Entfernung der Beamtinnen aus dem öffentlichen Dienst. Zynischerweise wurde genau mit den Argumenten vom Wesen, der Bestimmung und den besonderen Aufgaben der Frau argumentiert, wie denn auch die Nationalsozialistinnen sich nicht scheuten, einzelne der „Gemäßigten“ für sich zu vereinnahmen⁷.

Bleibt zunächst festzuhalten, daß sich die verschiedenen Flügel der ersten Frauenbewegung nicht konstruktiv gestritten, sondern destruktiv ausgegrenzt haben. Das führte dazu, daß sie sich aufsplitterten und in der Folge einzeln zerrieben wurden – die Proletarierinnen von der eigenen Männerpartei, die Radikalen von den „Gemäßigten“ und die „Gemäßigten“ von den Faschisten. Das Stimmrecht konnte keine Richtung allein erkämpfen, und die so wichtigen Erfolge in den Bereichen Bildung und Berufstätigkeit wurden mit denselben Argumenten hinweggefegt, mit denen sie erkämpft worden waren – so gründlich, daß nicht einmal eine Erinnerung an diese Kämpfe übrigblieb.

Außer der verblüffenden *Ähnlichkeit* zwischen erster und zweiter Frauenbewegung – Ausdifferenzierung in Vertreterinnen von Menschenrechten und Vertreterinnen eines besonderen weiblichen Wesens (und der nicht stattgefundenen Klärung, daß und wie beides zusammenhängen müßte) – gibt es natürlich eine Menge zentraler *Unterschiede* zwischen beiden Bewegungen, deren wichtigste gerechterweise genannt werden müssen, gerade auch um eventuelle Erfolge der jetzigen Frauenbewegung mit Hilfe dieser zusätzlichen Perspektive besser einschätzen zu können.

Die zweite Frauenbewegung hatte im wesentlichen völlig andere Start- und Arbeitsbedingungen als die erste: Sie konnte von ihren – zwar ebenso revolutionären – Anfängen an doch von unvergleichlich besseren rechtlichen Bedingungen ausgehen, und sie konnte mit einem wesentlich breiteren Spektrum an gut ausgebildeten Frauen rechnen, das ansprechbar und mobilisierbar war. Somit standen potentiell wie realiter größere Mitglieder- und Sympathisantenzahlen zur Verfügung, die in breitere Bevölkerungsschichten hinein ausstrahlten. Dementsprechend war der zweiten Frauenbewegung eine viel umfangreichere Palette an Themen und Projekten aufgegeben, die sie verfolgen mußte und konnte, als es der ersten Frauenbewegung je

7 Vgl. U. Gerhard, *Unerhört ...* (Anm. 6), S. 383.

möglich gewesen war. Ihren Mitgliedern wurde und ist klar, daß es praktisch kein gesellschaftliches Gebiet gibt, das nicht von der Geschlechterfrage berührt ist. Diese Einsicht ist allerdings auch der bitteren Erkenntnis geschuldet, daß es heute ein Gros an *zusätzlichen* Problemen und eine *Ausweitung* bestehender Probleme um Weltdimensionen gibt, die zu Anfang dieses Jahrhunderts so nicht existierten oder nicht erkannt werden konnten (z.B. atomare Bedrohung/Verseuchung, Umweltzerstörung, weltweite ökonomische Krisen und forcierte Ausbeutung der Dritten Welt, globale Kriege und Flüchtlingsprobleme, zusätzliche Enteignung und Bedrohung des weiblichen Körpers durch Gen- und Embryonaltechnologie etc.). All dies zusammengenommen bescherte der zweiten Frauenbewegung ein unvergleichliches Mehr an politischer Auseinandersetzung und an wissenschaftlicher Herausforderung bezüglich des Geschlechterverhältnisses und seiner Auswirkungen in den unterschiedlichsten Feldern von Praxis und Theorie.

V. Versuch einer Zwischenbilanz

Die erste Frauenbewegung ist nicht mehr zu einem Resümee ihrer Erfahrungen gekommen; die zweite ist dagegen noch lebendig und kann überdies aus ihren eigenen Erfahrungen wie aus denen der ersten noch Schlüsse ziehen. Sie hat außerdem die Chance, bei der Diskussion der weiblichen Differenz zum Mann strategisch die rechtlich bessere Ausgangsposition als die erste Frauenbewegung zu besitzen. Sie hat zumindest potentiell die Werkzeuge in der Hand, ihren internen Streit um Gleichheit versus Differenz der Geschlechter dialektisch zu führen und nicht dogmatisch – wenn sie es nur will.

Beide Frauenbewegungen haben in der Tat ihre größten Erfolge auf den „weichen“ Gebieten von Bildung, Aufklärung, Kultur- und Ideologiekritik vorzuweisen – wobei die zweite hier eindeutig qualitativ und quantitativ mehr leisten konnte. Auf den „harten“ Gebieten von rechtlichen und strukturellen Gesellschaftsveränderungen waren beide Bewegungen nicht sehr erfolgreich – wobei nur die Zeit zeigen wird, ob die „weichen“ Erfolge auf die Dauer nicht doch „harte“ Ergebnisse zeitigen. Doch ist gleichzeitig äußerste Vorsicht angebracht: Die eher „weichen“ Erfolge von Bildung und Wissenszuwachs waren in der ersten Frauenbewegung schwach abgesichert; für die zweite Frauenbewe-

gung steht ein nur annähernd vergleichbarer Härtestest wie der Hitlerfaschismus zum Glück bisher aus. Im Rahmen eines massiven „backlash“ für den Feminismus zumindest in den USA der Reagan-Bush-Ära⁸ und des auch in Europa wieder hoffähig werdenden Faschismus und Rechtsextremismus gibt es jeden Grund zu höchster Wachsamkeit. Antisemitismus, Ethnozentrismus und Faschismus hatten noch immer in Geschichte und Gegenwart als vierten Bundesgenossen den Sexismus. Somit sind massive Versuche, Frauen auch unter Androhung von Gewalt die Teilhabe an Menschenrechten wieder zu versagen oder zu erschweren, nicht auszuschließen.

Außerdem muß für die deutsche Situation registriert werden, daß Erfolge erstens nur in *bestimmten* inhaltlichen Bereichen erreicht wurden, die *nicht* an die patriarchale Substanz gingen, und daß sie sich zweitens nur in bestimmten Regionen – z.B. Bundesländern, Städten – etablieren konnten, unter völliger Aussparung anderer: z.B. bei Frauengleichstellungsstellen, § 218-Beratungsstellen oder medizinischer Versorgung mit schonenden Abbruchmethoden. Viele Errungenschaften sind überdies nur „geduldet“ und gehen manchen Männern schon jetzt entschieden zu weit. Im Falle härter werdender ökonomischer Konkurrenz oder von knapper werdenden Ressourcen werden sie per Machtgebrauch storniert: beispielsweise die bescheidenen Anstrengungen, Frauen in der Politik, auf dem Arbeitsmarkt, in der Wissenschaft wenn schon nicht zu fördern, so doch angemessen zu beteiligen. Die derzeitigen beschäftigungspolitischen Vorgänge in den neuen Bundesländern, die auch westliche Männer zu verantworten haben, sind ein schamloses Beispiel für die kostengünstige Vertreibung von Frauen aus ihnen zustehenden Arbeitsbereichen. Alle bisherigen Erfolge stehen also auf noch immer unsicherem Terrain.

VI. Die Rolle der Männer

Wir haben uns daran gewöhnt, sowohl die Unsicherheit erreichter Positionen als auch das Nichterreichen von wichtigen Zielen des Feminismus „negativ“ zu beschreiben: „Der Frauenbewegung gelang es nicht, XYZ durchzusetzen“; „Die Feministinnen verfehlten ihr gesetztes Ziel“; „Die Frauen scheiterten, ihre Vorstellungen zu realisieren“. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Kämpfe

⁸ Vgl. Susan Faludi, *Backlash. The Undeclared War Against American Women*, New York 1991.

um das Frauenstimmrecht in der ersten deutschen Frauenbewegung, das diese „trotz aller Anstrengungen aus eigener Kraft nicht erreicht“ hat (s. o.). Das klingt immer fatal danach, als ob die Frauen eben nicht genug gekämpft hätten. Schließlich waren ihre europäischen Schwestern doch erfolgreicher – wenn man z. B. nur an die englischen Suffragetten denkt.

Man kann diese Zuschreibung aber auch umkehren und sagen: Die deutschen Männer waren ganz besonders hartherzig und im Vergleich mit den anderen europäischen Männern noch viel reaktionärer. Das wäre eine völlig andere Perspektive auf dieselbe Sache. Da die Männer de facto die Macht hatten, das Stimmrecht „zu gewähren“ oder nicht (wie sie auch heute die Macht haben, den Abtreibungsparagraphen gegen eine demoskopische Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur der Frauen, zu verschärfen oder seine Reform zu verhindern), ist diese Betrachtungsweise mehr als legitim. Bittsteller können so überzeugend sein, wie sie wollen, wenn der Machthaber „nein“ sagt, gibt es keine legalen Mittel mehr.

Wie ist dieser hartnäckige Einsatz von schierer Macht zu erklären? Werfen wir einen Blick auf die *Erscheinungsebene*, auf die *funktional machterhaltende Ebene* und auf die *individuell psychologische*.

1. Die Arroganz der Macht

Zunächst ist erstaunlich, wie wenig selbst die gebildeten Repräsentanten einer patriarchalen Gesellschaft – seien sie in Kultur, Wissenschaft, Rechtsprechung oder Politik tätig – die von der Frauenbewegung jeweils bearbeiteten Themen *überhaupt zur Kenntnis nehmen*. Während sie sonst auf jedem dieser Gebiete auf dem Laufenden sein müssen, leisten sich viele Bildungsbürger hier arrogante Ignoranz. So ist weder ihr Unrechtsbewußtsein, ungeachtet der eindeutigen Statistiken über physische und sexuelle Gewalt, sexuelle Übergriffe und Diskriminierungen im Berufsleben oder über weibliche Armut, sonderlich tangiert, noch ist ihr ethisches Bewußtsein sonderlich sensibilisiert, wenn über fundamentale körperliche und Verfassungsrechte von Frauen durch männliche Gremien („Ethikkommissionen“) oder überwiegend männliche Verfassungsgerichte und -kommissionen entschieden werden soll. Auch das Bedürfnis, die wissenschaftlichen Leistungen der Frauenforschung zur Kenntnis zu nehmen, ist erstaunlich gering ausgeprägt. Nur wenige Männer interessieren sich etwa dafür, was in ihrer eigenen Disziplin Kolle-

ginnen zum Thema Geschlechterverhältnis/Geschlechterideologie geforscht haben, sei dies nun in Psychologie, Literaturwissenschaften, Künsten, Geschichtswissenschaften oder Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Hier ist Ignoranz die Regel und Informiertheit die Ausnahme. Dies hat seine Entsprechung natürlich auch im Alltag, wo traditionellerweise Leistungen und Beiträge von Frauen nicht wahrgenommen werden.

2. Der Erhalt der Macht

Auf einer strukturellen Makroebene sind solche Verhaltensweisen noch am ehesten verständlich – einfach weil es hier funktional um den Erhalt des Status quo geht und damit um die bestehenden männlichen Privilegien bei Arbeits- und Ressourcenaufteilung. Außer der reinen Beharrungsträgheit eines etablierten Systems sind es selbstverständlich die immanenten Ziele und Zwecke des Systems selbst – hier also die Kontrolle über Frauen durch Männer auf verschiedensten Ebenen, insbesondere über weiblichen Arbeitseinsatz und Reproduktionstätigkeit, durch effektives Fernhalten von Frauen aus substantiellen politischen Entscheidungen, wie auch Kontrolle über die bewußtseinsbildenden Sphären des Kulturbetriebs, der Medien und des Klerus. Für diese patriarchale Makroebene liegen inzwischen umfassende Analysen vor⁹. Schon auf dieser Ebene läßt sich die eingangs gestellte Frage beantworten: Der Frauenausschluß aus dem Bereich des Kultus in Form des Ausschlusses vom Priesteramt (und durch das Zölibat auch aus dem Privatleben des männlichen Priesters) ist eine der ältesten und sinnbildlichsten Formen für männliche Kontrolle durch Ausschluß (hier: von der geistigen/geistlichen Macht). Diese Form des Machtanspruchs definiert sich tatsächlich, so der Pontifex Maximus wörtlich, nur ex negativo: „Durch die Zulassung von Frauen ist die eigentliche Natur des Priesteramtes direkt berührt.“¹⁰ Die ‚Natur‘ des Amtes ist der Ausschluß von Frauen. Dieses recht hohle Selbstverständnis ist seit der Säkularisierung zwar zunehmend lächerlich, dafür aber in andere gesellschaftliche Männerbünde wirkungsvoll eingesickert.

9 Vgl. u. a.: Marielouise Janssen-Jurreit, *Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage*, München 1978³; Evelyn Fox-Keller, *Liebe, Macht und Erkenntnis*, München 1986; Christina von Braun, *Nicht Ich. Logik, Lüge, Libido*, Frankfurt 1988²; Marilyn French, *Jenseits der Macht. Frauen, Männer und Moral*, Reinbek 1988; Jessica Benjamin, *Die Fesseln der Liebe*, Frankfurt 1988; Claudia Honegger, *Die Ordnung der Geschlechter*, Frankfurt 1991.

10 Frankfurter Rundschau vom 13. 11. 1992, S. 1 u. 3.

3. Angst vor Kontrollverlust

Aber werfen wir abschließend einen Blick auf die Ebene der *individuellen* Motivation jener Männer, die die Rettung patriarchaler Prinzipien vor Frauenanmaßung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Natürlich geht es auch hier – frau hätte es voraussagen können – um die Aufrechterhaltung bzw. den Verlust von liebgewordenen Privilegien. Wenn die Frau beispielsweise ebenso berufstätig ist wie der Mann, könnte es passieren, daß er mit Hand anlegen müßte bei Haushalt und Kinderversorgung oder daß er auf sie als Konkurrentin am Arbeitsmarkt trifft. Beide Gefahren sind z. Zt. recht gering und auch rein abstrakt, da selbst berufstätige Frauen bekanntlich überwiegend die Organisation von Haushalt und Kindererziehung leisten und die finanziell interessanten Berufe statt ehrliche Konkurrenz de facto eine Männerquotierung praktizieren. Daher scheint es zusätzlich noch um mehr zu gehen, wie wir den vielen individuellen Fallgeschichten „ganz normaler“ Männer, wie auch denen expliziter Emanzipationsgegner, entnehmen können.

So begründeten die militanten Pro-Life-Kämpfer in den USA ihr Engagement¹¹ (Anzünden und Demolieren von Kliniken, Zusammenschlagen von Schwestern und Ärzten, Kidnapping von Patientinnen mit Abbruch-Terminen) damit, daß sich das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gegen den Vater richte (es ist nicht „ihr Baby“, sondern „seins“), daß die Frauen ihre Männer nicht liebten, wenn sie „sein“ Baby abtrieben, und daß die Frauen nicht allein entscheiden dürften bzw. solche Fragen überhaupt nicht entscheiden dürften. Schließlich wurde noch moniert, daß Frauen keine Gefahren mehr riskieren würden, wenn sie legal, und das heißt medizinisch überwacht, abtreiben könnten.

In weniger militanten Fällen, in denen nur öffentlich agitiert und diffamiert oder ein bißchen das Recht gebeugt wurde, kommen motivational ebenfalls merkwürdige Details zum Vorschein: Ein deutscher Richter, in Memmingen einschlägig aktiv, hat seine Freundin in der Vergangenheit selbst zum Abbruch animiert; ein amerikanischer Pro-Life-TV-Star erhält durch seine Auftritte endlich die Anerkennung, die ihm jahrelang als Versager auf anderen Feldern nicht gezollt wurde; ein irischer Bischof hat privat Geliebte, einen illegitimen Sohn und veruntreute Gemeindegelder zu verbergen, wenn er die offizielle Abtreibungspolitik seiner Kirche vertritt. Deutsche Juristen und Politi-

ker, die offiziell sich für das ungeborene Leben einsetzen, haben ebenfalls im Privatleben Schwangerschaftsabbrüche und/oder unalimentierte Kinder zu verantworten.

Auf der Prominentenleiter nach unten steigend erfahren wir, daß auch ganz normale Männer sich häufig durch ein auffällig distanzierendes bis manipulatives Verhältnis gerade gegenüber den Frauen, die ihnen nahestehen, auszeichnen. Viele deutsche und österreichische Männer berichten in Interviews¹², daß sie ihre Freundinnen, Geliebten und Ehefrauen oft mit emotionaler Distanziertheit verletzen, daß sie sich vor gemeinsamer Verantwortung (z. B. für Schwangerschaften, Abbrüche, Kinderaufzucht) drücken, ihre Partnerin zwanghaft vor den Kopf stoßen (mit Affären, Verlassen und Gefühlskälte), und zwar dann, wenn sie zu große „Nähe“ befürchten und so emotionale Distanz wahren wollen, wenn sie zuviel eigenes Gefühl, zuviel Involviertsein, zuviel eigenes Engagement ihrerseits befürchten, kurz, wenn sie meinen, nicht mehr „die Kontrolle“ über sich selbst und über die Gefühlsbeziehung zu haben.

Sie sind zwar leicht zu begeistern für starke und partnerschaftliche Frauen, können es mit ihnen aber nicht lange aushalten, weil sie nicht gelernt haben, zwischen starken Gefühlen zu einer Frau als gleichwertiger Erwachsener und dem Gefühl, von einer starken Frau bemuttert und damit kontrolliert zu werden, zu unterscheiden. Die Autorinnen führen dieses durchgängige Muster in den Biographien ihrer Interviewpartner nicht auf das klassische Klischee der dominanten Mutter, sondern darauf zurück, daß diese Männer als Kinder durch das Verhalten ihrer Väter (gegenüber ihren Müttern – nämlich kalt, sich entziehend bis verweigernd, durch Unansprechbarkeit und Abwesenheit glänzend) ihre Mutter nur in der Mutterrolle, aber nicht in der Rolle der *Partnerin eines Mannes* erleben konnten. Dementsprechend fehlt diese Vorstellungskombination später in ihrem Frauenbild, und sie nehmen *jede* Frau, zu der sie eine Gefühlsbeziehung aufnehmen, gleichzeitig als (mütterliche) Bedrohung und Kontrolle wahr.

Man mag dieser interessanten Interpretation zustimmen oder nicht, auf jeden Fall bringt sie eine neue Perspektive in die Debatte um die „neuen Väter“. Diese hätten nämlich demnach nicht nur den unschätzbaren Wert, die Ehefrauen endlich zu entlasten und ihren Söhnen als Väter wertvolle Vorbilder zu sein, sondern außerdem die wichtige

¹² Vgl. Cheryl Benard/Edit Schläffer, *Ohne uns seid ihr nichts. Was Frauen für Männer bedeuten*, München 1992.

¹¹ Vgl. S. Faludi (Anm. 8), S. 400ff.

Funktion, ihren Söhnen Beispiele zu liefern, wie man „Männlichkeit“ nicht durch Dominanz und Verweigerung gegenüber einer Frau definiert, sondern dadurch, daß man starke und attraktive Frauen auch als Gefährtinnen behandeln kann (und nicht nur als managende und notwendigerweise kontrollierende Mutter).

Die Interviewergebnisse zeigen aber auch ohne diese Interpretation klar und eindeutig, was das Problem der Männer mit ihren Frauen ist: verblüffenderweise ist es dasselbe wie auf der Makroebene des Patriarchats – Angst vor Kontrollverlust! Der militante Abtreibungsgegner, der bigotte Richter, der zwanghafte Bigamist, der frauenverschleißende Macho, der gegen Quotenregelung kreuzfahrende Politiker und ebenso viele normale, gefühlskontrollierte Männer – ihnen allen geht es nicht ‚nur‘ ums Prinzip. Es geht ihnen auch ganz persönlich um die Angst vor zu viel Involviertsein, vor Kontrollverlust über ihre eigene emotionale Befindlichkeit. Wenn sie die Frauen ihres Alltagslebens mehr als Menschen ernstnehmen würden und sie selbst als Partner, nicht nur als Dominanzträger oder Verweigerer auftreten müßten, wäre es um ihr Selbstwertgefühl, aber auch um ihr Gefühlskorsett geschehen.

VII. Kleiner Vorschlag zur Strategiebereicherung

Bleibe eine letzte strategische Überlegung anzustellen. Wenn, wie angedeutet, sich die Hauptmotive patriarchaler Systeme „Ausschluß und Kontrolle von Frauen“ als psychologische Entspre-

chungen auch auf der individuell-biographischen Ebene vieler emanzipationsblockierender Männer wiederfinden lassen, dann sollten diese Motivationen im Kampf um Frauenemanzipation in Zukunft auch klarer herausgearbeitet werden – mit dem Ziel, ihren unreifen Egoismus, ihre pubertäre Dürftigkeit klarzustellen.

Beide Frauenbewegungen haben die glatte, machtpolitische Weigerung der jeweiligen männlichen Machthaber gegenüber ihren Forderungen nicht als verursachenden Faktor „ihrer“ Mißerfolge analysiert, sondern sie als gegeben vorausgesetzt. Sie haben sich viel stärker selbstkritisch nach ihren eigenen Fehlern und nach einer verbesserten Strategie gefragt. Vielleicht sollte der bewußte Blick auf die männlichen Verursachungsfaktoren bei künftigen Strategieüberlegungen doch ein zusätzliches Gewicht bekommen. Nach den vielen heren Prinzipien, die Gleichberechtigung nachsuchende Frauen sich haben um die Ohren schlagen lassen müssen (Rettung der Familie, Kindeswohl, Achtung des Lebens etc.), kann es nicht nur entlarvend und entlastend, sondern auch erhellend und orientierend wirken, wenn außer der analysierten und kontinuierlich berannten Festung der Makroebene „Patriarchat“ und der Erörterung der eigenen Fehler zusätzlich die weniger edlen privaten Beweggründe und Lebensläufe patriarchaler Mandatsträger ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden. Warum also sollten die hier erarbeiteten Erkenntnisse nicht auch als solche stärker in den Public Relations des politischen Kampfes mit eingesetzt werden? Es würde vielleicht letztlich – nicht zu verachten – in breiterem Maße die Unterstützung derjenigen Männer mobilisieren, die die o.a. Mechanismen in Theorie und Praxis nicht mehr oder noch nie nötig hatten.

Zur Entwicklung der sozialen Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern

I. Vorbemerkungen

Die sich seit der Wende im Herbst 1989 im Osten Deutschlands vollziehenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft treffen Frauen und Männer verschieden. Auch innerhalb der Geschlechtergruppen haben spezifische Frauen- bzw. Männergruppen unterschiedliche Möglichkeiten, diese Prozesse zu verarbeiten und mitzugestalten. Für die einen sind damit enorme biographische Brüche verbunden, für die anderen große Chancen. Das verändert die sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern: Anstelle der gewünschten Reduzierung bestehender Geschlechterunterschiede ist eine Vertiefung zuungunsten der Frauen auszumachen. Es besteht die Gefahr der anhaltenden Benachteiligung oder Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile nach dem Geschlecht – im Osten mehr als im Westen, wobei es wechselseitige Einflüsse geben wird. Zu befürchten ist auch, daß dabei Ost-Spezifika im Westen nicht zur Kenntnis genommen, verdrängt werden oder zu Unverständnis und Spannungen führen¹. Weil nicht klar ist, wie sich die Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern weiter verändern werden, kann der vorliegende Beitrag nur eine Art Momentaufnahme sein.

Geschlechterverhältnisse sind ein wichtiges Strukturelement der Gesellschaft. Sie kennzeichnen das Aufeinanderbezogen- und -angewiesensein von Frauen und Männern in ihrer Lebenstätigkeit, ihre Gemeinsamkeiten, Unterschiede und die Abgrenzung voneinander. Differenzierte Sachverhalte konstituieren und beeinflussen die sozialen Geschlechterverhältnisse; sehr wesentlich sind die folgenden:

- Materiell-strukturelle Bedingungen², vor allem die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau auf

1 Vgl. Christine Kulke/Heidi Kopp-Degethoff/Ulrike Ramming (Hrsg.), *Wider das schlichte Vergessen*, Berlin 1992, S. 12.

2 Vgl. Regina Becker-Schmidt, *Geschlechterverhältnis als Herrschaftsgefüge*, in: Chr. Kulke u.a. (Anm. 1), S. 216; Helga Bilden, *Geschlechtsspezifische Sozialisation*, in: Klaus

der allgemeingesellschaftlichen, beruflichen, familiären und personellen Ebene. Inbegriffen sind geschlechtstypische Dominanz- und Machtstrukturen in all diesen Bereichen sowie daraus hervorgehende Lebensbedingungen und Lebensmöglichkeiten, sozial-kulturelle Wertigkeiten – bis hin zu Diskriminierung, Mißbrauch, Druck oder Gewalt gegenüber dem anderen Geschlecht.

- Traditionelle und aktuelle Normen, Werte, Leitbilder, Legitimationsmuster für Frauen und Männer einschließlich Anpassungszwängen;
- Bewußtseinsstrukturen, insbesondere das Bewußtwerden der eigenen Geschlechterposition, geschlechtstypische Bedürfnisse, Einstellungen, Wertorientierungen und Ziele;
- Geschlechtstypische Verhaltensweisen und Aktivitäten (z.B. Sicherung von Positionen, Reglementierungen oder Anpassungsleistungen);
- Die geschlechtstypische Sozialisation von Mädchen und Jungen in Kindheit und Jugend, eingeschlossen geschlechtstypisch entwickelte Fähigkeitsmuster sowie Erfahrungen als Frau oder als Mann bezüglich einer (Un-)Gleichstellung und (Un-)Gleichheit;
- Beziehungen innerhalb der bzw. zwischen den genannten materiellen und ideellen Strukturen, darunter Widersprüche und Konflikte. Wechselwirkungen zwischen den Geschlechterbeziehungen auf der gesellschaftlichen und familiären Ebene, ebensolche zwischen biotischen Strukturen, psychischen und sozialen Verhaltensweisen.

Aktuelle gesellschaftliche Ereignisse nehmen nochmals einen besonderen Einfluß auf die Geschlechterverhältnisse. Diese sind historisch gewachsen und veränderlich, weil jeweils unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen entstanden. Erhaltung oder Veränderung von hierarchischen Geschlechterverhältnissen sind immer eine Frage von Macht, Einfluß, Inbesitznahme, von Verdrängen und Aushandeln (z.B. materieller Ressourcen wie

Hurrelmann/Dieter Ulich, *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim – Basel 1991, S. 280f.

Arbeitsplätze, Einkommen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten)³. Natürlich spielen dabei auch gewachsene Erkenntnisse und Fähigkeiten, größere Anpassungsbereitschaften der einen oder anderen Geschlechtergruppe eine Rolle. Deshalb ist ihre Steuerung sehr schwierig.

Wir beschränken uns im folgenden auf die Untersuchung jener Merkmale von Geschlechterverhältnissen in den neuen Bundesländern, die Beruf und Erwerbsarbeit betreffen.

II. Geschlechtstypisch neu zu verteilender (Ost-)Arbeitsmarkt?

1. Die Bedeutung von Arbeit und Beruf für die Frauen der neuen Bundesländer

Berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit haben für die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse zentrale Bedeutung. Der Beruf ist wesentliche Grundlage für die Befähigung zu qualifizierter und bezahlter Erwerbsarbeit und deren Realisierung auf dem Arbeitsmarkt, für die Erlangung bestimmter Positionen in der Gesellschaft und in der Familie. Er ist Voraussetzung für die Integration in der Gesellschaft, für Einfluß, Ansehen, für die materielle Existenz und die Verwirklichung eines bestimmten Lebensniveaus.

Zahlreiche in der DDR bzw. – später – in den neuen Bundesländern erstellte sozialwissenschaftliche Studien belegen, daß dies meist auch persönlich so gesehen wird – von Frauen kaum anders als von Männern⁴. Für ostdeutsche Frauen bedeuten Beruf und Erwerbstätigkeit weitaus mehr, als „nur“ Geld zu verdienen. In der DDR wurden 40 Prozent der Familieneinkommen Ende der achtziger Jahre von den Frauen erarbeitet. Das

3 Vgl. H. Bilden (Anm. 2), S. 290–292; Elisabeth Beck-Gernsheim, *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt*, Frankfurt am Main – New York 1981, S. 10.

4 Vgl. *Lebensweise und Leistung junger Frauen*, Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, Leipzig 1985/86; *Frauenleben in Leipzig*, Zentralinstitut für Jugendforschung und alma-Frauen in der Wissenschaft e. V., Leipzig 1990/91; *Zur Situation von Frauen im Süden der neuen Bundesländer unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit* – Gotha, Forschungsstelle Frauenforschung in der Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e. V./alma-Frauen in der Wissenschaft e. V./Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Leipzig, Leipzig 1992; *Frauen über 40*, Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e. V., Halle 1992; *Studien zur Situation von Frauen und zur Frauenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern*, in: *betr.: Frauen, Land Brandenburg, Potsdam*, (1992) 2/3, S. 23/24.

war ein hoher Anteil, obwohl Frauen aufgrund niedrigerer Positionen, anderer Berufe bzw. der Arbeit in schlechter bezahlten Branchen (wie z. B. der Textil- und Lebensmittelindustrie), kürzerer Arbeitszeiten usw. im Durchschnitt nur 75 Prozent der Männerlöhne erhielten. Heute spielt das Verdienstmotiv eine stärkere Rolle als vor der Wende: das Einkommen kann mehr als früher Grundlage für ein materiell und ideell reicheres Leben sein. Aber Berufarbeit hat für die Frauen der neuen Bundesländer eine viel größere Bedeutung: Es geht ihnen darum, persönlich selbständig zu sein, über die Familie hinaus gebraucht zu werden, fachliche Selbstbestätigung und Anerkennung auf Grund der eigenen Leistung und nicht der des Partners zu erhalten, sich mit dem Beruf, der Aufgabe und/oder dem Unternehmen zu identifizieren, Selbstbewußtsein zu entwickeln, Kommunikationsmöglichkeiten und Kontakte zu haben, sich in das soziale Umfeld zu integrieren. Daß sich Frauen und Männer darin auch heute nur unwesentlich unterscheiden, zeigen unter anderem Längsschnittuntersuchungen bis zum Jahr 1992⁵.

Nicht nur im staatsoffiziellen DDR-Verständnis, sondern auch in den individuellen Einstellungen der Frauen und Männer stand der Beruf hoch im Kurs; daran hat sich nach der Wende nichts geändert. Zwischen 80 und 95 Prozent der Mädchen und Frauen, aber auch der Männer haben sich in verschiedenen Untersuchungen des ehemaligen Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig sowie der Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts in Leipzig entsprechend geäußert. Die starke Orientierung auf Bildung (auch Weiterbildung) und Berufstätigkeit hat über die Jahre hinweg kaum abgenommen – obwohl Berufsethos und Arbeitsmotivation in den achtziger Jahren sanken. Seit Beginn der neunziger Jahre nimmt deren Bedeutung wieder zu. Vom Wunsch nach Karriere abgesehen, der bei Frauen geringer ausgeprägt ist, sind diese Orientierungen bei beiden Geschlechtergruppen etwa gleich hoch.

2. Die Ansprüche ostdeutscher Frauen und die neuen Bedingungen am ostdeutschen Arbeitsmarkt

a) Ansprüche

Nach der Wende haben sich einige geschlechtstypische Unterschiede, die die Ansprüche an die Ar-

5 Vgl. *Zugang zum Beruf und Verlauf der Berufsbiographie von Jugendlichen im Osten*, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Leipzig (die Längsschnittstudie wurde von 1985 bis 1990 am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig durchgeführt). Das Panel umfaßte 1992 knapp 700 18- bis 19jährige Jugendliche.

Tabelle 1: Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen der DDR im Oktober 1989
(in Prozent)

Qualifikation/Abschluß	weibliche Erwerbstätige	männliche Erwerbstätige
keine Berufsausbildung	12*	7
Teilberufsausbildung	3	4
Facharbeiterabschluß	58	63
Meisterabschluß	1	7
Fachschulabschluß	18	10
Hochschulabschluß	7	9

* vor allem ältere Frauen

Quelle: Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), Frauenreport 90, Berlin (Ost) 1990, S. 38.

beit betreffen, tendenziell verringert: Frauen in den neuen Bundesländern wollen fast im gleichen Umfang erwerbstätig sein wie Männer. Nur drei Prozent würden entsprechend repräsentativen Umfragen⁶ jetzt lieber darauf verzichten. Wenn die Ehemänner genug verdienen, wären nach heutiger Vorstellung *später* im Durchschnitt etwa 20 Prozent gern längere Zeit Hausfrau. Noch geringer ist dieser Anteil unter den jüngeren Frauen. Darin stimmen verschiedene Untersuchungen in etwa überein⁷. Teilzeitarbeit, als Erleichterung von vielen jungen Eltern eigentlich gewünscht, ist derzeit auf Grund der ungünstigen Arbeitsmarktlage und der Furcht vor Arbeitslosigkeit kaum gefragt. Demgegenüber ist die Bereitschaft, sich nach männlichem Erwerbsmuster flexibel und mobil zu halten, intensiver und extensiver zu arbeiten, mehr Verantwortung zu über- und höhere Belastungen in Kauf zu nehmen, sich fortzubilden, umzuschulen, sich beruflich weiterzuentwickeln bei Frauen ähnlich wie bei den Männern enorm gestiegen. All das wird auf sich genommen, um einen Arbeitsplatz zu be- bzw. erhalten. Hier verringern sich seit 1989 die Geschlechterunterschiede. Dem steht eine starke Verschlechterung der Arbeitsmarktchancen gegenüber, was wiederum den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität verschärft.

b) Bedingungen

Frauen sind heute auf dem Arbeitsmarkt stärker benachteiligt als Ende der achtziger Jahre und als Männer – ungeachtet dessen, daß es formal die

6 Vgl. Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung, Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS), Bad Godesberg 1991, S. 35.

7 Vgl. DDR-repräsentative Meinungsumfrage M4 vom Mai 1990, Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, Leipzig 1990; vgl. auch Europäische Vergleichsstudie von Gisela Erler/Monika Jaeckel/Jürgen Sass (Arbeitsgruppe Familienpolitik), Zur Einschätzung familienpolitischer Maßnahmen, Deutsches Jugendinstitut München, München 1991/92.

Freiheit der Berufs- oder Arbeitsplatzwahl gibt, daß Individualisierung und Pluralismus in den Lebensstilen existieren und daß für einzelne Gruppen von Frauen die beruflichen Chancen gar nicht schlecht sind. Das trifft vor allem für jüngere, gut gebildete, leistungsstarke, „flexible“ Frauen ohne Familie zu.

Zwar gab es auch vor der Wende erhebliche geschlechtstypische Unterschiede im Bereich der Erwerbsarbeit, aber das Recht auf Arbeit garantierte jeder(m) – unabhängig vom Geschlecht – einen Arbeitsplatz. 91 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter standen in Erwerbsarbeit oder Ausbildung; 49 Prozent der Erwerbstätigen waren weiblich. Die Frauenanteile am leitenden Personal in Wirtschaft und Staat sowie an den Erwerbstätigen in technischen Berufen aller Bildungsebenen betragen je ein Drittel. Mehr als ein Viertel der Frauen arbeitete in Teilzeit (häufig 30 Wochenstunden anstelle der 40- bis 43¼-Stunden-Vollzeitwoche).

Das Qualifikationsniveau von Frauen und Männern war etwa Mitte des vierzigsten Lebensjahres gleich hoch. Wie sich die berufliche Qualifikation der Erwerbstätigen im Oktober 1989 verteilte, zeigt Tabelle 1.

Frauen und Männer hatten in der DDR seit den sechziger Jahren (1965: „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“) gleiche Bildungschancen. Allerdings wollten Jugendliche ihre berufliche Bildung vielfach in typischen „Frauen-“ oder „Männerberufen“ erwerben. Der Zugang zur Berufstätigkeit war sicher – was als selbstverständlich hingenommen wurde –, wenn auch zum Teil für unterschiedlich anspruchsvolle und bezahlte Arbeitsplätze. Ein ungünstiger Kreislauf in der DDR, der durch die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern, durch die in erster Linie an Frauen bzw. Mütter gerichteten sozialen Maß-

nahmen sowie durch die berufliche und häusliche Arbeitsteilung in Gang gesetzt und gehalten wurde, brachte Frauen immer wieder an die zweite Stelle im Arbeitsprozeß. Er verhinderte zum Teil auch, daß sich Männer mehr in die häuslich-familiäre Arbeit einschalteten.

Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern ist gegenwärtig alles andere als stabil und befindet sich noch im Entwicklungsstadium. Daraus ergeben sich für beide Geschlechtergruppen große Probleme: Heute ist faktisch jede(r) – sei es persönlich oder weil ein Familienmitglied seine Arbeit verloren hat – durch Arbeitslosigkeit oder durch die berechtigte Angst davor betroffen. Problemverschärfend wirken der immer härter werdende Konkurrenzkampf und die materielle Existenzbedrohung für viele. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit eine ausreichende Infrastruktur fehlt. Freizeitangebote und Möglichkeiten zur Betätigung in nichtkommerziellen Bereichen müssen erst entwickelt werden.

3. Chancen und Verluste auf dem Arbeitsmarkt

Die Chancen und Verluste verteilen sich unterschiedlich zwischen den und innerhalb der Geschlechtergruppen, vor allem nach Alter, Qualifikation und Familienstand:

a) Zu den Arbeitsmarktchancen Jugendlicher

Die noch vor einer Ausbildung und Familiengründung stehenden Jugendlichen sehen sich heute breit gefächerten Zukunftschancen hinsichtlich Bildung, Arbeit, Entwicklung und Karriere gegenüber. In unserer Längsschnittstudie äußerten sich 1992 65 Prozent der Lehrlinge und Abiturienten zuversichtlich bezüglich späterer Erwerbstätigkeit; 11 Prozent beurteilten ihre Aussichten als „düster“ und „teils-teils“. Dabei wird von beiden Geschlechtern der westdeutsche Markt mit ins Kalkül gezogen. Über die Hälfte der Mädchen und Jungen ist bereit, eine Ausbildung in den alten Bundesländern zu absolvieren, allen voran die Abiturienten. Zur Arbeit würden 29 Prozent der Mädchen und 39 Prozent der Jungen dorthin pendeln, vor allem die männlichen Lehrlinge und Arbeitslosen⁸. Unter der Voraussetzung, im Osten nach der Ausbildung keine Arbeit zu erhalten, wäre über die Hälfte dieser Jugendlichen zum Umzug in die alten Länder bereit – junge Frauen wie Männer.

Durch starke staatliche und kommunale Unterstützung ist es trotz größter Schwierigkeiten bei der

Erschließung von Ausbildungskapazitäten in der zusammenbrechenden Ost-Wirtschaft gelungen, jedem(r) Schulabgänger(in) 1991 und 1992 einen Ausbildungs-/Studien- oder weiterführend allgemeinbildenden Platz anzubieten. Dadurch sind sich viele Schüler, die noch nicht vor der Berufswahlsituation standen, aber auch Lehrlinge, die vergleichsweise problemlos zu einem Ausbildungsplatz kamen, der schlechten Arbeitsmarktlage noch nicht bewußt. Dasselbe gilt für Lehrlinge aus den in Konkurs gegangenen Ausbildungsbetrieben. Inwieweit diese Jugendlichen an der zweiten Schwelle des Übergangs zur Erwerbstätigkeit Brüche in ihrer Berufsbiographie erleiden werden, wird wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen, davon, ob und wann der viel beschworene „Aufschwung Ost“ kommt. Inwiefern das die Mädchen mehr trifft, hängt davon ab, ob die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufzuhalten ist.

Bei der Berufswahl werden Mädchen und Jungen zum erstenmal direkt mit der Arbeitsmarktsituation konfrontiert. Aber das Berufswahlfeld der Mädchen ist seit 1990 eingeschränkt. In der DDR waren etwa zehn Prozent der Berufe aller Bildungsebenen aus medizinischen Gründen für Mädchen nicht zugelassen, die betrieblichen Angebote im technischen Bereich wurden Ende der achtziger Jahre allerdings geringer. Mit der Übernahme der Gesetze der Bundesrepublik nach der Vereinigung im Oktober 1990 sind die Zugangsmöglichkeiten für beide Geschlechter formal sehr vielfältig. Tatsächlich bieten viele Unternehmen aber nur Ausbildungsplätze für männliche Jugendliche an, das gilt sogar für einige der ehemaligen Frauen-Domänen (z.B. Handel, Banken, Bildung). Auch bei „Mischberufen“ (für beide Geschlechter geeignet und ausgeschrieben) werden männliche Jugendliche zur Ausbildung oft bevorzugt. Weil die Arbeitsämter bei der Vermittlung von Mädchen größere Probleme haben, münden diese häufiger als die jungen Männer nach der Schule in überbetriebliche Ausbildungsgänge ein, hinter denen kein Arbeitsplatz steht. 1991 waren insgesamt 40 Prozent aller Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern überbetrieblich angesiedelt. Die Ausbildungsvergütung in frauentypischen Berufen ist durchschnittlich geringer als in Männerberufen, ebenso der später zu erwartende Verdienst.

Junge Frauen mit kleineren Kindern sehen sich jetzt vor große berufliche Schwierigkeiten gestellt. Es ist die Gruppe, die vom DDR-Staat zur „Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft“ mit einer Vielzahl von Sozialmaßnahmen bedacht worden war, was das Dilemma der Doppelbelastung nicht

⁸ Vgl. Zugang zum ... (Anm. 5).

löste, sondern eher noch verschärfte. Aber die jungen Mütter hatten keine Probleme, einen Arbeitsplatz zu er- und zu behalten. Heute können sie den weitgehend am männlichen Lebensmuster (mit einer Hausfrau im Hintergrund) ausgerichteten hohen Anforderungen nach „Flexibilität“, zeitlicher „Verfügbarkeit“, „Mobilität“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ nicht genügen: Bei Bewerbungen („Kind – nein, danke!“) sind junge Mütter in aller Regel benachteiligt, soweit fehlende oder mangelhafte Möglichkeiten der Kinderbetreuung (Plätze eingeschränkt, zu teuer geworden, durch Erzieherinnen-Entlassung an Qualität eingebüßt) diesen Schritt nicht von vornherein ausschließen. Sind sie in der glücklichen Lage, eine Arbeitsstelle zu haben, müssen sie bei häufiger Erkrankung ihrer Kinder – selbst im Rahmen der gesetzlichen Regelung – die Entlassung befürchten.

b) Zu den Arbeitsmarktchancen von Frauen und Männern im mittleren Lebensalter

Erwerbstätige im Alter ab etwa 45 Jahren bekommen heute vielfache Arbeitsplatzprobleme – Frauen mitunter schon fünf Jahre früher, Männer etwa fünf Jahre später. In der DDR hatte diese Altersgruppe (und jünger) „lediglich“ Aufstiegschwierigkeiten, weil entsprechende Positionen von älteren Beschäftigten besetzt blieben. Für Frauen bedeutete dies, daß sie zwei Hürden nehmen mußten – mithin ein „doppeltes Aufstiegsproblem“ hatten: Ihre berufliche Karriere war zwar zum Teil von frauenfördernden Maßnahmen begleitet, sie wurde aber dennoch durch Kinder gegenüber Männern oft um mehrere Jahre hinausgeschoben. Männer zählten mit 40 bis 55 Jahren und darüber zur verlässlichen, fachlich erfahrenen und befähigten „Kernbelegschaft“. Frauen in diesem Alter galten als diejenigen, die nach der harten Zeit der Doppelbelastung nun im Beruf voll einsatzfähig und eventuell bereit waren, noch eine berufliche Entwicklung zu starten. Fachlich gut gebildet, im Beruf „gestanden“, zuverlässig und hochmotiviert, wurden sie in den Betrieben besonders geschätzt und gebraucht.

Diese Frauen erfahren gegenwärtig, „zu alt“ für die Erwerbsarbeit zu sein. Eine Reihe der in der DDR erworbenen regulären Berufsabschlüsse – sowohl auf der Facharbeiter- als auch auf der Fachschul- oder Hochschulebene – sind unter den neuen Wirtschaftsbedingungen wertlos. Die von dieser Qualifikationsentwertung betroffenen Frauen und Männer stehen plötzlich „ohne Beruf“ da. Das alles erleben sie durchweg als Absturz, Entwertung ihrer Arbeitskraft, persönlichen Affront, Undank für jahrzehntelang geleistete gute

Arbeit und als Sinnentleerung ihres Lebens – Frauen wie Männer. Aber Frauen sind davon häufiger und existenzieller betroffen als Männer. Sie hatten geringere Einkommen, was sich negativ auf die Höhe des Arbeitslosengeldes auswirkt. Sie konnten es sich in der DDR leisten, mit ihren Kindern allein zu leben, was sie heute in Existenznöte bringt. Sie verfügen aufgrund ihrer früheren enormen zeitlichen Beanspruchung durch Kinder, Haushalt und Beruf weniger über „Ersatzlösungen“ (Hobbys, Freizeitausgleiche, Engagement und Gebrauchtwerden im gesellschaftlichen Umfeld). Sie finden mitunter, daß sie des Lernens zu ungeübt sind für eine Umschulung. Obwohl die Zahl weiblicher Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen im Durchschnitt größer ist, münden Männer öfter in die fachlich aussichtsreicheren ein⁹.

Es gibt jedoch auch andere Trends: Vorausgesetzt, sie erhalten Bankkredite, wagen nicht nur Männer, sondern auch Frauen dieses Alters nicht selten einen Start in die Selbständigkeit. Frauen tun das vor allem in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Gesundheitswesen. Die Erfolgsaussichten dafür sind zur Zeit noch wenig kalkulierbar, aber mehr markt- als geschlechtsabhängig.

4. Arbeitslosigkeit

Als Folge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstrukturierung zählen die neuen Bundesländer heute mehr als eine Million Erwerbslose (Arbeitslosenquote 13,9 Prozent), davon sind 65 Prozent weiblich. Verdeckte Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vorzeitiger Ruhestand) eingerechnet, liegt das tatsächliche Beschäftigungsdefizit in Ostdeutschland derzeit bei 38,5 Prozent. Knapp zwei Millionen Arbeitslose werden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen, die aber meist 1993 auslaufen¹⁰. Trotz gegenteiliger Bemühungen der ostdeutschen Arbeitsämter ist eine Entlassungs- und Wiedereinstellungsdiskriminierung von Frauen unverkennbar. In der Stadt Leipzig beispielsweise ist die Erwerbslosigkeit von Frauen gegenwärtig mehr als doppelt so hoch als die der Männer¹¹.

Ländliche Gebiete sind noch stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen, denn mit der Schließung von landwirtschaftlichen Großbetrieben ist meist auch die Infrastruktur des Gebietes zusam-

9 Vgl. Arbeitsmarkt, in: Arbeitsmarktbericht des Arbeitsamtes Leipzig, Oktober 1992, S. 4.

10 Vgl. Beschäftigungsdefizit im Osten bei 40 Prozent, in: Leipziger Volkszeitung vom 31. 10./1. 11. 1992, S. 25.

11 Vgl. Immer mehr Frauen in Leipzig arbeitslos, in: ebd. vom 4. 9. 1992, S. 5.

leben, haben kaum mehr Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten; ebenso schlecht sind ihre Aussichten auf Umschulung¹². Obwohl die Bereitschaft zum Pendeln oder Wohnortwechsel bei Jugendlichen nicht gering ist, verbessern sich dadurch die Arbeitsplatzchancen älterer Altersgruppen kaum. Ältere Frauen können zudem infolge ihrer Familien- und Heimatbindungen nicht ohne weiteres pendeln oder umziehen. Erschwerend kommt hinzu, daß auf Grund geringer Nominallöhne in der Landwirtschaft auch die Arbeitslosengelder niedriger liegen.

Es ist charakteristisch für moderne westliche Industriegesellschaften, daß in Zeiten akuten Arbeitsplatzmangels die Frauenarbeitslosigkeit besonders hoch ist¹³. Je enger der Arbeitsmarkt ist, desto stärker wird er geschlechtstypisch segmentiert. Gleichzeitig zeigen die Wirtschaftsaufschwünge der letzten Jahre in westlichen Industrieländern, daß erstens Produktionserweiterungen nicht in gleichem Maße zu einer Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze führten und daß zweitens Frauen von einem Zuwachs an Arbeitsplätzen oft nicht in gleicher Weise wie Männer profitieren. Hier sind die Politiker, die Gewerkschaften und die Tarifpartner gefordert, aber auch die Frauen selbst.

In allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft läuft heute ein enormer Verdrängungswettbewerb der Ost-Frauen durch Männer aus Ost- und Westdeutschland, teils auch durch Frauen aus den alten Bundesländern¹⁴. Frauen sind – um überhaupt Arbeit zu haben – daher vielfach zur Übernahme dequalifizierender oder ungeschützter Jobs gezwungen. Das betrifft Angehörige aller Qualifikationsgruppen. Ob sich diese Prozesse noch verschärfen werden, wird nicht nur von der bereits manifesten geschlechtstypischen Arbeitsteilung, also von den unterschiedlichen Positionen, Einfluß- und Machtstrukturen sowie den sich daraus entwickelnden Befähigungen von Frauen und Männern bestimmt. Es hängt auch davon ab, ob vorhandene geschlechtstypische Benachteiligungen von den politisch Verantwortlichen in der Gesellschaft gesehen und aufgegriffen werden. „Frauen ins Manage-

DDR als offizielle Forderungen ein Dauerbrenner¹⁵ – sind seit den ersten Entlassungswellen im Osten Deutschlands keine öffentlichen Themen mehr. Entscheidend werden künftig wohl auch die Durchsetzungsfähigkeit oder Anpassungsbereitschaft der Frauen sein. Fragen, wie sie von Frauen 1991 noch gestellt wurden – „Wir können doch unseren Männern nicht die Arbeitsplätze wegnehmen?“ –, sind zumindest inzwischen nicht mehr zu hören.

III. Berufsansprüche und familiäre Wertorientierungen

Bereits die zweite Generation von Frauen der DDR bzw. der neuen Bundesländer hat es lernen müssen, Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Das bedeutet, daß die Töchter und Söhne (und schon wieder deren größere Kinder) ihre auf neue und alte Rollen bezogenen Lebensziele und -werte auch aus den entsprechenden Erfahrungen der Elterngeneration gewonnen haben und gewinnen.

Untersuchungen vor und nach der Wende haben gezeigt, daß die meisten jungen Männer Beruf und Familie etwa gleiche Bedeutung zumessen, mitunter der Familie eine geringere. Bei Frauen rangiert die Familie generell vor dem Beruf. Früher versuchten Frauen, ihre Berufstätigkeit den familiären Bedingungen anzupassen. Das betraf besonders die große Gruppe der Facharbeiterinnen, aber auch nicht wenige Akademikerinnen mit beruflichen Entwicklungsplänen. Auf der Basis individueller Lösungen durchliefen diese Frauen meist mehrere berufliche Entwicklungsphasen, in denen sie sich mehr oder weniger intensiv dem Beruf oder der Familie widmeten – oft im Wechsel mit dem Mann. Die Entscheidung „Beruf oder Familie?“ mußte von den Frauen der DDR aufgrund der oben bereits angesprochenen günstigen Rahmenbedingungen im allgemeinen nicht getroffen werden. Daß berufstätige Frauen eine Familie, also auch Kinder hatten, war die Regel. 1989 hatten im Durchschnitt 68 Prozent der berufstätigen Frauen der DDR Kinder unter 18 Jahren. 70 Prozent bekamen ihre Kinder vor dem 25. Lebensjahr – in einer Zeit also, in der auch der Einstieg in das Berufsleben erfolgte. Das Durchschnittsalter der

12 Vgl. Erwerbschancen für Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen/ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V., Hannover/Agrarsoziologische Gesellschaft e. V., Göttingen/Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Leipzig, in: Dokumentation des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, Bonn 1992.

13 Vgl. E. Beck-Gernsheim (Anm. 3), S. 3.

14 Vgl. „Frauenförderung ja. Aber nicht auf Kosten der Männer in der Wissenschaft“, 4. Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten an Hochschulen, in: betr.: (Anm. 4), S. 15.

15 Vgl. Barbara Bertram, Frauen und technische Berufe, in: Werner Henning/Walter Friedrich (Hrsg.), Jugend in der DDR, Weinheim – München 1991.

Frauen bei Erstheirat betrug 1988 23 Jahre, das der Männer 25 Jahre¹⁶.

Auch nach der Wende ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf das meist gewünschte Lebensmodell junger Frauen und Männer. Ein bis zwei Kinder werden besonders von Mädchen erträumt. Allerdings haben die Jugendlichen die neuen Zwänge begriffen und entscheiden sehr sachlich: erst einmal Fuß fassen im Beruf, Kinder später, notfalls weniger oder gar keine¹⁷. In den Lebensplänen 18/19-jähriger aus Leipzig kommt das Modell „ohne Berufsarbeit“ faktisch nicht vor. Die beschriebene rationale Haltung der Jugendlichen wird aber nicht nur durch die katastrophale Situation des ostdeutschen Arbeitsmarktes verursacht. Eine große Rolle spielen dabei auch die Chancen, die diese Generation gerade für sich im Erwerbsleben sieht. Anders als die Generation ihrer Mütter ordnen die jungen Frauen heute (vorläufig?) ihre durchaus vorhandenen Familienpläne dem Beruf unter. Längerfristig wollen sie das wieder ändern, ohne jedoch auf Erwerbstätigkeit zu verzichten. Familiäre Wertorientierungen dominieren weiter oder sind mit dem Beruf gleichbedeutend, werden jedoch aktuell zurückgestellt.

Nach wie vor beziehen Frauen in den neuen Bundesländern ihre Identität aus Familie und Beruf. Darauf verweisen neben entsprechenden Untersuchungsergebnissen nicht zuletzt die zu beobachtenden Alltagsprobleme von Frauen und Männern, die sich aus Arbeitslosigkeit und nicht gewünschten Altersübergangsregelungen bei realer Perspektivlosigkeit oder Ängsten davor ergeben. Das Thema „Arbeit haben“ ist allgegenwärtig. Es steht vor dem „Wie geht's?“ bei Begegnungen, am Anfang von Glückwünschen und im Zentrum aller Pläne und Hoffnungen. Das gilt für Angehörige beider Geschlechter, wobei die Frauen härter betroffen sind: Ihre Identität ist in Gefahr geraten, Ängste, Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit nehmen zu. Weibliche Berufstätigkeit, die Rolle der Frauen im Arbeitsleben, wird in Frage gestellt – die der Männer trotz hoher Arbeitslosenquoten nicht. Die keineswegs abgelehnte Mutterrolle ist an Verzichtleistungen bezüglich eigener Berufsarbeit gebunden, die Vaterrolle nicht oder viel weniger. Die reine Hausfrauenrolle läßt sich in Ostdeutschland wegen

der niedrigen Einkommen derzeit meist nur schwer realisieren. Sie wird gegenwärtig auch dann kaum gewünscht, wenn der Beruf nicht befriedigt. Das betrifft alle Bevölkerungsschichten. Vor allem aber ist die Umsetzung des meistgewünschten Lebensmodells – eine Familie mit Kindern zu haben und einen Beruf auszuüben – in Frage gestellt.

IV. Der Einfluß von Geschlechterstereotypen auf die Geschlechterbeziehungen

Jahrhundertlang haben Geschlechterstereotype – verfestigte Einstellungen einer Gruppe gegenüber der anderen¹⁸ – das individuelle Verhalten über Alltagsbewußtsein, Fremd- und Selbstwahrnehmung beeinflußt. Basierend auf realen oder vermeintlichen Geschlechterunterschieden prägten vor allem die Urteile über psychische/physische Besonderheiten und Rollenverhalten von Frauen und Männern die Geschlechterverhältnisse mit. Im Zeitalter der Moderne wurden große soziale Geschlechterrollenstereotype aufgebrochen, hat sich auch die enge Bindung des Verhaltens an Stereotype gelockert. Untersuchungen in Ost wie in West¹⁹ belegen ein Abnehmen sowohl von Stereotypen als auch von daran gebundenen Orientierungen. Pluralismus in den Lebensstilen, Individualisierungsprozesse, Selbsterkennungsstreben und Handlungsfreiheit sind damit kaum noch vereinbar, ein nichttraditionelles Verständnis der Geschlechterverhältnisse und Gleichstellung schon gar nicht.

Dennoch wirken Geschlechterstereotype weiter. Gegenwärtig wird sogar versucht, alte Muster – „Frauen an den Herd!“ – wieder aufzufrischen. Sie haben eine sehr lange Tradition, sind zählebig in der öffentlichen Meinung. Vor allem sind sie funktional: Sie erfüllen ihren Zweck im System der Konkurrenzwirtschaft und können daher nicht schlechthin als Überreste aus versunkenen Zeiten abgetan werden.

Untersuchungen Ende der achtziger Jahre bei 20- bis 37-jährigen FacharbeiterInnen, die am ehemaligen Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführt wurden, sind noch immer aufschlußreich für das Zusammenwirken von alten und neuen Rollen- bzw. „Soll“-Bildern. Auf die Frage: „Wie/was

16 Vgl. Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik, Statistische Kennziffernsammlung, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1989, S. 32; Gunnar Winkler (Hrsg.), Frauenreport '90, Berlin (Ost) 1990, S. 27, 80, 107f.

17 Vgl. Längsschnittstudie (Anm. 5); Uta Starke u. a., Jugend in der Stadt Leipzig, Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung der Universität Leipzig, Leipzig 1991.

18 Vgl. Frauenhandlexikon, Johanna Beyer u. a. (Hrsg.), München 1983, S. 286.

19 Vgl. Sigrid Metz-Göckel/Ursula Müller, Der Mann, Weinheim – Basel 1986, S. 38.

sollten Frauen und Männer sein?“ ergab sich eine unerwartet hohe Meinungsübereinstimmung der Geschlechter und der Gruppen verschiedener Regionen: Die inhaltliche Grundaussage war, daß Frauen und Männer in den verschiedenen Lebensbereichen, z.B. Beruf, Familie, Partnerschaft, gleichgestellt sein, etwa gleiche Möglichkeiten zur Entfaltung und gleiche Belastung haben und dafür entsprechende schulische Fähigkeiten, Persönlichkeits- sowie Partnerschaftseigenschaften entwickeln sollten. Wo Differenzen zwischen den Aussagen der Geschlechtergruppen auftraten, betrafen sie stärker die traditionellen Frauen- und Männerbilder als die neuen. Den traditionellen konnten sich Frauen seltener anschließen als Männer.

Es wurden aber auch große Widersprüche zwischen alten und neuen „Soll“-Bildern bei einem beachtlichen Teil der männlichen und weiblichen Untersuchungsgruppe deutlich: etwa zwischen

- a) dem Verlangen nach gleichen beruflichen Chancen für Frauen bis in Spitzenpositionen und der ihnen weiterhin als „Soll“-Bild zugesprochenen Hauptverantwortung für Haushalt und Familie oder
- b) dem Streben der Frauen nach völliger Gleichstellung und der Anerkennung des Mannes als „Oberhaupt“ der Familie.

Auch bei „Karrierefrauen“ wurde neben hohem Selbstbewußtsein, Fachkönnen und Selbstständigkeitsstreben ein verbreiteter Hang nach Geborgenheit in einer gleichberechtigten Partnerschaft festgestellt (der Mann sollte schon ein bißchen „stärker“ sein).

Wie vielfältig auch immer die Ursachen für solche Widersprüche sein mögen – sie reichen von realer Erfahrung über Lebensbewältigungsstrategien bis zum Emanzipationsverständnis –, ein genereller Mangel an „Frauenbewußtsein“ ist daraus m.E. nicht ohne weiteres abzuleiten, wohl aber Ambivalenzen. Die in der DDR sozialisierten Frauen besitzen ein historisch anders gewachsenes und inhaltlich anders definiertes Selbstbewußtsein bzw. Frauen- und Männerrollenverständnis, als es der westliche Feminismus beschreibt und von den Ost-Frauen erwartet. Es wuchs durch die Aufgaben, Schwierigkeiten, Niederlagen und Gewinne der gelebten Verbindung von Erwerbstätigkeit und Familie, in der Frauen und Männer stark aufeinander angewiesen waren. Aber dieses Selbstbewußtsein entwickelte sich weitgehend ohne theoretischen Hintergrund. So sind die eigenen Geschlechtergruppeninteressen nicht in genügendem Umfang definiert und nicht in ausreichendem Maße von der

anderen Geschlechtergruppe abgegrenzt worden. Hier dürfte noch eine Menge aufzuarbeiten und zu beschreiben sein. So viel läßt sich jedoch derzeit schon festhalten: Ost-Frauen definieren ihr auch heute noch direkt mit Berufarbeit verknüpft Selbständigkeitsbestreben in der Regel *nicht gegen und nicht ohne den Mann*, den sie als Partner begreifen.

V. Haltungen der Männer zur Erwerbstätigkeit der Frauen

Die geschlechtstypische Arbeitsteilung funktioniert dann gut, wenn sich Frauen und Männer in ihrer Arbeits- und Lebenstätigkeit wechselseitig ergänzen. Engagement und Erfolg im Beruf setzen nach heutigen marktwirtschaftlichen Maßstäben in der Regel voraus, daß ein(e) Partner(in) für Familien- und Reproduktionstätigkeiten zur Verfügung steht. Da diese Aufgaben traditionell der Frau obliegen, gerät sie zwangsläufig in einen Rollenkonflikt, wenn sie als Ehefrau und Mutter einen Beruf ausübt. In der DDR wurde dieser Konflikt durch eine Fülle sozialpolitischer Maßnahmen partiell etwas entschärft, aber nicht gelöst. Im Gegenteil – die Zuschreibung häuslich-familiärer Aufgaben an die Frauen wurde manifestiert und damit das Dilemma zwischen Berufsanspruch und Familie sowie zwischen formaler Gleichberechtigung und realer Ungleichheit verschärft.

Unter den neuen Bedingungen stehen die Frauen „ungeschützt“ unter Druck, sich mehr oder nur noch den Familienaufgaben zu widmen: Wie oben schon angeführt wurde, haben sie deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als ihre männlichen Konkurrenten. Und es sind vor allem Männer, die über das Schicksal von Frauen befinden. Die mit Entscheidungskompetenz ausgestatteten Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitlich von Männern besetzt.

Mit den oben beschriebenen Verdrängungsstrategien – Frauen werden sukzessive aus dem Arbeitsprozeß herausgedrängt – folgen Männer ihren eigenen Geschlechterinteressen in mehrfacher Weise, indem sie erstens Arbeitsplätze freimachen, zweitens Konkurrentinnen ausschalten und drittens der männlichen Geschlechtergruppe das notwendige reproduktive bzw. familiäre Umfeld sichern. So können sie wirtschaftliche Kriterien als alleinigen Maßstab für Leistungsanforderungen

durchsetzen, was den Gesetzen der Marktwirtschaft entspricht. Es sei jedoch hervorgehoben, daß ostdeutsche Männer, die jahrzehntelang an eine allgemeine Akzeptanz der Forderungen nach Gleichberechtigung gewöhnt waren, zumindest Verständnis für die Frauen äußern. In entsprechenden Untersuchungen wird auch von vielen Männern gefordert, Arbeitsplätze qualifikations- und leistungsgerecht zu vergeben – unabhängig vom Geschlecht²⁰.

In der Familie sind die Ansichten über die Berufstätigkeit der Frau ambivalent: Möglichst zwei Arbeitsplätze, zumindest aber einen, in der Familie zu sichern, ist derzeit das Wichtigste. Da Männer durchschnittlich mehr verdienen und zudem stärker unter einer vermeintlichen Prestigeeinbuße leiden, wird häufiger der Arbeitsplatzverlust für den Mann gewünscht, auch von Frauen. Aber der Verdienst des Mannes reicht oft nicht zur Sicherung des gewünschten Lebensniveaus, schon gar nicht vor dem Hintergrund der gestiegenen Ansprüche. Arbeitslosigkeit der Partnerin trifft also die Familie unmittelbar.

Bei Vollzeitarbeit beider Eltern ergeben sich für die Familie häufig enorme Belastungsprobleme. Für die Organisation der familiären Lebenswelt fehlt es heute vielfach an kommunalen Angeboten zur Unterstützung im sozialen Bereich. Die Unternehmen haben unter den Bedingungen eines äußerst harten Konkurrenzkampfes kaum noch Verständnis für die Schwierigkeiten der Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Für viele Alleinerziehende (vornehmlich Frauen) bedeutet dies das berufliche Aus.

Partner von vollerwerbstätigen Frauen mit Kindern können es meist nicht umgehen, bestimmte häuslich-familiäre Aufgaben zu übernehmen, was insbesondere von jungen Männern keineswegs nur negativ beurteilt wird. Untersuchungen am ehemaligen Zentralinstitut für Jugendforschung haben ergeben, daß Männer in der Beteiligung an familiären Aufgaben auch Gewinne sahen: Nähe zu den Kindern, Verständnis für die Situation der Frau, Selbständigkeit im Alltag, gemeinsame freie Zeit.

Vor der Wende mußte viel Zeit für Hausarbeit und Einkäufe aufgebracht werden – nicht zuletzt deshalb, weil es viele Dinge des täglichen Bedarfs oft einfach nicht zu kaufen gab. Heute stellen nach hinten verlegte Arbeits- bzw. Verfügbarkeitszeiten oder längere Arbeitswege für die Familien eine nicht minder große Belastung dar. Ohne Zutun der

Väter sind die Berufs- und Familienaufgaben nur schwer zu bewältigen. Wenn beide Partner Arbeitsplätze haben, wird häufig familiäre Aufgabenteilung praktiziert. Für einen beachtlichen Teil der ostdeutschen Familien mit kleineren Kindern gilt in etwa: Väter kümmern sich um Haushalt und Kinder, während Mütter Schichtdienst leisten, sie nehmen Urlaub zur Betreuung kranker Kinder, um den Arbeitsplatz der Frau nicht zu gefährden. Junge Männer, die noch vor der Familiengründung stehen, finden es „o.k., daß meine künftige Frau als Mutter arbeitet, wenn sie will“, erklären sich bereit, dabei ihren Part zu übernehmen. Bleibt abzuwarten, wie sie in der männlich-dominierten Marktwirtschaft gefordert werden und ob die jungen Frauen trotz aller Vorsätze nicht doch das Nachsehen haben werden. Tendenzen einer rückläufigen häuslichen Arbeitsteilung infolge Arbeitslosigkeit oder einseitig starker Berufsanforderungen bei einem(r) Partner(in) sind schon auszumachen. Neu ist auch, daß die Kinder stärker in die Hausarbeit einbezogen werden²¹: „Die Wäsche waschen jetzt bei uns die Kinder, da mein Mann und ich beruflich so lange unterwegs sind“, sagt beispielsweise eine Verkäuferin mit langen Geschäfts- und Wegezeiten.

Norm der Partnerbeziehungen ist mehr die Partnerschaftlichkeit als die Hierarchie. Das ergaben Untersuchungen in West und Ost bereits in den achtziger Jahren²². Die Berechtigung von Gleichstellungsforderungen kann nicht mehr übersehen werden, weder privat, noch öffentlich. Die Frauen in den neuen Bundesländern befinden sich durchaus in Einklang mit den auf sie bezogenen Rollenerwartungen der meisten Ost-Männer, wenn sie jetzt ihre Erwerbsrechte beanspruchen. Darauf verweisen unsere Untersuchungen von 1991 und 1992 übereinstimmend (Gruppendiskussionen und schriftliche Befragungen von Lehrlingen ebenso wie Interviews bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen vor und nach eingetretener Elternschaft). Väter von kleineren Kindern²³ nennen beispielsweise folgende Gründe dafür, daß Frauen keine längeren Arbeitsunterbrechungen über das Erziehungsjahr hinaus vornehmen sollten (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung): die Gefahr, den Arbeitsplatz oder den Anschluß an den Beruf einzubüßen, es sich finanziell nicht leisten zu können, keine attraktive Lebensperspektive im Hausfrauendasein zu haben, die Selbständigkeit als Frau zu verlieren.

21 Vgl. Moritz Jähmig, *Gespaltene Geschlechter?*, in: *Junge Welt* vom 14. November 1992, S. 26.

22 Vgl. S. Metz-Göckel/U. Müller (Anm. 19), S. 22–39; dazu auch *Lebensweise ...* (Anm. 4).

23 Vgl. Europäische Vergleichsstudie (Anm. 7).

20 Vgl. Europäische Vergleichsstudie (Anm. 7).

1990 betonten ostdeutsche Männer quer durch alle sozialen Schichten, daß sie für gleiche Chancen der Frauen im Beruf seien. Durchschnittlich 93 Prozent der Männer und 97 Prozent der Frauen äußerten sich in einer repräsentativen Umfrage Ende 1990 entsprechend. Weitere seitdem durchgeführte Studien bestätigen diesen Befund²⁴. Interessant ist, daß in den neuen Bundesländern viele Männer den gesunkenen Einfluß der Frauen auf Beruf und Arbeit negativ bewerten; er sollte sich wieder erhöhen. Lehrlinge äußern diese Ansicht, aber auch Ältere.

„Gespaltene“ Haltungen der Männer offenbaren sich, wenn es darum geht, die reale Arbeitsteilung im Beruf auszuhandeln. Nicht wenige junge Männer sehen für sich persönlich starke bis sehr starke Schwierigkeiten bei der Vorstellung, selbst arbeitslos zu sein, wenn die Ehefrau arbeitet. Die Furcht davor, daß die Partnerin arbeitslos werden könnte, ist in der Regel trotzdem sehr groß. Interessant ist, daß sich heute offenbar weniger Frauen als noch vor ein, zwei Jahren mit einem schlechten Gewissen plagen, wenn der Ehemann arbeitslos ist und sie selbst Arbeit haben.

Das in den vergangenen vier Jahrzehnten gewachsene wechselseitige Verständnis der Geschlechtergruppen nimmt ab, wenn es mit den eigenen Interessen kollidiert. Frauen, die ihren durchaus anerkannten Nachholbedarf bezüglich Gleichstellung aufholen wollen, können daher nur begrenzt auf Unterstützung der Männer rechnen. Indem sie ihre Interessen durchsetzen, beanspruchen sie nach Lage der Arbeitsteilung Ressourcen, über die Männer bereits verfügen oder über die sie verfügen wollen²⁵. Das ist unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen im Osten ganz besonders prekär.

VI. Die Haltungen der Frauen zur Gleichberechtigung

In der DDR galten Frauen als gleichberechtigt, aber sozial den Männern nicht gleichgestellt. Wichtige Merkmale der Gleichberechtigung, die

24 Vgl. DDR-repräsentative Meinungsumfrage M2 vom Januar 1990, Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, Leipzig 1990; vgl. auch Angaben in Anm. 4, 5, 7.

25 Vgl. Irene Dölling, Der aktuelle Geschlechterdiskurs und die Macht der Wissenschaft, in: K. F. Wessel/H. A. G. Bosinski (Hrsg.), Interdisziplinäre Aspekte der Geschlechterverhältnisse in einer sich wandelnden Zeit, Bielefeld 1992, S. 174.

zu den allgemeinen Menschenrechten zählen, waren trotz aller Probleme durchgesetzt, beispielsweise die Rechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Leben, Gesundheit, Entscheidung über den eigenen Körper, Wählen, Gewähltwerden sowie Beanspruchung sozialer Leistungen durch den Staat. Eine spezifische „Frauenfrage“ gab es offiziell nicht. Begriffe wie „Emanzipation“, „Geschlechterrollen“, „Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft“ tauchten im offiziellen Sprachgebrauch nicht auf. Für die jüngere Generation wurde der Anspruch auf gleiche Rechte und Chancen immer mehr zur Selbstverständlichkeit. Aber viele Frauen ab mittlerem Alter fühlten sich Ende der achtziger Jahre „um die Gleichberechtigung betrogen“, weil ihre Lebensbedingungen zu ungleichen Chancen geführt hatten, die Familien zu sehr belastet waren und sich für sie nichts mehr vorwärts bewegte.

Die in der hohen Frauenarbeitslosigkeit der neuen Bundesländer zum Ausdruck kommende Diskriminierung von Frauen im Wettbewerb um Arbeitsplätze geht zum Teil in den allgemeinen Alltags- und Krisenerscheinungen unter. Manches spricht auch dafür, daß Frauen ihre Benachteiligungen erkennen, aber hinnehmen, sich schließlich „zufriedengeben“ und die größer werdenden Geschlechterunterschiede zulassen werden²⁶. Brüche im Sozialverhalten vieler ostdeutscher Frauen sind offensichtlich: Waren sie früher selbstbewußt, forsch und durchsetzungsfähig, so sind sie heute öffentlich fast verstummt durch Belastungen, Ängste, Desorientierungen oder auch Hoffnungen. Ihre beruflichen Enttäuschungen äußern sich eher in Zukunftsängsten als in Frustration (wie bei Männern) oder in Wut. Das belegen unsere Untersuchungen²⁷. Andererseits ist aber der Berufsanspruch zu vehement, sind die mit dem Abschieben ins Hausfrauentasein entstehenden Schwierigkeiten zu groß, als daß Frauen keine Auswege finden müßten. Gegenwärtig suchen sie solche vor allem *gemeinsam mit dem Mann, nicht gegen ihn*.

Diese Haltung hat neben individuellen (Bequemlichkeit, „Urvertrauen“: „Die können uns doch nicht einfach ‚hängen‘ lassen“ usw.) auch allgemein historische Ursachen, solche, die mit der vierzigjährigen Sozialisation in der Gesellschaft DDR zu tun haben. Beispiele dafür sind:

- der Mythos von der erreichten Gleichberechtigung in der DDR, die Negierung und Tabuisierung

26 Vgl. Hildegard Maria Nickel, Soziologische Aspekte männlicher und weiblicher Identität, in: K. F. Wessel/H. A. G. Bosinski (Anm. 25), S. 224.

27 Vgl. Zugang zum ... (Anm. 5).

rung von Problemlagen, deren Verschleierung durch beständige gesamtgesellschaftliche Erfolgskontrollen – was kritische Sichtweisen der Frauen (wie auch der Männer) erschwerte, viele Menschen entmutigte und Gegenbewegungen hemmte²⁸;

- die Gleichheits- und Kollektivideologien der Gesellschaft, die nicht immer und nicht nur negativ empfunden und bewertet wurden, sondern auch mit positiven Erfahrungen verbunden waren;
- die Notwendigkeit (und die Erfahrung), Lebensprobleme verschiedenster Art besser gemeinsam mit dem Partner zu lösen;
- die Tatsache, daß der Arbeitsprozeß weitgehend frei von Konkurrenz war, daß es genügend Arbeitsplätze gab, die Arbeitskraft also nicht zu Markte getragen werden mußte;
- die geschlechtstypischen Sozialisationsbedingungen, unter denen Frauen – noch weniger als Männer – Wettbewerb und Konfliktaustragung üben konnten;
- die fehlende Erfahrung mit Demokratie und das daraus resultierende Ohnmachtsgefühl, nichts an den Verhältnissen ändern zu können;
- eine im Vergleich zu westlichen Ländern geringere und spät einsetzende Forschung zur sozialen Geschlechtertypik sowie eine sehr begrenzte öffentliche Diskussion über Geschlechterunterschiede oder eine „Frauen-“ und eine „Männerfrage“;
- erschwerte Kontakte und kaum innerer Zugang zu feministischen Sichtweisen in der Vergangenheit.

Wenn Frauen (und Männer) die Widersprüche nicht lösen können, die im Zusammenhang mit den Veränderungen der Geschlechterverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt auftreten, dann wird mit negativen Folgen zu rechnen sein: Frust, Gewalt, Spannungen in Familien bis hin zu innerem Zerfall, Hoffnungslosigkeit, Krankheiten mit verschiedensten Folgen, Absturz in Isolierung oder Armut, gärende Unzufriedenheit, die sich Auswege sucht. Veränderungen der Sozialstruktur innerhalb Ostdeutschlands sind zu erwarten. Frauen werden stärker als bisher und als Männer in untere Qualifikationsgruppen geraten, was sich negativ auf ihr Sozialprestige auswirkt. Familiengründungen erfolgen später oder auch in geringerem Maße.

²⁸ Vgl. Hildegard Maria Nickel, Frauen in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90, S. 39 ff.

Eine Angleichung der „weiblichen“ Erwerbsquote Ost (ehemals 91 Prozent) an die Erwerbsquote West (54 Prozent) dürfte keine Lösung sein, da sowohl die historischen Erfahrungen und daraus gewachsenen Ansprüche als auch die gegenwärtige Lebenslage der Frauen und Männer in beiden Landesteilen sehr unterschiedlich sind.

VII. Tendenzen und mögliche Ansätze

Geschlechterverhältnisse existieren auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene als soziale Ungleichverhältnisse. Gegenwärtig wachsen in den neuen Bundesländern die sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen. Das wird nach den vorliegenden empirischen Belegen von einer Mehrheit der Bürger Ostdeutschlands nicht akzeptiert. Zunehmend öffnet sich eine Schere zwischen dem Anspruch an und der Wirklichkeit von beruflicher Gleichberechtigung im Bewußtsein von Frauen aber auch Männern.

Aktuelle Möglichkeiten für VertreterInnen von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft liegen m.E. darin, die Verhältnisse, wie sie nun einmal in den neuen Bundesländern vorzufinden sind, zur Kenntnis zu nehmen und dementsprechend nach adäquaten, d.h. neuartigen Lösungen zu suchen. Das ist gegenwärtig zweifellos sehr schwierig, weil sich alles an Arbeitsplätzen festmacht und kurzfristig eine Wirtschaftsentwicklung mit Vollbeschäftigung für Frauen und Männer nicht in Aussicht ist. Dessenungeachtet könnten und müßten Politiker Weichen stellen. Es geht m.E. mittelfristig um zwei grundsätzliche parallele Lösungswege: *erstens* die weitere soziale Differenzierung nach dem Geschlecht aufzuhalten und im Osten eine echte Wirtschaftsentwicklung, vor allem im produktiven Bereich und mit Arbeitsplätzen, zu fördern, *zweitens* die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mindern.

Im einzelnen wäre wichtig,

- die massenhafte Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsprozeß zu stoppen und neu zu besetzende Arbeitsplätze ohne Diskriminierung der Frauen zu vergeben (denkbar wäre, dies durch gesetzliche Regelungen, Sanktionen, Fördermaßnahmen usw. zu beeinflussen);
- ein Umfeld zu erhalten bzw. neu zu gestalten, das Familien – Müttern und Vätern – die Erwerbstätigkeit erlaubt, und zwar nicht auf

Kosten der Kinder (hierzu gehören neue Dienstleistungsangebote, das Recht auf bezahlbare und brauchbare Kindereinrichtungen, flexible Arbeitszeiten und weitere Erleichterungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf);

- eine Infrastruktur für die Gestaltung der Freizeit und die Lebensbewältigung ohne Erwerbsarbeit zu schaffen, für Kontakte und soziale Netze innerhalb sowie zwischen unterschiedlichen Frauen- und Männergruppen – die Ansprechmöglichkeiten bietet, das Gefühl von Gebrauchtwerden vermittelt, bei der Entwicklung neuer Orientierungen hilft ...;

- eine größere Öffentlichkeit für differenzierte Frauen- und Männerinteressen herzustellen sowie

- in den Ländern und Kommunen mehr rechtliche Möglichkeiten zur Realisierung von Gleichstellung zu eröffnen.

Längerfristig können Veränderungen in der Bewertung und Aufteilung von Erwerbs- und „Lebensarbeit“ sowie von produktiver und reproduktiver Tätigkeit, unter Wahrung gleicher Rechte für Männer und Frauen, die Geschlechterverhältnisse weiterentwickeln.

„Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen . . .“ Frauen als Wendeverliererinnen?

I. Vorbemerkungen

Der Nachsatz zu obigem Motto aus einem aktuellen Programm des Kabarets „Die Distel“ lautet, die deutsche Einheit zeige, daß den Männern ein Lustgewinn auch ohne Frauen möglich sei. Dies ist wohl überzogen: Katerstimmung macht sich geschlechtsunspezifisch breit. Der Prozeß des „Zusammenwachsens dessen, was zusammengehört“ ist schmerzhafter und langwieriger als versprochen und erhofft. Gerade darum ist darüber nachzudenken, was an der häufig zu hörenden These von den „Frauen als besonderen Verliererinnen im Einigungsprozeß“ dran ist.

Die folgenden Ausführungen – entstanden aus einer kleinen Pilotstudie für die Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Frauen, Arbeit, Familie“ – messen einige aktuelle Entwicklungen an einem klar vorgegebenen Maßstab. In Artikel 31 (1) des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 heißt es: „Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.“ In Absatz 2 wird explizit auf ein zentrales Problem verwiesen. „Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, angesichts unterschiedlicher rechtlicher und institutioneller Ausgangssituationen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten.“ Damit ist die Meßlatte recht hoch gelegt. Der Bund hat z. B. in der Vergangenheit ziemlich locker EG-Beschlüssen und Richtlinien zugestimmt – sie politisch mitgetragen¹ –, die genau den Inhalt von Artikel 31 (2) Einigungsvertrag zum Gegenstand hatten. Die Realität hinkt aber in allen EG-

Ländern hinter diesen die Gleichstellungsfrage betreffenden Ansprüchen her; gerade auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt bleibt hier noch viel zu tun. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland.

Mit der Herbstrevolution 1989 bzw. der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 ist dieses Problem auf einer ganz anderen Ebene neu aufgeworfen worden. In den alten Ländern stellen sich viele z. B. die Frage, warum ein desolates Staats- und Wirtschaftssystem wie das der DDR doch immerhin quantitativ gesehen in der Lage war, ein so gut ausgebautes System an Kinderbetreuungseinrichtungen zu entwickeln. Für die ostdeutschen Familien (ob „vollständig“ oder nicht) stellt sich die Frage, was aus diesen Einrichtungen wird. Hinzuzufügen ist die berechtigte Frage westdeutscher Frauen bzw. Familien nach entsprechenden Angeboten in den alten Bundesländern. Institutionelle Betreuungsangebote für Kinder sind dabei wohl gemerkt nur die Spitze eines Eisbergs, an dem Artikel 31 Einigungsvertrag aufzulaufen droht: Die Thematik eines generellen Rechts auf Arbeit, des beruflichen Aufstiegs, Gestaltungsfragen der Arbeitszeit für Väter und Mütter, Lohndiskriminierung, Probleme des Wiedereinstiegs von Frauen in den Beruf, die eine „Familienphase“ einlegen, die sozialversicherungsrechtliche Absicherung derselben – das sind nur einige der Facetten, die hier mitgedacht werden müssen.

Im folgenden soll, vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktentwicklung, die Frage im Zentrum stehen, wie es mit dem Angebot an und der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen sowie ihrer Akzeptanz in den neuen Ländern weitergeht. Dieses Problem ist nicht nur politisch hochaktuell, es herrscht auch in der Öffentlichkeit große Unklarheit über die tatsächliche Situation und die Perspektiven dieser für die berufliche Zukunft der ostdeutschen Frauen so wichtigen Institutionen.

¹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Beschäftigung in Europa 1990, Luxemburg 1990, S. 87ff.; dies., Beschäftigung in Europa 1991, Luxemburg 1991, S. 143ff.

II. Die These von den Frauen in den neuen Ländern als „Verliererinnen“

„Die Verliererinnen der Einheit“ titelte der „Stern“ im Herbst 1992 mit der Unterzeile „In der DDR hatten sie alle einen Job und fühlten sich anerkannt. Heute sind zwei Drittel der Arbeitslosen in Ostdeutschland Frauen – und ohne Perspektive.“² Gisela Notz schreibt: „Frauen werden die Hauptleidtragenden sein, wenn sie sich nicht massiv zur Wehr setzen. Alle Fakten deuten darauf hin, daß sie – nach westlichem Vorbild – auch in der ehemaligen DDR die wiedergeschaffenen unbezahlten Arbeitsplätze in Küche und Kinderzimmer übernehmen sollen.“³

Natürlich ist – wenn die Frage nach „VerliererInnen“ der Einheit gestellt wird – zu bedenken, daß die Wende in der DDR und die „Einheit“ von der Mehrheit der Ostdeutschen (auch der Frauen, wengleich etwas reservierter) gewünscht war⁴ und daß die Wende auch materielle Vorteile wie z. B. die bis dahin nicht vorhandene Reisefreiheit und Konsumangebote gebracht hat⁵. Auch ist vor der in der öffentlichen Diskussion oft zu beobachtenden Polarisierung durch Betonung von Einzelaspekten zu warnen. Weder darf die soziale Lage der Frauen/Familien in der DDR im Nachhinein idealisiert werden, noch ist es erträglich, die Sozialleistungen in der DDR durch Setzung von Anführungsstrichen⁶ zu desavouieren⁷. Nach der friedlichen Revolution von 1989 und nach dem

2 Christine Claussen/Karola Menger/Heide-Ulrike Wendt, Die Verliererinnen der Einheit, in: Stern, Nr. 46 vom 5. November 1992, S. 120 ff.

3 Gisela Notz, Frauen in den neuen Ländern. (Haus-)Wirtschaft ist keine Alternative, in: Werner Schulz/Ludger Volmer (Hrsg.), Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Umbau-Konzepte für die fünf neuen Länder, Berlin 1992, S. 155.

4 Vgl. Irene Zierke, Neue Erfahrung Arbeitslosigkeit: Wer sind die Wendeverlierer?, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37 (1991) 11/12, S. 746.

5 Vgl. Ursula Schröter, Zur subjektiven Reflexion der sozialen Veränderungen, in: Institut für Sozialdatenanalyse e. V. (Hrsg.), Zu Lebenslagen, Einstellungen und Wertorientierungen von Ost-Frauen Anfang der neunziger Jahre, Berlin 1992, S. 14f.

6 Vgl. z. B. Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Soziale Leistungen („Errungenschaften“) in der DDR, Info-Brief DDR-14, Bonn 1990.

7 Vgl. Ingeborg Nahnsen, Die Gefährdung sozialpolitischer Gestaltungsspielräume durch die Diskreditierung sozialpolitischer Muster als SED-spezifisch, in: Mitteilungsblätter des Forschungsinstituts für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e. V., (1991) 49, S. 45 ff.

Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 waren die Karten neu gemischt: „Frauen sind es vor allem, die beim Übergang von einer total heruntergekommenen Planwirtschaft in die moderne marktwirtschaftliche Gesellschaft der vereinigten deutschen Bundesrepublik aufgrund der geschilderten sozialen Benachteiligung jetzt die eindeutig schlechteren Startchancen haben. Sie sind es, die primär von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Unter ihnen vor allem die alleinerziehenden Frauen mit Kleinkindern und die über 50jährigen, die vorrangig in den Bereichen der Verwaltung bzw. den nicht mehr zu haltenden völlig veralteten Bereichen der Wirtschaft tätig waren“⁸, schrieb Marina Beyer im Vorwort zum „Frauenreport '90“. Ein Ergebnis solcher empirisch fundierter Bemühungen zur retrospektiven Klärung der sozialen Lage der Frauen in der DDR⁹ ist die Erkenntnis: *Die Lage der Frauen in der DDR war trotz aller Bemühungen unter Gleichstellungs-/Gleichberechtigungsaspekten ambivalent.*

III. Frauen und Arbeitsmarkt in den neuen Ländern

1. Hohe Erwerbsorientierung der Frauen

Erwerbstätigkeit von Frauen, auch von Müttern kleiner Kinder, war in der DDR vor der Wende gesellschaftliche Norm. In der alten Bundesrepublik und in den anderen Staaten der EG ist allerdings auch ein anhaltender Prozeß des Anstiegs der Frauenerwerbstätigkeit und eine steigende Akzeptanz dieser langsamen, aber tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung feststellbar.

Für die DDR zeigt eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen einhellig eine hohe Arbeits- bzw. Erwerbsorientierung bei beiden Geschlechtern. Auch wenn bei der Analyse der Ergebnisse der DDR-Arbeitssoziologie ein gewisses Maß von Hypostasierung (ideologischer Überhöhung) der Arbeit in den Methoden und vor allem in der Ergebnispräsentation und -interpretation beachtet wer-

8 Marina Beyer, Vorwort, in: Gunnar Winkler (Hrsg.), Frauenreport '90, Berlin 1990, S. 10.

9 Vgl. etwa auch in kürzerer Darstellung Hildegard Maria Nickel, Zur sozialen Lage von DDR-Frauen, in: Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.), Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, Frankfurt am Main u. a. 1991, S. 149 ff.; unter Einbezug der neueren Entwicklungen: U. Schröter (Anm. 5).

den muß¹⁰, so gilt dennoch: Erwerbstätigkeit war – trotz aller Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Doppelbelastungen und des nicht ausreichenden Angebots an z.B. Teilzeitarbeitsplätzen – für die DDR-Frauen selbstverständlich. Auch nach der Wende hat sich an dieser Haltung nichts verändert. „Ein Hausfrauendasein ist im subjektiven Wertgefüge der Frauen nach wie vor ebenso gering fundamentierte wie eine Meinungsunsicherheit in dieser Frage.“¹¹ Das Institut für Demoskopie Allensbach stellte in einer Umfrage im Frühjahr 1992 fest, daß nur vier Prozent der befragten Frauen in den neuen Bundesländern sich die Rolle „Nur-Hausfrau“ wünschen würden¹². Stellvertretend für viele weitere ähnliche Befunde zeigt Tabelle 1 die Zustimmungswerte zu einigen diesbezüglichen Statements aus einer Umfrage vom Herbst 1991. Befragt wurden 1661 westdeutsche und 952 ostdeutsche Frauen und Männer.

Aus Tabelle 1 geht hervor, daß die gesellschaftliche Akzeptanz der Frauenerwerbstätigkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sehr hoch ist, wobei sie in den neuen Bundesländern noch etwas ausgeprägter ist. Mit einem gewissen Rückstand setzt sich dieses Denken auch bei Männern durch, wobei Ulrich Becks Diagnose zu bedenken ist: „Wir stehen . . . – mit allen Gegensätzen, Chancen und Widersprüchen – erst am *Anfang* der Freisetzung aus den ‚ständischen‘ Zuweisungen des Geschlechts. Das Bewußtsein ist den Verhältnissen vorweggeeilt. Daß die Uhren des Bewußtseins zurückgedreht werden können, bleibt unwahrscheinlich.“¹³ Dafür spricht auch, daß die „Widersprüche“ in Tabelle 1 – z.B. beim Statement zum finanziellen Erwerbsmotiv oder bezüglich der Geschlechterkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Kontrast zu den 96 bzw. 99 Prozent Zustimmung zum ersten angeführten Statement – vor allem auf die Äußerungen von älteren Befragten zurückzuführen sind.

Vor diesem Hintergrund einer breiten (und im Osten praktisch völligen) Verankerung von Er-

werbstätigkeit als Bestandteil auch weiblicher Lebensentwürfe ist die Arbeitsmarktentwicklung zu sehen.

2. Frauen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern

Von der Pflicht zur und dem Recht auf Arbeit des Artikels 24 der DDR-Verfassung ist nicht viel geblieben. Die Zahl der Beschäftigten hat sich in den neuen Bundesländern in besonders schneller Weise verringert. Sogar in der GUS ist dieser Prozeß, wie schwierig der Vergleich auch sein mag, bisher langsamer vonstatten gegangen. So waren in der gesamten Russischen Föderation am 1. Juli 1992 insgesamt 779 900 Arbeitssuchende registriert (neue Bundesländer: 1,1 Mio.). Davon waren 202 900 arbeitslos gemeldet; das entspricht allerdings einer Verdreifachung gegenüber dem 1. Januar 1992¹⁴.

Ende Dezember 1992 waren in den neuen Bundesländern 1 100 749 Arbeitslose registriert¹⁵. 703 513, also 63,9 Prozent, unter ihnen waren Frauen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote für Männer und Frauen seit Juni 1990. Der geschlechtsspezifische Unterschied ist evident: Im Dezember 1992 lag die Arbeitslosenquote der Männer bei 9,7 Prozent, die der Frauen war mit 18,6 Prozent fast doppelt so hoch. Im Bundesgebiet West lag die Arbeitslosenquote im Dezember 1992 bei 7,1 Prozent für Männer und 7,8 Prozent für Frauen, der Frauenanteil an den registrierten Arbeitslosen betrug 44,2 Prozent. Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit: In den alten Ländern erscheinen viele Personen im erwerbsfähigen Alter, die *faktisch* arbeitslos sind, nicht in der Arbeitslosenstatistik. Angehörige dieser Personengruppe wären laut Definition des Arbeitsförderungsgesetzes zwar durchaus arbeitswillig bzw. -fähig, ja sie wären sogar „verfügbar“. Sie sind jedoch – wegen subjektiv empfundener oder objektiv gegebener Aussichtslosigkeit des Unterfangens einer Arbeitsplatzsuche, zu geringen Vertrauens in die Vermittlungskünste der Arbeitsverwaltung, Unkenntnis, fehlender Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe usw. – nicht als arbeitslos registriert. Das ist – stark vereinfacht – der Kern des in der breiten Öffentlichkeit so wenig verstandenen Begriffs der „stillen Reserve“. Auch in den neuen Bundesländern gibt

14 Vgl. Staatskomitee für Statistik, Die wirtschaftliche Lage der Russischen Föderation im 1. Halbjahr 1992, Moskau 1992, S. 9 (in russisch).

15 Vgl. dazu und zum folgenden v. a. Bundesamt für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Aktuelle Daten für das Bundesgebiet Ost, Nürnberg, versch. Ausgaben.

10 Vgl. dazu und mit Ergebnisbeispielen Ernst Kistler/Karl-Heinz Streh, Die Sonne der Arbeit – Arbeitseinstellungen als Forschungsgegenstand im Transformationsprozeß, in: Dieter Jaufmann u. a. (Hrsg.), Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Frankfurt am Main–New York 1992, S. 155 ff.

11 Gunnar Winkler, Frauenreport '91 Brandenburg – Überblick über ausgewählte Ergebnisse – in: Umbruch, (1992) 3, S. 13.

12 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbacher Berichte, (1992) 14, S. 3. Der entsprechende Wert im Westen lag bei 6 Prozent.

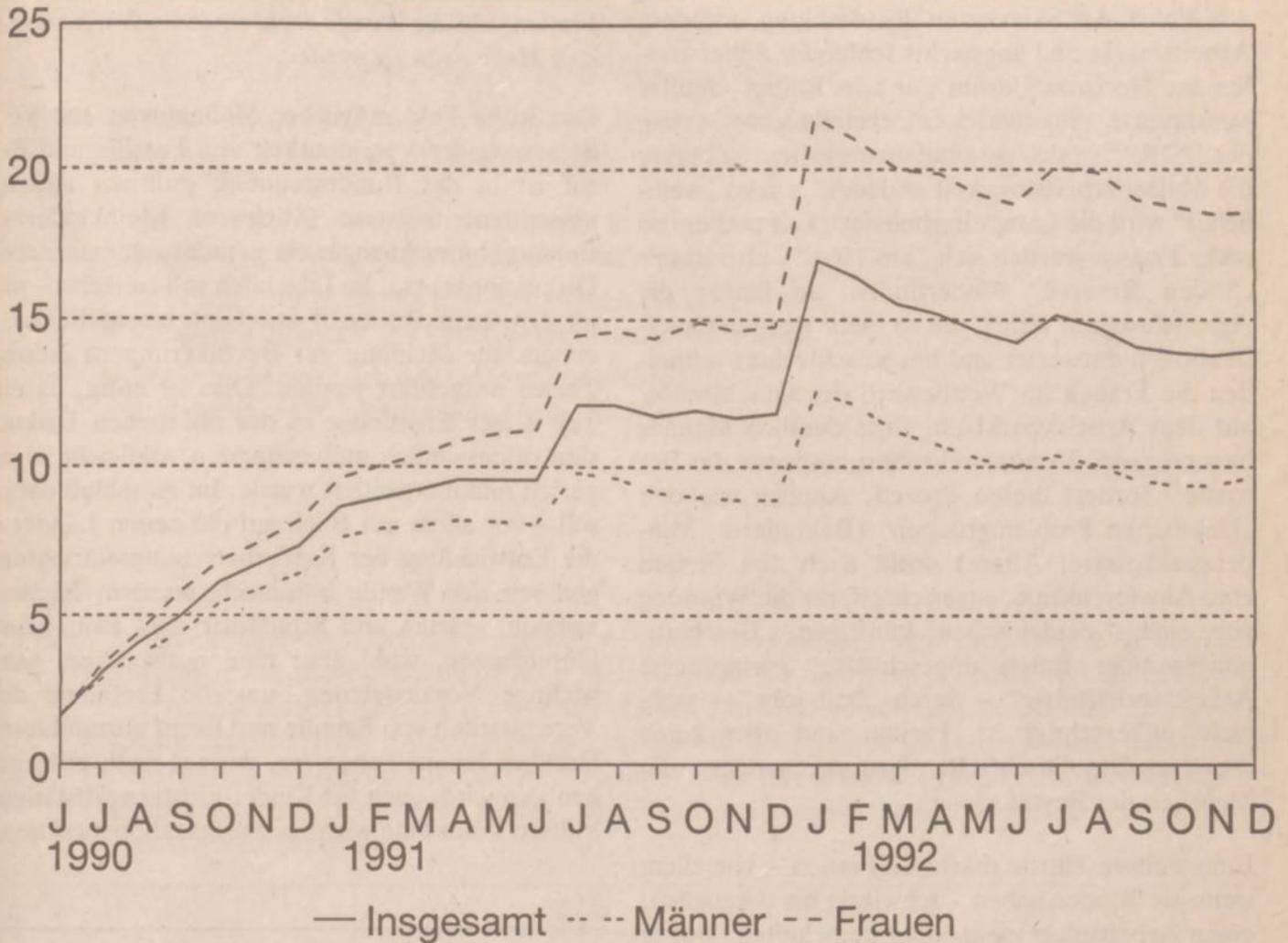
13 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 162.

Tabelle 1: Gesellschaftliche Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Frauen
(Angaben in Prozent)

	West			Ost		
	insg.	männlich	weiblich	insg.	männlich	weiblich
Frauen haben genauso das Recht, am Arbeitsleben teilzunehmen, wie die Männer.	96	96	96	99	99	99
Gerade heute bei der hohen Arbeitslosigkeit wäre es besser, wenn weniger Frauen arbeiten würden.	34	37	32	20	24	16
Ich finde es gut, wenn Frauen sich nicht nur für Küche und Kinder interessieren, sondern Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung durch Berufstätigkeit finden.	82	78	85	94	95	94
Bei alleinstehenden Frauen, oder aber wenn bei verheirateten Frauen die Kinder versorgt sind und die Hausarbeit nicht darunter leidet, habe ich gegen eine Berufstätigkeit nichts einzuwenden.	85	84	87	89	87	92
Unsere Berufswelt ist viel zu sehr von den Männern geprägt, ich glaube, daß ein größerer Anteil Frauen sich positiv auswirken würde.	72	60	83	81	77	84
Wenn es aus finanziellen Gründen nicht notwendig ist, sollen Frauen nicht arbeiten.	45	48	42	33	38	28
Ich finde, Frauen mit Kinder(-wunsch) bzw. Familie(-nwunsch) und Berufsabsichten sollten für ihre Mutter- und Hausfrauenrolle Unterstützung erhalten, um unter gleichen Bedingungen wie Männer arbeiten zu können.	79	74	84	86	84	88
Solange Frauen nicht versuchen, Berufe und Positionen anzustreben, für die Männer eigentlich besser geeignet sind, habe ich nichts dagegen.	47	48	46	38	46	31
Ich finde es gut, wenn Frauen dazu beitragen, den Lebensstandard in der Familie zu erhöhen.	87	84	89	95	94	96
Wenn Frauen arbeiten gehen, dann schadet das dem Familienleben.	44	48	40	19	22	17
Ich finde es gut, wenn Frauen vom Einkommen ihrer Männer unabhängig sind.	82	78	86	90	85	93

Quelle: Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES), eigene Darstellung nach Basis Research, Trendmonitor II 1991 (n = W: 1661; O: 952).

Abbildung 1: Geschlechtsspezifische Arbeitslosenquoten in den neuen Bundesländern von Juni 1990 bis Dezember 1992 (Angaben in Prozent)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Angabe der Bundesanstalt für Arbeit.

es diese „Reserve“, aber (sie ist momentan schwer meßbar) sicherlich (noch) in nur geringem Ausmaß. Solange Ansprüche auf Arbeitslosengeld, z.T. auch Arbeitslosenhilfe bestehen, dürfte dieses Problem (auch bei Frauen) nicht oder nur am Rande bestehen.

Allerdings ist mit Blick auf die neuen Länder deutlich darauf zu verweisen (ohne in Vergessenheit geraten lassen zu wollen, daß die Arbeitslosigkeit im Westen seit vielen Jahren trotz aller Zunahme der Zahl der Beschäftigten skandalös weit am Ziel des „hohen Beschäftigungsstandes“ des § 1 Stabilitätsgesetz von 1967 vorbeigeht), daß die Arbeitsmarktbilanz in Ostdeutschland noch viel brisanter ist, als es die Arbeitslosenstatistik offenbart. Die Situation kann – ohne zu übertreiben – als „dramatisch“ bezeichnet werden: Neben den registrierten Arbeitslosen gab es im Dezember 1992 578 090 EmpfängerInnen von Altersübergangsgeld, also vorzeitig aus dem Erwerbsleben und damit der Arbeitslosenstatistik ausgegliederte, 354 864 im

Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) „geparkte“, rund eine halbe Million in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung „beschäftigte“ Frauen und Männer sowie noch eine viertel Million KurzarbeiterInnen, Pendler/Migranten usw. Hinzu kommt z.B. ein überproportionaler Rückgang des Frauenanteils in höher qualifizierten Berufen, eine Abnahme der Anzahl der ohnehin knappen Teilzeitarbeitsplätze und die Verdrängung der Frauen in schlechtere Beschäftigungsverhältnisse¹⁶. Die Erfolgsquote im Sinne einer Weiter- bzw. Wiederbeschäftigung nach Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen liegt bei Männern deutlich höher als bei Frauen¹⁷.

16 Vgl. o. V., Umbruch am ostdeutschen Arbeitsmarkt benachteiligt auch die weiterhin erwerbstätigen Frauen – dennoch anhaltend hohe Berufsorientierung, in: DIW-Wochenbericht, 59 (1992) 18, S. 235 ff.

17 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, IAB-Werkstattbericht, (1992) 14.

3. Das Ende des „Gleichstellungsvorsprungs“?

Als Folge der skizzierten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und angesichts fehlender Silberstreifen am Horizont¹⁸ droht der von Rainer Geißler konstatierte relative „Gleichstellungsvorsprung der DDR“¹⁹ in sich zusammenzubrechen. Je länger die Massenarbeitslosigkeit andauert, um so „weiblicher“ wird die Langzeitarbeitslosigkeit und um so mehr Frauen werden sich „am Herd“, also in der „Stillen Reserve“ wiederfinden. Je länger die Arbeitslosigkeit währt, um so mehr werden Qualifikationen entwertet und um so schlechter schneiden die Frauen im Wettbewerb der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt ab. Eine deutlich Männer bevorzugende Personalrekrutierungspraxis der Betriebe²⁰ fördert diesen Prozeß. Ähnlich wie den „klassischen Problemgruppen“ (Behinderte, Minderqualifizierte, Ältere) droht auch den Frauen eine Abwärtsspirale, angesichts derer die Warnung vor einem ostdeutschen künftigen „Beschäftigungswunder durch ungeschützte, geringfügige Arbeitsverhältnisse“ – durch „bad jobs“ – wohl nicht unberechtigt ist. Frauen sind aber keine arbeitsmarktpolitische Randgruppe, sondern die Mehrheit der Bevölkerung.

Eine weitere Hürde macht es Frauen – vor allem wenn sie Kinder haben – schwierig bis unmöglich, einen Arbeitsplatz zu er- oder zu behalten: Das in der DDR geschaffene dichte Netz von Regelungen und Hilfen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auf dessen bekannte Qualitätsmängel hier nicht eingegangen werden soll) ist löcherig geworden und droht jetzt zu zerreißen. Damit soll nicht implizit gesagt werden, daß das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Frauenproblem sein sollte: Gleichstellung würde heißen, daß sich Männer und Frauen die Produktions- und die Reproduktionsarbeit teilen. Die genannten Hilfen entsprechend § 3 des Arbeitsgesetzbuches der DDR waren in ihrer Konzentration auf die Mütter Ausdruck einer „patriarchalischen Politik für die Frauen“, aber sie ermög-

lichten es ihnen, einem Beruf nachzugehen. Die Vereinbarkeitsfrage war faktisch ein Problem der Frauen; *seit der Wende droht sie in noch viel stärkerem Maße dazu zu werden.*

Das weite Feld möglicher Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Bundesrepublik politisch äußerst umstritten; teilweise (Stichwort Kleinkinderbetreuung) herrscht sogar ein geradezu dogmatisches Diskussionsklima. Im folgenden soll zunächst – unter erneutem Rückgriff auf Umfrageergebnisse – einiges zur Meinung der Bevölkerung zu diesem Thema ausgeführt werden. Dies ist nötig, da ein Teil dieser Ergebnisse in der politischen Diskussion offensichtlich mißverstanden, vielleicht sogar gezielt mißinterpretiert wurde. Im Anschluß daran soll – vor allem mit Blick auf die neuen Länder – die Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen seit der Wende untersucht werden. Kinderkrippen, -gärten und Schulhorte sind zwar keine hinreichende, wohl aber eine notwendige, ganz wichtige Voraussetzung, um die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzumildern. Darüber hinaus haben sie, worauf noch einzugehen sein wird, auch für Kinder nichterwerbstätiger Mütter/Väter eine wichtige Sozialisationsfunktion.

IV. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Einige Sichtweisen der ost- und westdeutschen Bevölkerung

Für Aufsehen und anhaltende Aufmerksamkeit sorgte im Frühjahr 1991 die Veröffentlichung eines Ergebnisses aus einer Infas-Umfrage vom Oktober/November 1990. Danach plädierten zwar nur drei Prozent der befragten ostdeutschen Frauen für die „Hausfrauenrolle“, 50 Prozent stimmten aber für eine nur kurz unterbrochene, ansonsten durchgängige Erwerbstätigkeit und 46 Prozent stimmten dem Statement „Die Frau unterbricht die Erwerbstätigkeit für einige Jahre, wenn sie Kinder hat, und kehrt später in den Beruf zurück“ zu (vgl. Tabelle 2, oberer Teil). Infas kommentierte damals: „Es fällt auf, daß die Attraktivität des Drei-Phasen-Modells (gemeint ist: Berufstätigkeit-Kinderpause-Berufstätigkeit, A.d.V.) in Ost und West ziemlich gleich stark zu sein scheint...“²¹ Diese Interpretation wurde in kon-

18 Vgl. Dieter Jaufmann/Ernst Kistler, „Einig Vaterland“: Eine Frage der Zeit?, in: Wechselwirkung, 14 (1992) 56, S. 17ff.

19 Vgl. Rainer Geißler, Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und im vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14–15/91, S. 23f.; ders., Die Sozialstruktur Deutschlands: Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992, S. 259ff.

20 Von 671 900 Arbeitsvermittlungen der Arbeitsämter im Jahre 1991 waren 39 Prozent Frauen. Ihr Anteil an Eintritten in ABM lag nur bei 37 Prozent. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Arbeitsmarkt 1991. Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer, Nürnberg 1992, S. 815.

21 Infas, Frauen in den neuen Bundesländern im Prozeß der deutschen Einigung (Materialien zur Frauenpolitik, [1991] 11, BMFJ, Bonn 1991, S. 37.

Tabelle 2: Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Meinungen
(Angaben in Prozent)

Infas-Umfrage 1990 (Herbst 1990, Frauen 16–60 Jahre, nur Ost)

Frage: „Frauen stehen häufig vor der Frage, wie sie Beruf und Familie vereinbaren sollen. Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Welche davon halten Sie für erstrebenswert?“

- Die Frau ist berufstätig, eventuell auch in Teilzeitarbeit, unabhängig davon, ob sie Kinder hat oder nicht. 50
- Die Frau unterbricht die Erwerbstätigkeit für einige Jahre, wenn sie Kinder hat und kehrt später in den Beruf zurück. 46
- Die Frau widmet sich voll und ganz der Familie, auch wenn die Kinder aus dem Haus sind. 3
- Keine Angabe 1

IPOS-Umfrage 1991 (Herbst 1991, Männer und Frauen 16–69 Jahre)

Frage: „Vielen Frauen stellt sich die Frage, wie sie Beruf und Familie vereinbaren sollen. Welche der folgenden vier Möglichkeiten ist Ihrer Meinung nach für eine Frau die beste? Die Frau bleibt mit Ausnahme des gesetzlich vorgeschriebenen Mutterschaftsurlaubs berufstätig. Die Frau nimmt nach der Geburt des Kindes den in Zukunft dreijährigen Erziehungsurlaub und kehrt danach ins Arbeitsleben zurück. Die Frau unterbricht ihre Berufstätigkeit für längere Zeit und kehrt später ins Arbeitsleben zurück. Die Frau beendet nach der Geburt des Kindes die Berufstätigkeit für immer.“

	West			Ost		
	insg.	männlich	weiblich	insg.	männlich	weiblich
Mutterschaftsurlaub	7	9	5	12	13	12
Erziehungsurlaub	41	38	44	71	67	75
längere Berufspause	40	38	41	14	16	12
Beruf aufgeben	9	12	6	2	3	1

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Angaben der genannten Institute.

servativen politischen Kreisen – da in der Tendenz arbeitsmarktentlastend und kostensparend (für Kinderbetreuungseinrichtungen) – begierig aufgegriffen und – umgekehrt – von Frauenforscherinnen heftig kritisiert²². Die Kritik bezog sich insbesondere auf das Nichtfunktionieren dieses Drei-Phasen-Modells, da in der alten Bundesrepublik die Frauen nach der Kinderpause häufig nur noch, wenn überhaupt, geringe Beschäftigungschancen hatten und haben, und das in aller Regel nicht im erlernten Beruf, sondern unter- oder außerhalb der erworbenen Qualifikation²³.

Betrachtet man die gruppendifferenzierten Ergebnisse in den vorliegenden zugehörigen Tabellenwerken zu dieser Umfrage näher, so fällt weiterhin auf, daß der – methodisch unsauber und ungenau („für einige Jahre“) formulierten – zweiten Alternative von bestimmten Frauengruppen überproportional häufig zugestimmt wurde. Der Berufsunterbrechung auf „unbestimmte Zeit“ stimmten in dieser Umfrage vor allem 46- bis 60jährige Frauen (53 Prozent) und Rentnerinnen (56 Prozent) sowie Frauen, die keine Kinder unter 16 Jahren im Haushalt haben (51 Prozent), zu. Diese Beispiele illustrieren die methodische Unschärfe der Infas-Umfrage, mehr noch die Fahrlässigkeit im Umgang mit den gewonnenen Daten. So kann, so darf man Umfrageergebnisse nicht interpretieren, gar veröffentlichen; die Hintergründe sind zu komplex, die

22 Vgl. z.B. U. Schröter (Anm. 5), S. 8; Gisela Notz, Sie hat sich nicht gewehrt, nun kommt sie an den Herd, in: Umbruch, (1992) 3, S. 78f.

23 Vgl. ebd.

Tabelle 3: Meinungen zu Berufstätigkeit der Mutter und Kleinkinderbetreuung
(Angaben in Prozent)

<i>IfD-Allensbach-Umfrage 1992 (Frühjahr 1992; Männer und Frauen ab 14 Jahren)</i>						
Frage: „Man spricht oft davon, daß sich heutzutage die Rollen von Mann und Frau verändern. Ich lese ihnen jetzt verschiedenes vor und Sie sagen mir bitte zu jedem Punkt, wie sehr Sie zustimmen. Sie brauchen mir nur die Nummer auf der Liste anzugeben.“ Hier: „Ein Kleinkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist.“						
	West			Ost		
Stimme sehr zu	31			18		
Stimme zu	49			49		
Stimme nicht zu	13			27		
Stimme überhaupt nicht zu	1			1		
Weiß nicht	6			5		
<i>IPOS-Umfrage 1991 (Herbst 1991; Männer und Frauen 16–69 Jahre)</i>						
Frage: „Glauben Sie, daß es der Entwicklung eines Kindes schadet, wenn es vor dem Kindergartenalter außerhalb der Familie betreut wird, oder glauben Sie das nicht?“						
	West			Ost		
	insg.	männlich	weiblich	insg.	männlich	weiblich
Schadet	63	63	63	39	36	41
Schadet nicht	33	34	32	61	63	59
<i>Infas-Umfrage 1990 (Herbst 1990; Frauen 16–60 Jahre, nur Ost)</i>						
Frage: „Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob sie Ihrer Meinung nach zutrifft oder nicht zutrifft.“ Hier: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“						
	Frauen (Ost)					
Trifft zu	46					
Trifft teils zu, teils nicht zu	28					
Trifft nicht zu	24					
Weiß nicht/keine Angabe	2					

Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Angaben der genannten Institute.

Frageformulierung bzw. der Inhalt der Statements zu weich! Tabelle 2 enthält deshalb als Kontrast im unteren Teil Ergebnisse einer IPOS-Umfrage vom Herbst 1991, die die „gewünschte“ Dauer der Kinderpause etwas mehr konkretisiert. Es zeigt sich hier, daß für 12 Prozent der ostdeutschen Frauen – ob gezwungenermaßen oder nicht, kann hier nicht geprüft werden, dazu wären auch mehr offene Fragen in den Interviews nötig²⁴ – die

Mutterschutzfrist das Limit wäre. 75 Prozent halten die künftige Dreijahresfrist des Erziehungsurteils für den richtigen Zeitrahmen; nur 12 Prozent plädieren für eine längere Berufspause. Vor allem die Ost-West-Ergebnisunterschiede sprechen für sich.

Tabelle 3 – in aller aus Platzgründen gebotenen Kürze nur vorgestellt, nicht interpretiert, nicht methodisch hinterfragt und somit dem Leser zum Weiterdenken überlassen – ist ein weiteres Beispiel der Gegenüberstellung von verschiedenen Umfrageergebnissen, hier zu der „ideologischen“

²⁴ Vgl. dazu Peter Atteslander, Offene Fragen über die Schwierigkeiten, bei Umfragen offene Fragen zu stellen, in: D. Jaufmann u. a. (Anm. 10), S. 25 ff.

Frage der außerfamilialen Kleinkinderbetreuung. Kurze Hinweise seien im folgenden angeführt:

1. Die Zahlen zeigen in Abhängigkeit von der jeweiligen Umfrage deutliche Unterschiede in der Bewertung institutioneller Betreuung von Kleinkindern. Ein Herausgreifen der Ergebnisse eines Instituts verbietet sich von selbst – obwohl gerade dies alltäglich in Presse und Politik geschieht. Je mehr die vorgegebenen Statements offensiv formuliert werden (vgl. IfD-Allensbach 1992 und Infas 1990), um so mehr geht bei den befragten ostdeutschen Frauen in ihr Urteil offensichtlich das Erinnern an Zeitengpässe, an qualitative Unzulänglichkeiten des „alten Systems“ ein. Bei „weiche- ren“ Fragekonstruktionen (vgl. IPOS 1991) stellen sich die Ergebnisse anders dar. Vor diesem Hintergrund ist ein differenzierterer Umgang sowohl der Demoskopien als auch der Politiker mit solchen Themen zu fordern.
2. Die Ergebnisse der IfD-Allensbach-Umfrage 1992 und der IPOS-Umfrage 1991 (sowie eine Reihe weiterer einschlägiger Umfrageergeb- nisse) deuten auf eine wesentlich höhere Ak- zeptanz institutioneller, außerfamilialer (Klein-) Kinderbetreuung in den neuen Ländern hin als im Westen. Dies fügt sich ins Bild vielfältiger anderer Befunde: Kindereinrichtungen zählen zu den DDR-Einrichtungen (vor allen anderen wie Sero-Sammelstellen, Polikliniken usw.), die die Ostdeutschen unbedingt erhalten (95 Prozent) wollten²⁵. Das Thema Kinderein- richtungen hat – nach dem Thema Gewerbege- biete – in ostdeutschen Kommunalparlamenten eine sehr hohe Bedeutung.

V. Die Zukunft der Kindereinrichtungen als ein wichtiger Prüfstein der Qualität der Deutschen Einheit

Angesichts unterschiedlicher Ausgangssituationen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern muß die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestaltet werden, heißt es in Artikel 31 Einigungsvertrag. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist er- stens in der „Garantie eines Kindergartenplatzes“

25 Vgl. Thomas Gensicke, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren, Speyerer For- schungsberichte Nr. 109, Speyer 1992, S. 40.

für alle Kinder der entsprechenden Altersjahr- gänge – auch in den alten Bundesländern – zu se- hen, die im neugefaßten § 218 StGB enthalten ist. Zweitens hat nicht nur das Deutsche Jugendinsti- tut, sondern auch der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen ganz deutlich auf die pädagogische und sozialisationsbezogen unabdingbare Bedeu- tung von außerfamilialen Kinderbetreuungsein- richtungen – gerade in einer Zeit, in der die Ein- Kind-Familien dominieren – verwiesen²⁶. Es ist hier weder Ort noch Raum, die entsprechende pädagogische Kontroverse zwischen Ideologen und Fachleuten nachzuzeichnen und zu diskutie- ren. Überzeugend erscheint uns aber das abwä- gende Fazit von Rosemarie Nave-Herz, der Leite- rin des Instituts Frau und Gesellschaft, daß auch für Kleinkinder entsprechende Angebote in einem (post-)modernen Land notwendig wären²⁷. Oder, um es mit dem Titel eines Zeitschriftenaufsatzes ganz deutlich zu sagen: „Nicht alles, was die Partei (gemeint ist die SED, A.d.V.) der Frau zusammen- braute, gehört gleich in den Gully der Vereini- gung.“²⁸

1. Institutionelle Betreuung von Kindern im deutsch-deutschen Vergleich vor der Wende

Für die eben genannte Sichtweise spricht nicht zu- letzt die von der EG-Kommission getroffene Fest- stellung, daß die „Infrastrukturangebote“ zur Er- leichterung der Berufstätigkeit von Müttern (von der Zahl der Plätze in Kindereinrichtungen bis zu den Öffnungszeiten solcher Einrichtungen oder der Schulen) in der alten Bundesrepublik ver- gleichsweise schlecht sind und erheblich hinter Ländern wie Dänemark oder Frankreich hinter- hinken²⁹.

26 Vgl. Deutsches Jugendinstitut, Entwicklungsbedingun- gen und -perspektiven der Jugendhilfe in der früheren DDR, München 1990, v. a. S. 87; Wissenschaftlicher Beirat für Fa- milienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinten Deutschland, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren, Bd. 1, Stutt- gart u. a. 1991, S. 57f.

27 Vgl. Rosemarie Nave-Herz, Die institutionelle Klein- kind-Betreuung in den neuen und den alten Bundesländern – ein altes, doch weiterhin hochaktuelles Problem für Eltern, in: Frauenforschung, (1990) 4, S. 45ff.

28 Vgl. in Anlehnung an Freya Klier/Christiane Ochs, „Nicht alles, was die Partei der Frau zusammenbraute, ge- hört gleich in den Gully der Vereinigung“, in: WSI Mitteilun- gen, 43 (1990) 5, S. 288ff.

29 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Anm. 1), S. 88ff. Detaillierte Länderberichte finden sich in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Kinderbe- treuung in der Europäischen Gemeinschaft 1985–1990, Son- derheft Nr. 31 von „Frauen Europas“, Brüssel 1990.

Unbestritten ist, daß in den alten Bundesländern zwischen 1986 und 1990 die Zahl der Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen um rund 150 000 angestiegen ist. Allerdings hat sich in diesem Zeitraum auch die Anzahl der Kinder erheblich erhöht, so daß die Platz-Kinder-Relation z.B. für Kindergärten (Drei- bis unter Sechsjährige) sogar leicht von 80,9 auf 80,2 gesunken ist³⁰. In der DDR war die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich dazu nahezu flächendeckend. Der Versorgungsgrad lag bei Kinderkrippen (plus Dauerheime) bei über 80 Prozent, bei den Kindergärten bei 95 Prozent bis – je nach Anteil der eingerechneten Sechs- bis unter Siebenjährigen – deutlich über 100 Prozent und bei den Schulhorten (Klassen I–IV) bei über 80 Prozent³¹.

Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen hat in seinem Gutachten vom November 1990 deutlich gefordert: „Im Hinblick auf die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf von Frauen sowie zur Sicherung der Rechte und Bedürfnisse von Kindern erwerbstätiger Mütter (Eltern) auf Betreuung und pädagogische Förderung sollten die in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Betreuungseinrichtungen nicht leichtfertig zerstört, sondern – bei gleichzeitiger Verbesserung der pädagogischen Qualität – im Umfang des tatsächlichen Bedarfs erhalten und gesichert werden... Der Vereinigungsprozeß sollte dazu genutzt werden, die extremen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten im Hinblick auf den Ausbau von familienergänzenden Betreuungseinrichtungen dahingehend zu überwinden, daß in den Ländern der bisherigen Bundesrepublik Deutschland wesentliche Schritte zu einem bedarfsgerechten Ausbau eingeleitet werden.“³²

2. Entwicklung seit der Wende

Ohne hier näher auf die Qualität der Betreuung in diesen Einrichtungen in der DDR eingehen zu können³³ (Stichworte: Bewahranstalten; rigide, direkte Pädagogik; ideologische Beeinflussung – aber auch: vorbildliche präventivmedizinische Betreuung, ernährungswissenschaftlich ausgewogene Mahlzeiten), muß festgehalten werden, daß dies-

30 Vgl. Martin Beck, Einrichtungen und Personal der Jugendhilfe 1990, in: Wirtschaft und Statistik, (1992) 7, S. 460.

31 Vgl. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.), Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, Berlin 1989, S. 83 ff.

32 Wissenschaftlicher Beirat (Anm. 26), S. 57 f.

33 Vgl. dazu z.B. Deutsche Presse-Agentur (Hrsg.), Kindergärten: Mangel im Westen, Ungewißheit im Osten, Hintergrund-Sonderdienst, (1991) 3356, Teil II, S. 5 ff.*

bezügliche Mängel kein Grund sein können, der eben zitierten Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats *nicht* zu folgen.

Deshalb ist es von größter Bedeutung, die Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen (und alten) Ländern genau zu beobachten. Dies ist aber extrem schwierig. Bereits im Juni 1991 hat die Bundesregierung auf entsprechende Daten- und Abgrenzungsprobleme verwiesen³⁴. Die in den neuen Ländern auerturnusmäßig eingeschobene „Statistik der Jugendhilfe, Teil III. Einrichtungen und tätige Personen zum Stichtag: 31. 12. 1991“ ist erst in der Auswertung und gibt nur über Einrichtungen/Träger, Personal und verfügbare Plätze Auskunft. Genaue Angaben über die tatsächliche Belegung, über Öffnungszeiten, Gebühren, Versorgungsgrade usw. liegen noch nicht vor. Man ist also gegenwärtig auf nicht-flächendeckende Informationen angewiesen. Auf Basis entsprechender Angaben aus einer Presseanalyse und Anfragen bei zuständigen Stellen auf kommunaler und Länderebene sowie Recherchen „vor Ort“ läßt sich nur ein heterogenes Bild zeichnen³⁵. Wir beschränken uns hier auf ein Beispiel, das uns aber für die Problematik in den neuen Ländern als nicht untypisch erscheint. Abbildung 2 zeigt, wie sich die Anzahl der Plätze in Kinderkrippen, -gärten und den Horten Neubrandenburgs zwischen 1989 und dem Herbst 1992 entwickelt hat. Die Abnahme ist offensichtlich³⁶; allein von Ende 1990 bis September 1992 hat sich das Gesamtangebot aller drei Einrichtungen³⁷ um über fünftausend Plätze verringert. Abbildung 3 zeigt für September 1992 die Relationen von Platzangebot, belegten Plätzen und potentieller Nachfrage – sie sind deutlich geringer als 1989. Dabei ist anzumerken, daß die Stadt Neubrandenburg, nach Meinung von Experten in Verbänden und auf Landesebene, zu denjenigen Kommunen gehört, die die Vorgabe des Landesgesetzgebers und die

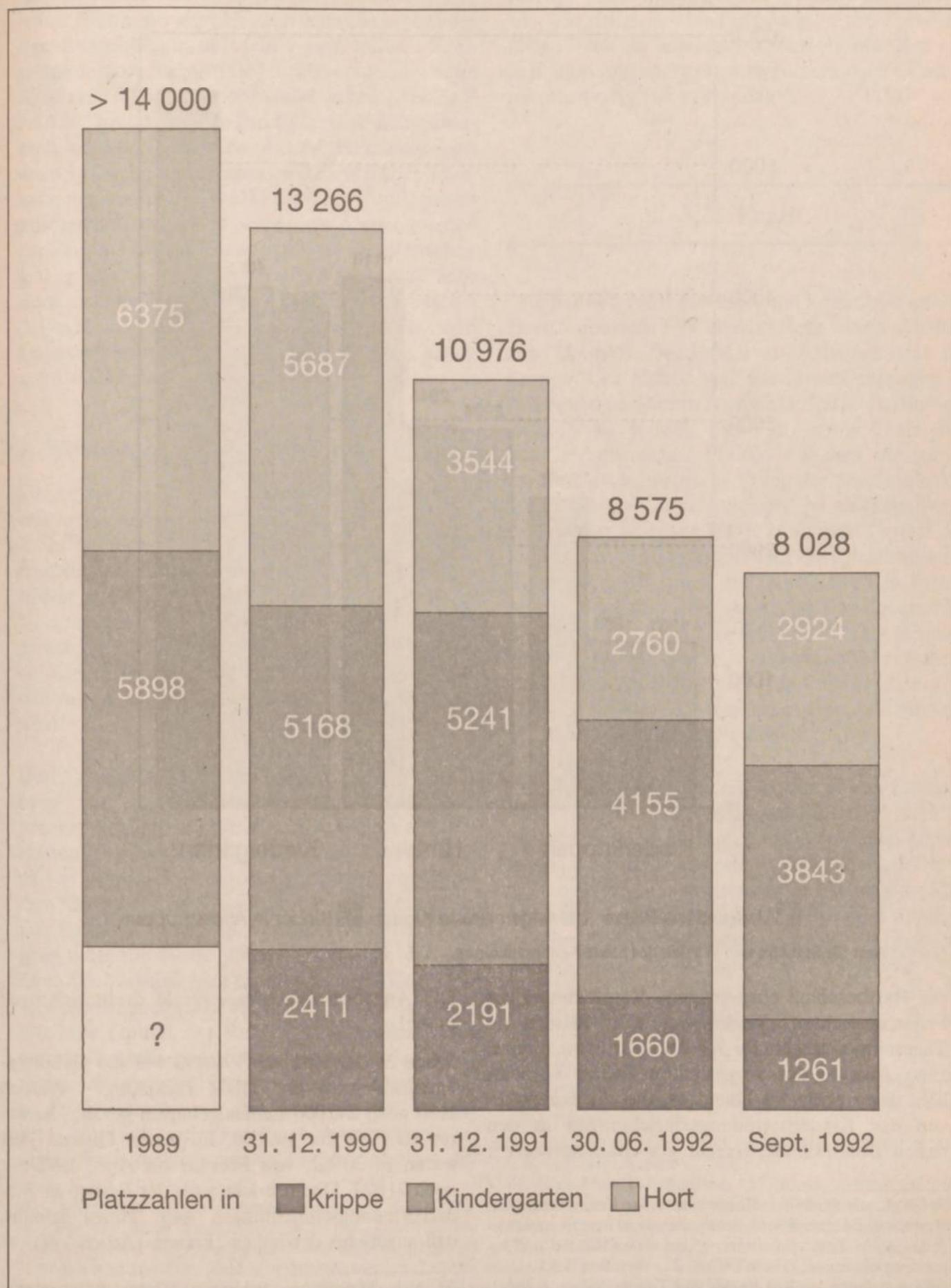
34 Vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der Fraktion der SPD zur Situation der Kindergärten, Krippen und Horte in den neuen Bundesländern, Bundestagsdrucksache 12/661.

35 Vgl. mit Zahlen für das Land Brandenburg und die Ostberliner Bezirke Ernst Kistler/Dieter Jaufmann/Anita B. Pfaff, Einigungsvertrag, Artikel 31 – Primzahlen sind (auch) für Frauen nicht teilbar!, in: Die Mitbestimmung, 39 (1993) 2 (i. E.).

36 Die Zahlen für Krippen im Jahr 1989 sind nur ungenau erhältlich, liegen aber nach Angaben von Behörden auf jeden Fall über dem entsprechenden Wert von Ende 1990.

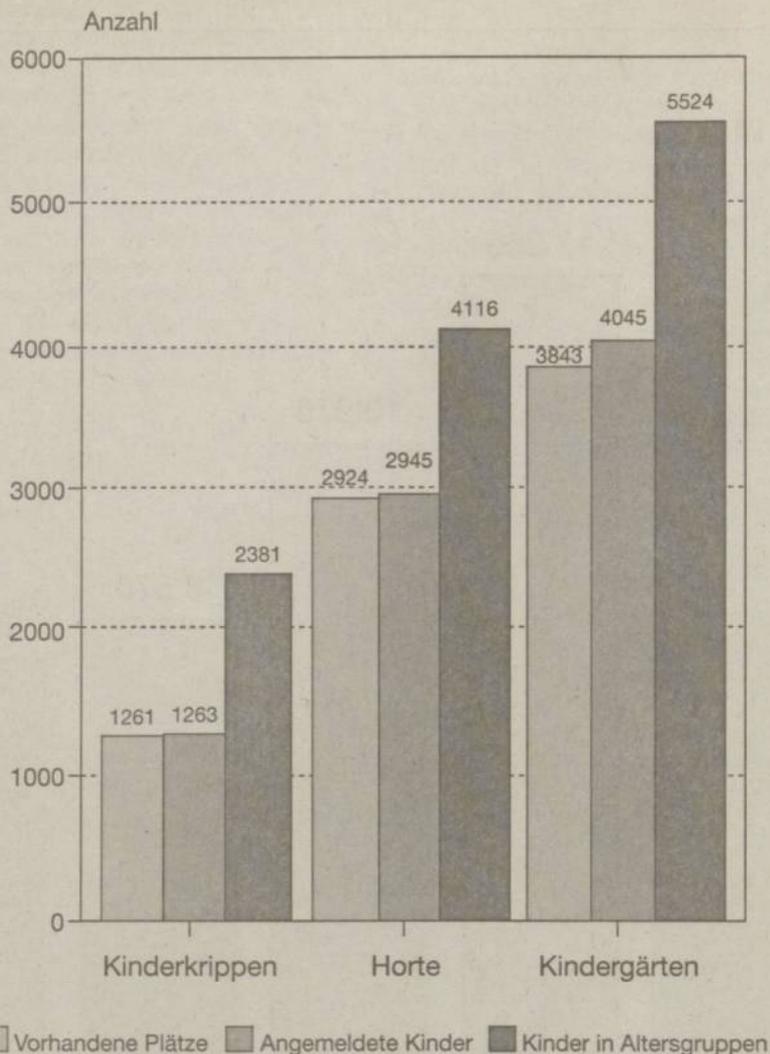
37 Die teils uneinheitlichen Verläufe bei den einzelnen Einrichtungsarten resultieren aus dem Versuch, durch Übernahme kombinierter Aufgaben (Krippe, Kindergarten, Hort) Einrichtungen zu retten bzw. Kinder bei weggebrochenen Angeboten anderwärts weiter zu versorgen.

Abbildung 2: Kapazitäten in Kinderbetreuungseinrichtungen am Beispiel der Stadt Neubrandenburg 1989-1992



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach schriftlichen und mündlichen Informationen der Ämter der Stadt Neubrandenburg.

Abbildung 3: Kinderbetreuungseinrichtungen und Horte in der Stadt Neubrandenburg. September 1992



Quelle: Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Neubrandenburg.

per Ratsbeschluss eingegangene Verpflichtung zur bedarfsgerechten Versorgung mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder sehr ernst nimmt. Eine Analyse der vorgestellten Zahlen verdeutlicht denn auch das Dilemma, das die Perspektiven der Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern recht gut charakterisiert³⁸:

³⁸ Vgl. mit ähnlichem Tenor und unter dem zusätzlichen Verweis auf die unsichere, inzwischen wohl negativ entschiedene „ABM-Zusatzfinanzierung“ bei vielen Kinder- und Jugendeinrichtungen: Gisela Ulrich, Zur Situation der Jugendhilfe in Leipzig, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 29ff. Die Sparbeschlüsse der Koalition zu ABM in den neuen Bundesländern werden für eine Reihe von weiteren Einrichtungen das endgültige Aus bedeuten.

Die Angebots-/Nachfragespirale dreht sich nach unten!

Schon in der Zeit vor 1989/90 war die Geburtenentwicklung in der DDR rückläufig³⁹. Wurden 1980 noch 245 000 Lebendgeburten gezählt, so waren es 1989 nur 199 000. Im ersten Quartal 1991 waren es 30 952, von Februar bis April 1992 nur noch 21 824. Damit bricht auch der Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen weg. Hinzu kommt, daß angesichts der hohen (Frauen-)Arbeitslosigkeit

³⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 47; Wirtschaft und Statistik, versch. Ausgaben.

Mütter, Omas, Tanten (aber auch Männer) als Alternative für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Außerdem kostet z. B. in Neubrandenburg – von Eltern mit einem Familieneinkommen unter dem Sozialhilfesatz abgesehen – ein Vollzeit-Krippenplatz monatlich 295 DM für das erste und zweite Kind (180 DM für das dritte und weitere; bei Teilzeit: 205 bzw. 126 DM). Ein Vollzeit-Kindergartenplatz kostet z. B. 135 bzw. 85 DM. Hinzu kommen noch 3 DM pro Mittagessen – während früher insgesamt nur maximal 1,50 DM pro Tag Verpflegungskostenanteil zu zahlen waren; ansonsten wurden die Kosten voll vom Staat bzw. von den Betrieben getragen. Die Neubrandenburger Sätze sind aber noch nicht die Obergrenze, in anderen Kommunen liegen sie z. T. noch höher; die Gebühren für einen Ganztageskrippenplatz bewegen sich nicht selten um 350 DM monatlich.

3. Wider die „bayerische Lösung“

Über den Preis, der für die Kinderbetreuung zu entrichten ist, findet eine „soziale Rationierung öffentlicher Leistungen“ statt. Aus Unterlagen des Finanzministeriums in Schwerin geht darüber hinaus hervor, daß ab 1995 ohnehin mit einem niedrigeren Versorgungsgrad für Krippenkinder (ein Drittel) gerechnet wird⁴⁰. Es deutet also alles darauf hin, daß der breite Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern weiter gehen wird.

Den Kommunen mit ihrer knappen Finanzausstattung kann ein weiterer Rückgang des „Bedarfs“ vordergründig nur recht sein. Sind jedoch die Einrichtungen erst einmal geschlossen, wird es sehr schwer sein, sie bei einem irgendwann ansteigendem höheren Bedarf⁴¹ wieder oder neu zu eröffnen. Die Prognose ist also für Kinderkrippen und übrigens auch für Horte äußerst ungünstig. Für die Drei- bis Sechsjährigen (Kindergartenkinder) deutet sich aber schon, vor allem auch wegen der völlig unklaren Option des für 1995 vorgesehenen gesamtdeutschen Länderfinanzausgleichs, die „bayerische Lösung“ an: Dies ist gleichbedeutend mit einem Ausscheren aus der – u. E. ohnehin brüchigen – bundesweiten „Garantie eines Kindergartenplatzes“ mit dem Argument der Kulturhoheit der

40 Vgl. Anlageblatt 1 zu einem Schreiben vom 30. 10. 1991.

41 Die amtlichen Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, daß sich die Geburtenzahlen in den neuen Ländern ab 1995 den westdeutschen Zahlen angleichen werden. Interessant ist auch – obwohl vielleicht nur ein Sonderphänomen –, daß in der oben behandelten Beispielstadt Neubrandenburg, trotz ihrer problematischen wirtschaftlichen Perspektiven, im Herbst 1992 wieder mehr Geburten registriert wurden.

Länder. Die „bayerische Lösung“ zeichnet sich durch die Ablehnung entsprechender Oppositionsanträge⁴² oder die Verzögerung ihrer Behandlung⁴³ aus. Sie gipfelt letztendlich darin, einen Personalabbau auch im Kindergartenbereich mit dem unhaltbaren und verlogenen Argument einer „Entbürokratisierung“ zu begründen⁴⁴.

VI. Fazit

„Sie hat sich nicht gewehrt, nun kommt sie an den Herd“ überschreibt Gisela Notz einen Aufsatz zum Thema⁴⁵. Der Erhalt von Arbeitsplätzen für Frauen, der Erhalt von Kindereinrichtungen in den neuen und deren Ausbau in den alten Bundesländern ist jedoch nicht in erster Linie das Feld feministischer Politik, sondern eine eher *geschlechtsunspezifische* Frage der Sozialpolitik – mithin eine *gesamtgesellschaftliche Aufgabe*. Während in der früheren DDR rund zwei Drittel der Kosten für den Unterhalt und die Erziehung der Kinder vom Staat und ein Drittel von den Eltern getragen wurde, ist dies in der Bundesrepublik Deutschland in etwa umgekehrt⁴⁶. Der Kinderlastenausgleich nach bundesrepublikanischem Recht ist also erheblich niedriger, als er in der früheren DDR durch monetäre und reale Transfers sowie Preissubventionen war.

Den Elterninitiativen, die in den neuen Ländern Kinderbetreuungseinrichtungen ins Leben zu rufen versuchen, muß klar sein, daß ein ähnliches Unterfangen im Westen sehr schwer war und ist. Sollte es nicht gelingen, das institutionelle Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen im Osten zu erhalten (und im Westen auszubauen), werden die „privaten Alternativen“ mit all ihren auch negativen Konsequenzen Platz greifen. Für viele Frauen wird der Zugang zum Arbeitsmarkt an der „dritten

42 Vgl. Bayerischer Landtag, Landtagsdrucksachen vom 11. 2. 1991 (Drucksache 12/544) und vom 27. 6. 1991 (Drucksache 12/2412).

43 Vgl. Bayerischer Landtag, Landtagsdrucksache vom 9. 4. 1992 (Drucksache 12/6092).

44 Vgl. Fridolin Engelfried, CSU fordert Abbau von 3000 Stellen in Bayern. Krankenhäuser, Altenheime und Kindergärten betroffen, in: Augsburgener Allgemeine Zeitung vom 26./27. 9. 1992, S. 1.

45 G. Notz (Anm. 22), S. 78 ff.

46 Vgl. Anita B. Pfaff/Juliane Roloff, Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Gewinn oder Verlust für die neuen Bundesländer?, in: Frauenforschung, 8 (1990) 4, S. 29 ff.

Schwelle“ dann verschlossen bleiben. Andere haben vielleicht die Möglichkeit, ihre Kinder von Verwandten oder vor allem von „Tagesmüttern“ betreuen zu lassen – mit allen Problemen⁴⁷, vor allem auch für die Kinder, denen „abenteuerliche

47 Vgl. z.B. Claudia Born/Helga Krüger/Michael Schablow/Witha Winter, Berufstätige Mütter, Bremen 1990², S. 48 ff.

Betreuungskarrieren“⁴⁸ drohen. Wenn diese Entwicklung eintritt, es also zu einer Zementierung der westdeutschen Unzulänglichkeiten in diesem Punkt der Gleichstellungsfrage kommt, dann werden die Frauen in Ostdeutschland tatsächlich – und zwar auf Dauer – zu Verliererinnen der deutschen Vereinigung.

48 Vgl. Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 11/6576 (Achter Jugendbericht), S. 96.

Walter Hollstein: Die Männerfrage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93, S. 3-14

Seit der Feminismus die Frauenfrage gestellt hat, gibt es auch eine Männerfrage. Die Veränderung der weiblichen Rolle zieht mit Notwendigkeit auch die Problematisierung der männlichen Rolle nach sich. Daß Frauen- und Männerfrage sich gegenseitig bedingen, ist allerdings noch nicht deutlich genug ins öffentliche Bewußtsein getreten.

Die Geschlechterverhältnisse zwischen Frauen und Männern sind noch immer von Ungleichheit geprägt. Männer besetzen im öffentlichen Leben die meisten und wichtigsten Positionen, sie haben bessere Arbeitsmöglichkeiten und höhere Karrierechancen. Auch privat sind Frauen unterprivilegiert, fällt ihnen die Hauptlast an Hausarbeit, Kindererziehung und „Beziehungsarbeit“ zu. In den letzten Jahren brechen diese Ungerechtigkeiten und Widersprüche allmählich auf, ohne bisher indessen gerecht gelöst zu sein.

Aber die privilegierte männliche Rolle hat auch ihre Schattenseiten. Die Verknüpfung von Männlichkeit mit Leistung, Härte und Konkurrenz bedingt innere Ohnmacht, Krankheit und verkürzte Lebenserwartung. Für männliche Macht muß ein hoher Preis entrichtet werden. In jüngster Zeit gibt es zunehmend Männer, die mit ihrer traditionellen Rolle nicht mehr zufrieden sind. Daraus ist der „Embryo“ einer Männerbewegung entstanden, die sich für eine veränderte Männlichkeit und für demokratische Geschlechterverhältnisse einsetzt.

Christiane Schmerl: Alles unter Kontrolle? Emanzipation der Frauen versus Konservatismus der Männer

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93, S. 15-25

Die zweite Frauenbewegung ist gut zwanzig Jahre alt und wird in ihren Erfolgen unterschiedlich beurteilt: von den Frauen je nach Anspruch als Teil- oder Mißerfolg, von vielen Männern als schon zu weitgehend. Faktisch gesehen, liegen die bisherigen erreichten Veränderungen eher in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft, öffentlichem Bewußtsein und rechtlichen Teilreformen, während sich die nichterreichten Ziele auf grundlegende politische, ökonomische und juristische Strukturveränderungen beziehen.

Ein Vergleich mit der ersten Frauenbewegung zeigt außerdem, wie man Erfolge und Mißerfolge, aber auch Strategieerfahrungen zusätzlich bilanzieren kann. Einer der am wenigsten analysierten Ursachen für die Mißerfolge beider Frauenbewegungen ist der Widerstand und der negative Machtgebrauch der Männer. Es wird vorgeschlagen, die Motivationen dieses Widerstands stärker öffentlich zu machen und so für die Strategie der Frauenbewegung zu nutzen.

Barbara Bertram: Zur Entwicklung der sozialen Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93, S. 27–38

Soziale Geschlechterverhältnisse treten als Ungleichheitsverhältnisse in Erscheinung, was sich in ungleichen Lebenslagen und -chancen ausdrückt. Die Stellung der Frauen und Männer im Berufsleben hat darauf einen entscheidenden Einfluß. Die gegenwärtige Umstrukturierung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt geht stärker zu Lasten der Frauen, die Verdrängungsprozesse verschiedenster Art sind enorm. Im Gegensatz dazu werden Geschlechterunterschiede in den Einstellungen zu Arbeit und Beruf eher abgebaut. Die Teilnahme der Frauen an der Erwerbstätigkeit ist in Ostdeutschland ein ungebrochen hoher Wert, zu großen Teilen auch aus der Sicht der Männer; in Konkurrenzsituationen kommen allerdings ambivalente Haltungen zum Vorschein. Innerhalb und zwischen den Geschlechtergruppen wachsen gegenwärtig Differenzen in den realen Lebenslagen und -chancen, die sich vor allem an Arbeitsplätzen festmachen. Kurz- und mittelfristige Wege zur Lösung von Widersprüchen, die sich aus den Geschlechterverhältnissen ergeben, dürfen nicht an den Erwerbsansprüchen der Ost-Frauen und deren sozialen Hintergründen vorbeiführen. Es geht darum, weitere soziale Differenzen nach dem Geschlecht aufzuhalten.

Ernst Kistler/Dieter Jaufmann/Anita B. Pfaff: „Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen . . .“. Frauen als Wendeverliererinnen?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93, S. 39–52

In der Diskussion über die großen Probleme der deutschen Einigung und den ökonomischen und sozialen Um- und Zusammenbruch Ostdeutschlands ist eine These besonders häufig zu hören: Frauen sind die Verliererinnen der Wende. Vor dem Hintergrund aktueller Zahlen zu geschlechtsspezifischen Problemen auf dem Arbeitsmarkt wird im vorliegenden Beitrag vor allem die Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern thematisiert.

In der DDR gab es ein quantitativ vorzüglich ausgebautes System von Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies ermöglichte eine politisch gewünschte, ökonomisch notwendige und von den Frauen breit mitgetragene hohe weibliche Erwerbstätigkeit. Berufstätig zu sein war und ist – trotz aller Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Bestandteil weiblicher Lebensentwürfe in Ostdeutschland.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation im Osten ist durch eine immer stärkere Verdrängung der Frauen gekennzeichnet. Ihre Qualifikationen werden entwertet – es droht ihnen die Verbannung an den Herd und in die „stille Reserve“. Durch eine Abwärtsspirale beim Angebot von und bei der Nachfrage nach Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen wird diese Entwicklung verstärkt.

Wenn es in den neuen Bundesländern zu einer Zementierung der westdeutschen Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet der Kinderbetreuungseinrichtungen kommt, dann werden die Frauen in Ostdeutschland zu den Verliererinnen der deutschen Vereinigung.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu

1991

Jetzt bestellen!



*Frühere Jahrgänge sind
inzwischen leider vergriffen!*



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament** , Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62 – 65, D-5500 Trier